

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.00 Mk. halbjährlich, 5.00 Mk. jährlich. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne jeite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 20. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der internationale Kongreß und die französische Politik.

II.

Im internationalen Schiedsgericht begrüßt Jaurès das wirksame Mittel gegen den Krieg: Lange Zeit hat der Sozialismus ihm mit Mißtrauen gegenübergestanden, und mit gutem Grunde. Wenn man das Schiedsgericht und die „Abriistung“ auf der Haager Konferenz vom Jaren hat vorschlagen hören am Vorabend des Krieges gegen Japan, am Vorabend der Massakrierung der Arbeiter; wenn man sieht, wie die heute im Haag vereinigten Bevollmächtigten ihre Zeit anwenden, um zu keinem Ende zu kommen, während die Geschosse auf Casablanca herabregnen; wenn die amerikanische Flotte in den Stillen Ozean fährt, um Japan zu bedrohen — wenn die Arbeiter dies alles sehen, so haben sie wohl das Recht, für das internationale Schiedsgericht der Bourgeoisie keine ungemessene Begeisterung zu hegen. Und dennoch: Warum fühlen die Regierungen das Bedürfnis, der Welt alle drei Jahre diese Friedensvorstellung zu geben? — Wenn sie ein Spiel ist, so ist sie ein gefährliches Spiel für die Regierungen; denn sie machen den Völkern Lust, selbst auf die Szene zu steigen, um das Stück selbst, aber ernst zu spielen. Die elementare Pflicht der Arbeiter aller Länder ist es, die Diplomaten und Regierungen beim Wort zu nehmen. Sobald eine Streitfrage auftaucht, werden wir den Regierungen sagen: Verständigt Euch durch Eure Diplomaten! Wenn diese zu keinem Ende kommen, dann geht vor Schiedsrichter, die Ihr selbst gewählt habt. Wenn Ihr dies nicht wollt, dann seid Ihr eine Regierung von Verbrechern und Mördern, und die Pflicht der Proletarier ist es, sich gegen Euch zu erheben und die Gewehre, die Ihr ihnen in die Hand gegeben habt, zu ergreifen und zu behalten. . . . Durch diese Regel, durch diese Forderung des obligatorischen Schiedsgerichts, die die Internationale in Stuttgart formuliert hat, vereinfachen sich alle Fragen. Es ist nicht mehr nötig, den komplizierten Ereignissen, den Intrigen der Regierungen nachzuforschen, um zu ermitteln, welches die angreifende, welches die angegriffene Regierung ist. Der Angreifer, der Feind der Jbidisation, der Feind des Proletariats wird diejenige Regierung sein, die das Schiedsgericht zurückweist! Und die Internationale sagt Euch, daß es das Recht und die Pflicht des Proletariats ist, seine Energie nicht im Dienste einer verbrecherischen Regierung zu vergeuden, sondern die von der Abenteuerregierung gelieferten Waffen zu benutzen, nicht um die verbrecherische Regierung revolutionär niederzuschlagen. Diese Revolution wird nicht allein aus dem Herzen des empörten Proletariats entspringen, sondern aus dem Gewissen des ganzen Landes. Dies ist die Politik der Aktion, die die Resolution von Stuttgart unter verschiedenen, aber immer entschiedenen Formen verkündet.

Jaurès spricht im folgenden über den Versuch der Gegner, die deutschen und die französischen Sozialisten in einen Gegensatz zu bringen: Man hat behauptet, daß wir den entscheidenden Teil der Resolution von Nancy haben aufgeben müssen; dem ist nicht so. Aber es ist sehr wahr, daß die deutschen Sozialisten gegen ganz besondere Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die das Herrschaftssystem des Kaiserreichs schafft. Und wahr ist es, daß wir gemeinsam, in gutem Glauben die Form gesucht haben, die die Meinung des internationalen Sozialismus klar zum Ausdruck brachte und dabei unsere deutschen Genossen den gerichtlichen Verfolgungen am wenigsten aussetzt. Ich selbst habe die Methode vorgeschlagen, dasjenige, was die Resolution von Nancy in kategorischer Weise gefordert hatte, ins Historische zu übertragen. Dr. Adler und ich haben jeder einen Entwurf in diesem Sinne vorgebracht, und zwischen beiden war nur der Unterschied einer Nuance. Die meine wurde mit 7 gegen 6 Stimmen von der Subkommission angenommen.

Also die Internationale ist aus der Periode des Lastens, aus der Periode des Chaos herausgetreten, sie erscheint jetzt als eine wirkende Kraft und als eine Lichtquelle. Es ist notwendig, daß in der Internationale eine gegenseitige Durchdringung eintrete, Ergänzung der Eigenschaften und Kräfte der einzelnen Völker greife. Unser Volk hat aus seiner Geschichte die Kraft eines revolutionären Glanz erhalten. Kautsky schrieb in der „Neuen Zeit“, daß es von nun an keine Hegemonie des deutschen Sozialismus mehr gibt, nicht weil der deutsche Sozialismus zurückgegangen, sondern weil der der anderen Länder vorangestiegen ist. Und von nun an herrscht Gleichwertigkeit und Gleichheit der Kräfte und Fähigkeiten. So wie wir anderen ein wenig von unserem revolutionären Glanz mitteilen können, so ist es unsere Pflicht, dem deutschen Sozialismus die mächtige Kraft der Organisation, der Erziehung, der Methode zu entlehnen, die seine Macht und Größe ist. Wenn wir heute die Deutervollstreckung nicht hindern können, den

marokkanischen Raubzug auszuführen, wo anders liegt die Schuld als darin, daß hinter unserer parlamentarischen Kraft nur ein Embryo von proletarischer Kraft steht! Jaurès zeigt dann die Unredlichkeit der Radikalen, die in dem Augenblick, wo der Sozialismus einen ersten Vorstoß unternommen hat, um den Weltfrieden und die Unabhängigkeit der Nationen zu sichern — eine Forderung, die doch im alten radikalen Programm stand — die schmähtlichsten nationalistischen Beschimpfungen aufnehmen. Freilich, neben den Radikalen, die den lebendigen Sinn für das Ideal verloren haben und ihn auch bei uns nicht mehr verstehen, gibt es andere, die nur zu gut verstehen. Und das sind diejenigen, welche jetzt, nachdem die politischen Forderungen des radikalen Programms durchgeführt sind, seine sozialen Forderungen durchzuführen mit Rücksicht auf ihre gemischte Klientel Bedenken tragen. Das Programm gefällt ihnen gut, solange es Programm bleibt und sie suchen ein elegantes Mittel, es zu verwirklichen. Dies Mittel haben sie nun gefunden. Sie sagen: Ja, es wäre sehr gut, da man es aber nur mit Hilfe der Sozialisten verwirklichen kann und da die Sozialisten Rebellen, Revolutionäre und Vaterlandslose sind, können wir die Mitarbeit dieser bemähtesten Menschen nicht annehmen. Aus „Patriotismus“ also machen sich jene Leute daran, ihr Programm zu verraten. Ja, sie sind Defektoren auf ihre Weise; sie treiben Herabwürdigung in der Politik. . . . Und ich weiß, Genossen, wie diese Komödie enden wird: Indem sie ihre Denunziationen und Anklagen verstärken, werden sie schließlich sich selbst und einem Teil ihres Anhanges Furcht machen, und zum Schluß werden sie sich nur retten können, wenn sie sich den Konservativen und den offenen Reaktionären in die Arme werfen.

„Ich bin kein Prahler, ich weiß wohl, daß wir sehr schweren Zeiten entgegengehen, daß sich eine radikal-konservative Koalition gegen uns vorbereitet, die um so mehr reaktionär sein wird, als sie sich unter radikalen Redensarten und unter einer radikalen Regierung verbergen wird. Ich stehe auch nicht an, zu bekennen, daß uns diese Koalition um einen großen Teil der Mandate bringen könnte; aber was liegt daran! Ich verachte die parlamentarische Aktion sicher nicht, aber ich sage, daß unsere Partei ihre parlamentarische Aktionsfähigkeit genug bewiesen hat, um selbst zeitweilige Niederlagen ohne Schwächung zu ertragen. Die siegreiche Koalition wird an ihrem Siege verreden. Denn die Radikalen werden ohnmächtig, werden die Gefangenen der schlimmsten Reaktionäre sein und ihre Ketten wie Sträflinge hinter sich schleppen. Alles aber, was in der Demokratie redlich ist, alles, was noch in der radikalen Anhängerenschaft von heute Kraft hat, wird sich gegen sie wenden, und der Sozialismus wird als einzige Macht des Fortschritts, der Reformen und der friedlichen Entwicklung, zugleich aber auch als Macht der Revolution erscheinen, das allgemeine Stimmrecht selbst wird ihm bald die schönste Nebensache und eine Wiederkehr im Triumph verschaffen. Dante erzählt in einem Traum des „Neuen Lebens“, daß er bis zum Wahnsinn gelitten habe, als er daran dachte, daß die ideale Schönheit der Beatrice sterben könnte. Aber die ideale Schönheit der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Revolution kann nicht untergehen; sie ist unsterblich wie die Arbeit, unzerstörbar wie das Gewissen, und ich grüße mit Euch, Soldaten der Internationale, die Thronbesteigung der sozialistischen Menschheit!“

Reichstagswahl-Nachklänge.

Essen, den 19. September. (Privatdepesche.)

Die Debatte, die heute über das Referat Bedels eröffnet wurde, ergab eine erfreuliche Uebereinstimmung der Partei in der Verneinung der Frage, ob die Taktik wegen des Ausfalls der Reichstagswahlen geändert werden müsse. Die bekannte Kritik, die gleichzeitig nach den Wahlen übereifrig geübt wurde, fand auf dem Parteitag kaum ein einziges leises Echo. Nicht so einzig waren die Redner in bezug auf unsere Haltung zu den einzelnen bürgerlichen Parteien bei künftigen Wahlen. Die bitteren Erfahrungen der letzten Wahllämpfe wurden laut. Der Parteitag schloß sich jedoch der Forderung Bedels an, der in seinem von Humor durchzogenen Schlüsselwort die Ablehnung aller Anträge empfahl, die die Stichwahltaktik festlegen wollten. Eine Partei dürfe, erklärte er, sich nicht von zornigen Stimmungen, nicht von Gefühlsbewegungen leiten lassen, sondern nur von nüchternen politischen Erwägungen.

Nach vor Schluß der Sitzung nahm Parteivorstandsmitglied Müller das Wort zum Bericht über die Tätigkeit der Kommission für das Preßbureau, deren Resolution jetzt vorliegt. Mit Schärfe betont er, daß das Bureau Waffen gegen die Gegner zu liefern habe und keine Meinungsfabrik sein soll.

Am Nachmittag fällt die Sitzung aus. Die Delegierten vereinigen sich zu einem Ausflug ins Nahetal.

Macht vor Recht.

Herr Generalleutnant z. D. E. v. Liebert beginnt den konservativen „Staatsmännern“ und Politikern fürchterlich zu werden. Mit genialer Verachtung der konventionellen Lügen seiner Gefinnungsgenossen rüffelt er die konservative Presse und im besonderen die „Kreuz-Zeitung“, ab, daß sie seinen Wahlpruch: „Macht geht vor Recht!“ zu glossieren gewagt hat. Er meint, daß die Beschäftigung mit seinem Ausspruch „stark“ auf eine Sauregurkenzeit hindeute und zeigt vor den tiefgründigen Rechtsbecken des ehemals Hammersteinischen Blattes eine derartige Respektlosigkeit, daß er dessen Ausführungen als „Elsaß-Beizeidnet“ vornehmlich scheint ihn der Hinweis der „Kreuz-Zeitung“ verdrossen zu haben, daß Fürst Bülow ihn bei der letzten Reichstagswahl gewissermaßen dadurch als seinen Vertrauensmann gekennzeichnet habe, daß er an ihn seinen berühmtesten Silbesterbrief richtete. In dem stolzen Bewußtsein seiner Würde als Strategie des Reichsverbandes und preussischer Generalleutnant z. D. entgegnet er von oben herab dem Federvieh der „Kreuz-Zeitung“:

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hatte für die Wahlen um eine Parole, eine Aeußerung der Regierung, gebeten. Diese hat der Reichskanzler in dem bekannten Briefe an den Vorsitzenden des Reichsverbandes gegeben, der Verband hat dementsprechend seine Schuldigkeit getan. Nach den Wahlen habe ich weder mündlich noch schriftlich Direktiven erhalten, bin nicht „nach Rordorfn“ geladen und kann daher in keiner Weise ein besonderes Vertrauen von der genannten hohen Stelle in Anspruch nehmen. Der Reichsverband arbeitet absolut selbständig, und ich bin völlig unabhängiger Politiker.

Doch auf diese Abfertigung beschränkt Herr v. Liebert sich nicht; als gütlicher Mann geht er gleich aufs Ganze und beweist, daß er mit seinem Ausspruch recht hat. Zunächst liefert er den Beweis auf dem Gebiet der auswärtigen Politik Preußens.

„Soll dieser Satz“, fragt er, „etwa in der Völkervereinigung und in der Weltgeschichte nicht Geltung haben? Wodurch hat denn Friedrich der Große Schlesien erworben, etwa anders als durch kriegerische Macht? Wodurch ist uns das Unglück zugefügt worden, daß wir jetzt vier Millionen Polen innerhalb der Reichsgrenzen heherbergen müssen? Durch die Macht der Teilungsmächte, durch die Ohnmacht Polens. Wodurch ist die deutsche Frage endgültig entschieden? Durch die preussische Waffenmacht auf dem Schlachtfelde von Königgrätz. Wie hat sich das Schicksal des jetzigen Reichslandes gestaltet? Solange das Deutsche Reich eine Macht war, gehörten jene Grenzlande zu Deutschland. Als Frankreich zur politischen und militärischen Großmacht aufstieg, fiel Elsaß-Lothringen ihm zu. Und mit dem ersten machtvollen Auftreten des neuen Deutschen Reiches wurde die alte Grenze wiederhergestellt. Wo blieb das Recht in allen diesen Fällen? Die Macht setzte sich durch.“

Also in allen diesen Fällen ist Macht vor Recht gegangen, das heißt, in allen diesen Fällen hat Preußen Unrecht gehabt, aber trotzdem das Recht gebeugt und dem Unrecht zum Triumph verholfen! Wir finden an dieser Auffassung durchaus nichts auszusetzen; wir sind sogar ganz mit ihr einverstanden — ebenso einverstanden, wie mit der Ansicht, daß die „Kreuz-Zeitung“ oft „fajelt“. Nur finden wir etwas seltsam, daß ein preussischer Generalleutnant z. D. diese Auffassung vertritt, und zwar im Gegensatz zu den preussischen Historiographen, die sich bisher im Schweige ihres Angesichts bemüht haben, zu beweisen, daß in all den genannten Fällen das Recht auf preussischer bzw. deutscher Seite war. Besonders interessant ist, daß der Herr Generalleutnant z. D. auch die Abtrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich als Unrecht betrachtet und überlegen fragt, wo in diesem Falle das Recht geblieben sei.

Von gleicher Vorzüglichkeit sind die Beweise des Herrn v. Liebert auf dem Gebiete der preussischen Polenpolitik. So erklärt er z. B.:

Wenn nun die Polen, die seit 135 Jahren innerhalb der Grenzen eines deutschen Staates wohnen und dessen Rechtschutz, höhere Kultur, reichhaltige Bildungsmittel und zunehmenden Wohlstand genießen, sich geflistentlich abschießen, sich gegen den Gebrauch der deutschen Sprache sträuben und immer mehr einen Staat im Staate zu bilden trachten, so wird letzterer wohl zu Gegenmaßregeln genötigt sein.“

Ferner: „Die Enteignung als Kampfmittel in der Ostmark hat schon Fürst Bismarck 1888 angeregt und für den Staat in Anspruch genommen, damit dieser „seine Sicherheit für die Zukunft erlaube und die Unruhe los werde.“ Er stellte das Verfahren in Parallele mit dem Vandalenraub zum Bau einer Festung und fragte: „Ist die Sicherheit nicht ein höherer Zweck als die Befestigung eines einzelnen festen Platzes?“ Wenn diese scharf einschneidende Maßregel nur für die am stärksten bedrohten Provinzen Posen und Westpreußen eingeführt und unter strengen Kontrollen nur da, wo deutsche nationale Interessen gefährdet sind, angewendet wird, so darf behauptet werden, daß einerseits der Staat von seiner Machtbefugnis nur den notwendigen Gebrauch macht, andererseits ihm die Mittel zur Bekämpfung der polnischen Agitation alsdann zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zu den heutigen Verhältnissen würde das Deutschthum alsdann der vorrückende Teil werden.“

Wie weit diese Ansichten mit der Verfassung und dem gleichen Recht der preussischen Staatsbürger polnischer Nationalität übereinstimmen, wollen wir nicht unteruchen.

Darüber mag sich Herr v. Liebert mit der preussischen Regierung und den Gönnern des Reichsverbandes auseinandersetzen. Jedenfalls hat Herr v. Liebert recht, wenn er sich selbst für einen „völlig unabhängigen Politiker“ erklärt; wenigstens haben wir noch keinen Generalleutnant z. D. gefunden, der in ähnlicher vorurteilsloser Weise die preussische Politik seit Friedrich II. charakterisiert hätte.

Herr v. Liebert sollte häufiger derartige schöne politisch-historische Artikel im „Tag“ veröffentlichen. Wir werden vielleicht manches daraus brauchen können.

Marokko.

Spanisch-französische Differenzen.

Paris, 19. September. Der „Eclair“ versichert, daß zwischen Frankreich und Spanien sehr erhebliche Differenzen wegen der Befestigung Tanger bestehen, da Spanien unbedingt seine führende Stellung erhalten und behaupten wolle. Infolge dieser Meinungsverschiedenheiten habe sich auch die Entsendung der Polizei nach Tanger und den anderen marokkanischen Häfen verzögert.

Mobilisierung des Mittelmeergeschwaders.

Paris, 19. September. Marineminister Thomson ordnete an, daß die Arbeiten an sämtlichen Panzerschiffen des Mittelmeergeschwaders nach Möglichkeit beschleunigt werden sollen; die Linienfahrer „Patrie“, „Boubet“, „Souffren“ und „Gaulois“ sowie der Panzerkreuzer „Victor Hugo“ sollen schon im Laufe des Monats dienstbereit sein.

Fortschritte des Gegenseitens.

Tanger, 18. September. Der Gouverneur der Provinz gab, wie gemeldet wird, seine Tochter Mulay Hafid zur Frau, wodurch eine enge Verbindung zwischen Mulay Hafid und der großen Sübprovinz hergestellt wird. Mulay Hafid befestigt seine Macht im Süden und scheint das Verhalten der Nordstämme abwarten zu wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September 1907.

Die Wallfahrt nach Norderny.

Nach den Kämpf, Schrader und Bayer und anderen sind nunmehr auf Einladung des Reichskanzlers die Agrarier Dr. Köstke, Wangerheim und Dertel nach Norderny gewallfahrtet. Der Freisinn hat seine Bedingungen gestellt, nunmehr sollen auch die Vertreter des nationalen Schweins ihren Segen zur Paarung von Agrarier und Börse geben. Das kann für sie ja auch nicht schwer fallen, hat doch die freisinnige Bißte in Norderny schon den Erfolg gehabt, daß der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei über den Berliner Antrag, dem Brotwucher durch Suspendierung der Hölle entgegenzutreten, zur Tagesordnung übergegangen ist. Auch die demokratische Wahlreform ist preisgegeben worden; der Freisinn will sich mit einer Fikzreform begnügen, die das Klassenwahlrecht konzerbiert!

Trotzdem werden die Agrarier dem Fürsten Bülow zu verstehen geben, daß er ihnen „sonst was“ könne, wenn er nicht noch weiteres Wasser in den Mühlen des Liberalismus gieße! Und der Freisinn wird auch noch zu weiteren Konzessionen bereit sein, wenn nur der Börse ein paar Erleichterungen verschafft werden! —

Eine törichte Audebe

Leidet sich die „Freisinnige Zeitung“. Wir hatten dem Freisinn vorgeworfen, daß er seine Wusch-Parade à la Würzburg perferideroide — durch Massenauflauf von Einschläferungsrednern und Abmachungen mit dem Lokalinhader — so arrangiert hätte, daß die Wähler selbst unmöglich zum Wort kommen konnten. Was sagt nun dagegen die „Freisinnige Zeitung“? Man höre:

„Ganz lächerlich ist es, wenn der „Vorwärts“ die Veranstalter der Versammlung deshalb angreift, weil sie sie erst um 12 Uhr beginnen und schon um 14 enden ließen. Ganz abgesehen davon, daß die Zeit von drei Stunden für den mit der Versammlung verbundenen Zweck ganz und gar ausreichte, waren die Veranstalter auch gezwungen, sich auf diese Stunden zu beschränken; einem Anfang vor 12 Uhr stand das Verbot der Polizei, einem Ende nach 3 Uhr die ausdrückliche Anordnung des Besitzers des Jirtus gegenüber. Wie unter diesen Umständen die Versammlung, selbst wenn man es gewollt hätte, verlängert werden konnte, darüber muß uns erst der „Vorwärts“ aufklären.“

Unsere Aufklärung ist sehr einfach. Die Versammlungseinberufer hätten erstens nicht neun Referenten vorschicken und durch sie die armen Besucher in Grund und Boden reden lassen, und zweitens kein solches Abkommen mit dem Besitzer treffen sollen! Denn da der Jirtus Wusch seine erste Vorstellung erst heute, Donnerstag, gibt, hätte er doch leicht sein Lokal auch noch auf ein bis zwei Stunden hergeben können. Aber dem Freisinn war ja nichts willkommener, als die „ausdrückliche Anordnung“, um 3 Uhr Schluß eintreten zu lassen! —

Klerikale und „nationale“ Kultur.

Das ultramontane „Schrödenhauser Wochenblatt“ bringt zu einem Fest folgende Reliquien in empfehlende Erinnerung:

5. Eine große silberne Monstranz. Darin ist folgendes Heiligtm: Von dem wahren, rotenfarbenen Blut, das unserem lieben Herrn Jesu Christo aus seiner heiligen Seite am Stamm des heiligen Kreuzes geronnen ist. . . . 7. . . . von dem Erdreich, darauf die Jungfrau Maria den Heilmacher Jesum geboren hat; von dem Steine, worauf unser Herr und Heiland gebetet hat; von einer Wundel, darin Jesus, unser Herr, gelegen ist; vom hl. Remedius, der ein Graf von Taurin und mit den Stiftern unseres Gotteshauses verwandt gewesen ist, ein Finger, aus einer Armröhre und sonst zwei Stücke von ihm. Ebenso von dem Haare der Maria Magdalena; auch ist in dieser Monstranz ein großes Stück von dem Rod der Mutter Gottes. . . . 17. Sanct Petrus' Bild. In diesem Bilde sind Heiligtm: Erstens von dem hl. Petrus, Apostel, ein Zahn; ferner von seinem Leibe vier Stücke; von seiner Währe ein Stück; von seinem Kreuze ein Stück und von dem hl. Papst Leo ein Stück. . . . 21. . . . vom hl. Erhardt ein schönes Beinlein. . . . 24. Sanct Matthias' Bild. Hierin ist Heiligtm: Von dem Apostel Matthias zwei Stücke. Von dem brennenden Busch des Moses zwei Stücke.

Die „Tägliche Rundschau“ druckt dieses Dokument „aus dem dunkelsten Deutschland“ wohlvoll ab. Gerade dies Blatt der „Gebildeten“ hat freilich am wenigsten Anlaß dazu. Hat es doch erst vor einigen Tagen als Dokument patriotischer Begeisterung den Brief eines übergeschnappten Postfisches abgedruckt, der in geradezu ekelhafter Weise den Byzantinismus unfreiwillig parodierte. Die Kronprinzesswämmerlei konnte nicht nur an Läppigkeit, sondern auch an fählich sexueller Ueberflutung mit

dem Wertvollsten konkurrieren, was je in sinnlich überreiztem Parteienhaß ein fieberkrankes Schwärmerhirn hervorgebracht hat!

Anerkennenswerte Selbsterkenntnis.

Die trotz aller Kellamelnäste an zunehmendem Homomentenschwund kankelnde „Staatsbürger-Zeitung“ leistet sich in ihrer heutigen Nummer folgende unfreiwillig-humoristische Abmoments-Einladung:

Ich lese Ihr Blatt gerne.

So schreiben uns verehrliche Leser und bemerken dazu: Ich lese es täglich im Lokal oder beim Nachbarn. Damit führen sich verschiedene Leute bei uns ein, wenn sie eine Auskunft oder dergleichen Gälligkeit von uns haben wollen. Da wir höfliche Menschen sind, tun wir ihnen Bescheid, müssen aber häufig beifügen: Ihre Versicherung, daß Sie unser Blatt gerne und täglich lesen, nützt uns gar nichts. Abonnieren sollen Sie die Zeitung, denn nur Abonnenten haben das Recht, unsere Gälligkeit in Anspruch zu nehmen. Ob Sie das Blatt immer bei anderen Leuten lesen, ist für uns nicht von Belang und kein Zeichen Ihres Wohlwollens für unsere Zeitung. Wenn Sie aber das Blatt abonnieren, brauchen Sie es gar nicht zu lesen und können doch darauf rechnen, daß wir stets bereit sind, Ihren Anliegen zu entsprechen. Mit aller Hochachtung erbedenst

„Staatsbürger-Zeitung“.

Also nur abonnieren sollen die „verehrlichen Leser“ die „Staatsbürger-Zeitung“; daran, daß ihre schriftstellerischen Leistungen auch gelesen werden, liegt der Redaktion „gar nichts“. Wohl selten hat eine Redaktion den Wert ihrer geistigen Produktionskraft richtig eingeschätzt, als in diesem Falle das Antisemitenblatt. Nur meinen wir, wenn die Redaktion selbst ihre geistige Tätigkeit so richtig beurteilt, dann sollte sie doch diese einstellen und dafür sorgen, daß das von ihrem Verlag bedruckte Papier nicht in der Form einer Zeitung, sondern direkt seinem natürlichen Zwecke entgegengeführt wird. —

Eisenbahnerträge.

Während der Juli den preussisch-hessischen Staatsbahnen im Vergleich zum Julimonat des vorigen Jahres einen Einnahmeausfall von 1 1/2 Millionen Mark gebracht hat, lieferte der August dieses Jahres gegenüber dem Vorjahre eine Mehreinnahme von insgesamt 12,0 Millionen Mark, wovon 4,2 Millionen Mark auf den Personenverkehr, 7,3 Millionen Mark auf den Güterverkehr und 1,1 Millionen Mark auf sonstige Einnahmen kommen. Wie von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ hierzu ausgeführt wird, könnte die Mehreinnahme des August aus dem Personenverkehr für den Fernverkehr angefaßt der Mindereinnahmen im Juni und Juli überraschend sein, zumal darin ein Ausfall von etwa 0,7 Millionen Mark enthalten ist, der sich rechnungsmäßig aus der Personalreform ergibt. Es ist indes früher bereits auf die Verschönerungen hingewiesen worden, die sich zwischen den einzelnen Monaten durch den Fortfall der Rückfahrkarten (zusammenstellbare Rundreisebeste und dergl.) zurückgelegt wurden. Der Betrag für die Rückreise stieg im Vorjahre noch den Monaten zu, in denen die Fahrkarten für die Hin- und Rückfahrt (als dem Juni und Juli; in diesem Jahre dagegen gelangen sie erst im August in die Staatskasse. Dilem entgegen dafür natürlich die Einnahmen für die Rückfahrt aus den Rückfahrkarten, die im Vorjahre im August gelöst sind, und man würde für einen gewöhnlichen Monat wohl annehmen können, daß sich Zuwachs und Abgang annähernd ausgleichen werden. Für den Monat August aber trifft das aus den angegebenen Gründen offensichtlich nicht zu. Die Wirkung dieser Verhältnisse ist anscheinend noch dadurch vergrößert worden, daß im Vorjahre mit dem 1. August die Fahrkartensteuer zur Einführung gelangte, wegen deren manche ihre Fahrkarten noch im Juli gekauft haben werden, während in diesem Jahre umgekehrt viele durch das schlechte Wetter des Juni und Juli veranlaßt sein werden, ihre Erholungsreisen soweit wie möglich hinauszuschieben. —

Brutal ehrlich.

Eine selten zu beobachtende Ehrlichkeit legte der Amtsvorsteher in Ostwig bei Breslau an den Tag. Er schickte dem Gastwirt Knabe, der nach langem Widerstreben seinen Saal auch den Arbeitern zur Verfügung gestellt hatte, folgenden offenerzigen Schreibbrief:

Ostwig, den 17. September 1907.

Amt Ostwig

Nr. O. 1208.

An Herrn Restaurateur Knabe

in Ostwig.

Nachdem Sie Ihr Lokal zum offiziellen Parteilokal der revolutionären Partei hergegeben und keine Bemänglung zu öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen freigestellt haben, befinde ich, daß durch den stärker werdenden Besuch Ihres Lokals seitens der Mitglieder der Sozialdemokratie es zu Unbereiten und Unverträglichkeiten zwischen diesen und dem bisherigen bürgerlichen Publikum Ihres Lokales kommen wird, wie solche sich erfahrungsgemäß (1) am leichtesten bei Gelegenheit öffentlicher Tanzmusik ereignen. Da somit eine Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist, halte ich Ihr Lokal zur Abhaltung von öffentlichen Tanzveranstaltungen zur Zeit für nicht geeignet. Ich widerrufe daher die Ihnen für den laufenden Monat bereits erteilten Tanzgenehmigungen aus obigen Gründen und erkläre Ihnen, daß ich bis auf weiteres eine Erlaubnis zur Abhaltung von öffentlichen Tanzveranstaltungen in Ihrem Lokal nicht erteilen werde.

Aus gleichen Grunde mache ich Sie darauf aufmerksam, daß Sie die gefällige Polizeistunde (10 Uhr abends) genau innezuhalten haben.

Der Amtsvorsteher,
Dr. Guradze.

Das Schreiben sitzt wohlthuend von denen anderer Behörden ab, Gewöhnlich werden ähnliche Gewaltmaßregeln mit allerlei fadenheiligen Gründen zu rechtfertigen versucht. Davon nur ja niemand im unklaren darüber blieb, daß die Maßnahme des Amtsvorstehers tatsächlich eine Gewaltmaßnahme sei, postierte er den ganzen Tag zwei Wächtern vor das Lokal des Saalbesizers.

Erreichen wird der Wam voraussichtlich nichts. Da Ostwig ein sehr beliebter Ausflugsort, von Breslau nur dreiviertel Stunden entfernt und durch die Straßenbahn für 10 Pf. zu erreichen ist, werden die Breslauer Arbeiter dem Wirt das Rückgrat steifen.

Bestrafte Ordnungsetzerei.

Die preussische Justiz arbeitet langsam, aber sicher. Hatte da am 25. Januar d. J., dem Tage der Reichstagswahl, ein fählicher Arbeiter in der Brunschen Gastwirtschaft in Ederde, Kreis Linder, nachdem er zuvor den Eigentümer um Erlaubnis gefragt, auf einen Tisch neben den dort befindlichen bürgerlichen Stimmzetteln mehrere sozialdemokratische gelegt. Bald darauf tritt der Wahl- und Gemeindevorsteher Herr v. Heimburg aus dem Wahllokal in die Gaststube, ergreift voll monarchischen Ingrimm die sozialdemokratischen Stimmzettel, zerreiht sie und wirft sie in den Ofen mit den Worten: „So wird's gemacht!“

Der sozialdemokratische Wahlleiter für den 9. hammerschen Wahlkreis, Genosse Stein, kumme, erstattete wegen dieser herausfordernden Begehrenanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Hannover. Der Erste Staatsanwalt lehnte indessen ein Einschreiten ab. Das kassische Schreiben lautet:

„Auf die Anzeige vom 21. März 1907 gegen den Gemeindevorsteher v. Heimburg in Ederde wegen Sachbeschädigung:

Ich bin nicht in der Lage, die öffentliche Klage zu erheben, da nicht ersichtlich ist, daß Sie der Eigentümer der v. Heimburg zerrissenen Wahlzettel waren, oder daß Sie sonst zur Stellung des Strafantrages berechtigt wären.

Es kann daher unerörtert bleiben, welche rechtliche Bedeutung dem Umstande zugumessen ist, daß die Wahlzettel zum allgemeinen Gebrauch auf den Tisch der Brunschen Gastwirtschaft in Ederde gelegt wurden.“

Auf seine Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft in Celle erhielt Genosse Stein unterm 11. Juni folgenden Bescheid:

„Ich habe den Ersten Staatsanwalt in Hannover ersucht, weitere Ermittlungen zu veranlassen und Sie von neuem zu bescheiden, falls er wiederum zur Einstellung des Verfahrens gelangen sollte.“

In Vertretung:
(Name unleserlich).“

Unterm 27. Juli fragte St. bei der Staatsanwaltschaft in Hannover an, wie weit die v. Heimburgsche Angelegenheit gebiechen sei. Hierauf antwortete der Amtsanwalt in Wernigsen, daß er „gegen den Gemeindevorsteher v. Heimburg die öffentliche Klage wegen Sachbeschädigung erhoben und das Hauptverfahren bereits eröffnet habe“.

Dieser Tage fand nun vor dem dortigen Amtsgericht die Verhandlung statt. Der angeklagte Edle führte zu seiner Verteidigung aus, daß er von mehreren Gemeindegliedern gebeten worden sei, doch zu verhindern, daß so viele verheerende sozialdemokratische Flugblätter an die Dorfbesohner verteilt würden; er habe sich insfolgedessen in erregter Stimmung befunden und in dieser die Tat verübt. Der Amtsanwalt beantragt 10 M. Geldstrafe als angemessene Sühne. Das Urteil lautete auf fünf Mark Geldstrafe eventuell ein Tag Gefängnis. Begründend wurde ausgeführt, Herr v. Heimburg sei sich der Strafbarkeit seines Vorgehens sehr wohl bewußt gewesen. Weber als Gemeindevorsteher, noch als Wahlvorsteher habe er zu der erfolgten Verteilung der sozialdemokratischen Stimmzettel ein Recht gehabt, durch welches Vorgehen er die Wähler, die den sozialdemokratischen Kandidaten wählen wollten, der Möglichkeit beraubte, in diesem Sinne ihr Wahlrecht auszuüben.

Bekanntlich ist der Genosse Kläberseid aus Mädenberg, der bürgerliche Stimmzettel beseitigt hatte, wegen der dabei gezeigten „niederer Gesinnung“ vom Schöffengericht zu Esterwerda zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Eine abermalige Ovambo-Katastrophe?

Wie den „Verl. Neuch. Nachr.“ vom 17. September aus Lissabon gemeldet wird, vergleichen die dortigen Zeitungen „Gaiz“ und „Noticias de Lisboa“ das Gerücht, daß die unter dem Befehl des Gouverneurs von Huilla, Hauptmann Rocadas, stehende Expedition im Ovamboland durch die Kuamatas zurückgeworfen sei. Die offiziellen Organe „Jornal da Noite“ und „Diario Illustrado“ bleiben jedoch dabei, daß die in das Ovamboland entsandte Expedition durchaus genügende Mannschaften und reichliche Munition und Verpflegung besitze, um das zu erreichen, was sie beabsichtige; das Ausbleiben von Nachrichten erkläre sich aus der Unterbrechung der Telegraphenlinie. Die Unruhe in der Bevölkerung läßt sich jedoch dadurch nicht beschwichtigen, zumal bereits vor 10 und vor 3 Jahren portugiesische Expeditionen durch die Kuamatas, den Kriegsrästen und tüchtigsten Ovambostamm, zum Rückzug gezwungen wurden.

Die Schwierigkeiten eines Ovambofeldzuges, der diesmal doch von Portugal im größten Maßstabe unternommen worden ist, sollten Deutschland ein warnendes Beispiel sein! —

Holland.

Die Thronrede.

Amsterdam, 17. Sept. (Fig. Ver.)

Am heutigen Dienstag wurden die Generalkstaaten mit einer von der Königin verlesenen Thronrede eröffnet, in der die Friedenskonferenz mit ein paar fahlen Worten angetan wird. Der allgemeine Zustand des Landes sowie der Kolonien wird bescheidend genannt, wobei selbstverständlich der durchaus nicht befriedigende Zustand der Arbeiterklasse einfach übersehen ist. Eilig dagegen hat es diese sich „sozialgesinn“ nennende Regierung — gleich ihren Vorgängerinnen — mit der Erweiterung der Küstenverteidigung und der Verstärkung der Herrschaft über Indien, so dem Militarismus und dem Imperialismus im Interesse des Kapitalismus dienend und Millionen über Millionen auf Kosten des Volkes vergebend.

Die lange zugesagten Geschenktwürfe betr. Arbeiterversicherung und zur Vermeidung von Schiffsunfällen sollen „bald“ eingereicht werden, und die übrigen angedingten Entwürfe, die Sozialgesetzgebung betreffend, sollen in ihrer Vorbereitung weit fortgeschritten sein. — Das langsame Tempo der Regierungstätigkeit auf diesem Gebiete läßt also für die Arbeiterklasse im bevorstehenden Sitzungsjahre wenig erhoffen. Von der von der Arbeiterchaft einstimmig verlangten gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung spricht die Thronrede überhaupt kein Wort. Aber, wie auch immer das weitere Verhalten der Regierung und ihr Eifer in bezug auf die Sozialgesetzgebung sein wird, Hauptsache für die Arbeiterklasse bleibt der Kampf um das unbeschränkte allgemeine Wahlrecht. Die Absichten der Regierung über dieses werden in der Thronrede in folgendem recht zweideutigen Satze erwähnt: „Anträge zur Herbeiführung von Veränderungen in 3. und 4. Abschnitt der Verfassung werden sie (die Kammern) „demnächst“ erreichen.“ Anscheinend ist also innerhalb einiger Wochen oder Monate der Entwurf zur Verfassungsänderung zu erwarten. —

Italien.

Antiklerikale Volksdemonstration.

Rom, 17. September. (Fig. Ver.)

Am 20. September, dem Tage des Festes der weltlichen Herrschaft der Päpste, wird das italienische Proletariat sich in allen Städten und Dörfern der Halbinsel zu antiklerikalen Massenversammlungen zusammenfinden. Die sozialistische Partei und die Konföderation der Arbeit haben schon vor Wochen ihre Mitglieder aufgefordert, die Organisation der Demonstration in die Hand zu nehmen und sie veröffentlichten jetzt eine von den Vorständen beider Organisationen unterzeichnetes Manifest.

Dieses Manifest, das in allen Orten angeschlagen und in Hunderttausenden von Exemplaren als Flugblatt verbreitet wird, wiederholt zunächst die bekannnten praktischen Reformforderungen und fährt dann fort:

„Arbeiter! Als unversöhnlicher Feind jedes wissenschaftlichen, politischen und sozialen Fortschritts ist der Priester Gaer Feind. Die Gelehrten, die das Licht des Gedankens in die Finsternis der Unwissenheit tragen wollten, sind von dem Priester verfolgt worden; die Männer, die gegen Tyrannei und Fremdberrschaft aufstanden, fanden den Priester stets im Lunde mit Tyrannen und Zwangsherren, und wenn heute die Arbeiter mit gekreuzten Armen oder mit der Waffe des Wahlrechts gegen Ausbeutung und Bedrückung ankämpfen, so finden sie den Priester im Lunde mit Ausbeutern und Bedrückern.“

Von den ursprünglichen Ideen des Christentums lehrt die Priesterschaft den Arbeiter nur den Geist der Selbstverleugnung und der Ergebung, um so die Armen im Joch der Herrschenden zu halten. Die Kirche hat die Gottheit in den Dienst der Ungerechtigkeit und des Privilegs gestellt, um Macht und Reichtum zu erobert; sie hat dem freien Gedanken das Dogma entgegengekehrt, hat die Inquisition geschaffen, Scheiterhaufen errichtet, gegen Andersdenkende gewütel. Aber weder Dogma, noch Inquisition, noch Scheiterhaufen,

nach die Fabel von „Lohn und Strafe im Jenseits“ haben den Fortschritt der Menschheit aufhalten können.

Arbeiter! Im Zuge der Geschichte, das den hundertjährigen Kampf bezeichnet zwischen Kirche und freien Gedanken, zwischen Stillestand und Revolution, hat Italien die ruhmvolle Seite des 20. September geschrieben. Aber das monarchische und bürgerliche Italien, das die Gewalt des Volkswillens nach Rom getrieben hatte, fühlte nach vollbrachter nationaler Einigung das Bedürfnis, dem Erwachen der Arbeiterklasse das Bündnis aller reaktionären Kräfte entgegenzustellen, und erbetelte Bestand von der einzig wirksam organisierten Macht der Reaktion: der Kirche. Und die Kirche blieb nicht taub gegenüber dem Schmerzensfremd des Kapitalismus und willigte in die Politik des friedlichen Nebeneinander, die dem Marx die besten Früchte trägt.

Getrodt durch das kühne Vordringen des Merkantilismus, durch die schmachvolle Selbstpreisgabe der einst liberalen Bourgeoisie, durch die katholischen Streikbrecherdienste und die Skandale, die die tiefe Korruption des Merkantilen Milieus verrieten, ist jetzt das Volk zum Angriff gegen die Merkantilen Machtstellungen gefahren. Nicht lärmende Proteste, nicht tüssliche Vorgehen gegen die Beamten werden uns den Sieg geben. Der Kampf richtet sich — unter dem Druck der proletarischen Organisationen und der parlamentarischen Aktion — gegen die Institutionen des Merks, gegen die Kräfte, aus denen die Merkantile Macht quillt.

Arbeiter! Ihr sollt die Vorhut im antiklerikalen Kampfe sein, ohne Euren Endzweck, die Beseitigung des Kapitalismus, aus dem Auge zu verlieren; wenn Ihr die Kirche entwannt, werdet Ihr den Kapitalismus schwächen. Die Bresse der Porta Pia hat die weltliche Herrschaft der Kirche gestürzt — wenn Ihr ihre ökonomische und politische Macht bracht, so legt Ihr eine Bresse in die bürgerliche Gesellschaftsordnung, durch die Eure Forderungen einzutragen werden.

gez.: Der Vorstand der sozialistischen Partei.
Der Ausschuss der Konföderation der Arbeit.

Dies Manifest kommt gerade recht als Gegenumbgebung sozialer gegen die päpstliche Enzyklika wider die „Modernisten“. Webrigens hat die werke Regierung natürlich wieder große Vorkehrungen getroffen, um bei der Demonstration auch „auf dem Plan zu sein“.

Aus der Partei.

Sportsmäßige Klagerci der Gelben. Die Gelben in Augsburg betreiben die Prozeßerei gegen unser Augsburger Parteiorgan sportsmäßig; wenn man sie nur schief anguckt, laufen sie zum Kabi. Neuerdings wurde der Redakteur Genosse Simon in Augsburg wiederum zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er am 25. März aus der „Leipziger Volkszeitung“ eine Resolution der Leipziger Metallarbeiter gegen die dortigen Gelben abdruckte. Auch die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg soll den Augsburger Gelben Begünstigung leisten; zwei interessante Prozesse stehen in Aussicht.

Preßkämpfer. In einer Volksversammlung, die am 8. Februar in Deuben bei Dresden tagte, soll Genosse Fleißner nach Ansicht der Behörde zum Vorhott solcher Geschäftsleute aufgeführt haben, die bei der Reichstagswahl nationale Heldentaten ausgeführt hatten. Deshalb wurde Fl. mit 75 M. Geldstrafe „beglückt“. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ stellte unter Hinweis auf den Alleninhalt der Sache fest, daß in dem Protokoll über jene Versammlung gerade das Gegenteil von dem an die Behörde berichtet worden ist, was Genosse Fleißner ausgeführt hatte. Dadurch fühlte sich der Referendar Siebert von der Amtshauptmannschaft Dresden-A., der Verfasser des Protokolls, beleidigt. Die Amtshauptmannschaft stellte Strafantrag und das Schöffengericht Dresden verurteilte den verantwortlichen Redakteur, Genossen Grösch, ebenfalls zu 75 M. Geldstrafe. Dadurch ist natürlich das Protokoll nicht besser geworden.

Der seit 30 Jahren in Paris bestehende Deutsche Sozialdemokratische Leseklub hält seine regelmäßigen Versammlungen an jedem Sonnabend um 9 Uhr im großen Saale des Restaurant Senn, 9, rue de Valois (Palais-Royal) ab. Einem Vortrage aus politischem oder wissenschaftlichem Gebiete folgt die Diskussion, an der jeder Anwesende sich beteiligen kann. Eine außerordentlich reichhaltige Bibliothek steht den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Kurze der französischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene werden abgehalten. Deutsche, österreichische, französische, schweizerische Parteiblätter liegen zur täglichen Benutzung im Klublokale aus. Gesellschaftliche Veranstaltungen, Besuche von Museen und anderen Sehenswürdigkeiten werden unternommen. Einen Arbeitsnachweis besorgt der Klub nicht, jede sonstige Unterweisung wird den Reisenden in brüderlicher Weise geboten. Es ist jedem nach Paris kommenden Genossen zu empfehlen, sich an den Deutschen Sozialdemokratischen Leseklub zu wenden. Abends ist ein Mitglied der Ordnerkommission anwesend.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, 19. September, nachmittags 5 Uhr.
Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Verhandlungen nach 5 1/2 Uhr. Die Abteilungen haben 4 Ausschüsse, sowie eine Abordnung von 10 Mitgliedern in die gemischte Deputation zur Vorbereitung von Ersuchen in den Berliner Bezirksausschuss gewählt. Dem Ausschuss für die Vorbereitung der Stadtratswahlen gehören u. a. auch die Stadtv. Borgmann, Drusus und Singer (Soz.) an.
Zur Kenntnisnahme ist der Bericht über den Geschäftsbetrieb der Sparkasse für April—Juni 1907 vorgelegt.
Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Bereits vor Monaten ist der Magistrat aus der Mitte der Versammlung eindringlich darauf hingewiesen worden, wie außerordentlich die Verabschiedung des neuen Sparkassenstatuts verzögert wird. Stadtrat Gehride hat schon vor Monaten erklärt, das neue Statut sei bereits im vorigen Jahre im Entwurf festgestellt. Das Sparkassenkuratorium hat wohl auch die Beratung erledigt, aber die weitere Regelung dieser Angelegenheit wird vom Magistrat in unverantwortlicher Weise verschleppt. Wir wissen ja aus den Zeitungen, daß die Sparkasse neuerdings die Berliner Sparkasse boykottieren und sich anderen, moderneren Einrichtungen in den Vororten zuwenden, für die die veralteten Bestimmungen des Berliner Statuts über den Zinsfuß usw. nicht mehr bestehen. An sich kann man dies den Sparkassen nicht übel nehmen; man muß aber im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer künftigen Institute diese Erscheinung sehr bedauern. Die maßgebende Instanz im Magistrat sollte doch endlich etwas mehr Dampf hinter diese bürokratische Schwerfälligkeit machen; es ist die überhäufte Zeit dazu!
Stadtv. Gehride: Das neue Statut liegt dem Magistrat gedruckt vor und wird morgen zur Beratung gelangen. Bei den „moderneren“ Sparkassen sind übrigens die Geldentnahmen noch viel bedeutender als bei uns; trotz der großen Entnahmen haben wir bis heute alle Auszahlungen ohne Kündigung sofort geleistet.
Stadtv. Gaffel (A. L.): Zumeist ist die Verzögerung der Erledigung sehr bedauerlich. Da wir heute den Herrn Kammerrat nicht hier haben, scheint mir ein weiteres Eingehen auf die Materie nicht zweckmäßig; der Bitte, daß nunmehr sehr baldigst die Vorlage an uns kommt, schließe ich mich aber an.
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Von den Stadtv. Frey Schmidt, Jden, Kertens (A. L.), Tolksdorf, Voigt (Soz.) und Goldschmidt (A. L.), ist folgender Antrag eingebracht worden:

„Den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, betr. die Herstellung eines Fußgängersteiges über den Bahnhöfen des Gölriker Bahnhofes im Zuge der Riegner- oder Glogauerstraße zum Zwecke einer direkten Verbindung der Wiener- mit der Gölrikerstraße und somit zur Erleichterung des geschäftlichen Verkehrs für Fußgänger.“

Der Antragsteller Stadtv. Schmidt verweist darauf, daß das Bedürfnis für diese Ueberführung schon seit mindestens 20 Jahren und heute für mindestens 50 000 Menschen besteht. Die davon zu erwartende Hebung des Verkehrs werde eine reichliche Verzinsung des angelegten Kapitals bedeuten.

Stadtv. Krause: Diese Frage hat die städtischen Behörden schon lange beschäftigt. Daß kein Resultat erzielt wurde, liegt daran, daß über die eventuelle Höherlegung des Gölriker Bahnhofes keine Einigung zwischen den in Betracht kommenden Anliegern herbeigeführt werden konnte. Die 5 Millionen Kosten allein zu tragen, hat Berlin keine Veranlassung. Für die jetzt angeregte Fußgängerüberführung ein Projekt aufzustellen, bin ich gern bereit.

Stadtv. Tolksdorf (Soz.): Von Johannistal bis Berlin ist jetzt das ganze Planum der Gölriker Bahn erhöht worden; ausgenommen ist bloß noch die Strecke vom Bahnhof bis zur Verbindungsbahn; es muß ja wohl in Zukunft auch zur Höherlegung dieser Strecke kommen. Das unabweisliche Richtige und Zweckmäßige, schon mit Rücksicht auf den Fahrverkehr wäre ja eine Unterführung. Jedemfalls stellen sich die Verhältnisse jetzt so sehr als ein allgemeines Verkehrsbehindernis dar, daß die Sache in Fluß gebracht werden muß. Ich beantrage die Einsetzung eines Ausschusses.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Nach meinen Informationen aus dem Abgeordnetenhaus besteht keine Aussicht für die Höherlegung des Bahnhofs. Der Eisenbahnstatus ist sehr hartleibig und hat kein Interesse, die Wünsche der Bürgerschaft in dieser Richtung zu befriedigen.

Stadtv. Jden (A. L.): Der Gölriker Bahnhof ist eine Anlage, die 16 Schulen von einander trennt und so in der Schuldeputation unfer Arbeiten ungemein erschwert. Es kommen dort 90—100 000 Seelen in Betracht. Mit Ausschussberatung würde nach meiner Meinung die Erledigung der Frage doch gefördert.

Nachdem noch Stadtv. Grunewald (A. L.) auf ähnlich liegende Fälle im Norden Berlins hingewiesen, wird der Antrag einem Ausschuss überwiesen.

Die „Neue Berliner Straßenbahnen Nordost-Aktiengesellschaft“, in Hohenschönhausen ist Rechtsnachfolgerin der „Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen“ zu Nürnberg (früher Schuder), welche seinerzeit die elektrische Straßenbahn Berlin Bahmannstraße—Hohenschönhausen gebaut hat. Die Gesellschaft beantragt bei der Stadt die Genehmigung für die Verlängerung ihrer Linie von der Bahmannstraße durch die Elisabeth- bis zur Kurzestraße, um für ihre Fahrgäste möglichst bis zum Alexanderplatz Anschluß zu gewinnen. Verkehrsdeputation und Magistrat halten diese Weiterführung für durchaus wünschenswert und haben demgemäß einen Nachtragsvertrag zum Vertrage von 1898 mit der Gesellschaft vereinbart. Der Nachtragsvertrag liegt nunmehr der Versammlung vor.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir begrüßen die Tendenz der Vorlage mit Freuden, beantragen aber Ausschussberatung, weil nach § 3 des Nachtragsvertrages „die Mitbenutzung nicht eingeräumt zu werden braucht für Linien, welche sowohl die alten als auch die neue Strecke der Unternehmerin benutzen und damit eine unmittelbare Konkurrenz zu bereiten geeignet sind“. Es müßte mindestens hier das Wort „ganz“ eingefügt werden, so daß wir mindestens in der Lage sind, später event. die Elisabeth- und die Landsbergerstraße bis zum Tor mitzubenehmen.

Stadtv. Alberti: Die Strecke in der Landsbergerstraße gehört der Großen Berliner Straßenbahn. Die Frage der Mitbenutzung ist bei dieser Gelegenheit ganz besonders gründlich geprüft und die Vorschrift im Nachtragsvertrag für ausreichend befunden worden.

Stadtv. Hoffmann: Ich möchte doch noch den mit der „Großen“ gemachten Erfahrungen bitten, einen Ausschuss zu beschließen; wir können gar nicht vorsichtig genug sein und müssen auf aller genaueste Redaktion dringen.

Stadtv. Kreitzing spricht für sofortige Annahme der Vorlage.

Stadtv. Hoffmann: Ich sehe keinen Grund dafür, weshalb man nicht wenigstens einfügen sollte: „auf die Landsbergerstraße findet diese Bestimmung keine Anwendung“.

Stadtv. Alberti: Wir könnten ja bei der Ueberführung des Vertrages aussprechen, daß eine Konkurrenz in der Mitbenutzung dieser Straße nicht erblickt wird.

Stadtv. Hoffmann zieht hiernach den Antrag auf Ausschussberatung zurück.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Erhaltung des Grunewaldes als Volkserholungsstätte.

Auf die Gesamteingabe der Behörden der dem Grunewald benachbarten Gemeinden Berlin, Potsdam, Charlottenburg, Schöneberg, Spandau, Wilmersdorf, Friedenau, Grunewald, Gr. Lichterfelde, Schmaragdort, Steglitz, Wannsee und Zehlendorf, sowie des Teiktower Kreisauschusses an den Kaiser:

„Zur Beseitigung der in den Bürgerkassen wacherufenen Befürchtungen allergnädigst dahin Entscheidung treffen zu wollen, daß jener schöne Wald auch fernherhin seinem ganzen Umfange nach dem Zwecke der Erholung der Bevölkerung Berlins und seiner Vororte erhalten bleibe“.

Ist dem Magistrat vom Landwirtschaftsminister der Bescheid zugegangen, „daß es nicht in der Absicht Sr. Majestät des Kaisers und Königs liegt, die Veräußerung des Hauptbestandes des Grunewaldes als Baugebäude zu genehmigen“.

Der Magistrat hat sich darauf beschränkt, die Eingabe und die Antwort daraus der Versammlung zur Kenntnis zu bringen; von den Stadtv. Wehl u. Gen. (Soz.) ist der Antrag gestellt:

„Den Magistrat zu ersuchen, gemeinsam mit den benachbarten Gemeinden zur Erhaltung des Grunewaldes als Volkserholungsstätte mit dem künftigen Fortifikations-Schleunigt in weitere Verhandlungen einzutreten.“

Stadtv. Rosenow (A. L.): Seit den Tagen des verstorbenen Landwirtschaftsministers v. Roddielski ist es Sitte geworden, den Städten die ihnen benachbarten Forsten und andere Anlagen, die als Erholungsstätten notwendig sind, aus nackten fiskalischen Rücksichten zu entziehen. Ich erinnere an die Schönholzer Heide, an den alten Botanischen Garten, an die Abholungen an der Obersee. Nach den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus ist es klar, daß auch Teile des Grunewaldes der Spekulation übergeben werden sollen. Der Magistrat hat nun in der bekannten Immediateneingabe an den Kaiser den Befürchtungen der Bevölkerung Ausdruck gegeben und durch den Landwirtschaftsminister die Antwort erhalten, daß der „Hauptbestandteil“ des Grunewaldes erhalten werden solle. Wir haben daher einen Antrag Gaffel-Rosenow-Rommens eingebracht, wonach der Magistrat rechtzeitig geeignete Schritte ergreifen soll, um den Grunewald auch in Zukunft als Volkspark zu erhalten. Nach den Erklärungen im Abgeordnetenhaus hat ja auch niemand an eine Veräußerung des ganzen Grunewaldes gedacht. Es ist Zeit, die Regierung wieder daran zu erinnern, daß Berlin eminent geeignet war, f. B. dem Fiskus den großen sowie den kleinen Tiergarten, die der Stadt einst geschenkt waren, zu überlassen. Die Regierung unterstützt ja sonst alle Maßnahmen zur Befestigung der Zukunft; hier hätte sie eine sehr gute Gelegenheit dazu. Ungezählte Millionen können wir allerdings dem Fiskus nicht hingeben. Ich weiß nicht, welche Schritte der Magistrat tun soll; wir möchten seinen Maßnahmen nicht vorgreifen, wie es der Antrag Wehl tut, der dem Magistrat Verhandlungen mit dem Fortifikations-Spezial vorzeichnet. Deshalb empfehle ich unseren weitergehenden Antrag. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Ich konstatiere zunächst, daß der Antrag Gaffel-Rosenow-Rommens als ein kind unseres Antrages anzusehen ist. Daß der Antrag weitergeht als der unserige, ist richtig, da dem Magistrat keine Grenze vorgeschrieben ist. Ich möchte

allerdings nicht, welche andere Behörde noch für Verhandlungen in Betracht kommen sollte als der Fortifikations. In unserer bekannten Bescheidenheit ziehen wir aber unseren Antrag zurück, da es uns nur auf das Erreichen des Zieles ankommt. Wir hatten unseren Antrag gestellt, weil wir nach den Zeitungen annehmen konnten, daß der Magistrat sich mit der Antwort des Landwirtschaftsministers beruhigen würde. Der Oberbürgermeister soll zu einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ geküert haben, daß wir Berliner mit diesem Bescheide ganz zufrieden sein könnten. (Medner verliest die von uns gesandte nach dem „B. Z.“ im Wortlaut wiederergebene Auslassung.) Vorausgesetzt, daß diese Mitteilung mit den Tatsachen übereinstimmt, müssen wir gegen eine solche Auffassung energigich Verwahrung einlegen, und ich bedauere, daß in dieser Frage der Oberbürgermeister eine solche Vertrauensseligkeit und Bescheidenheit gezeigt hat. Nach den bösen Erfahrungen, die wir in der Behandlung Berlins durch die Behörden gemacht haben, sollten wir doch nicht immer nur durch Entschuldigungsphrasen glänzen, denn dann kann man sich schließlich nicht wundern, daß der Stadt von jener Seite immer größere Lasten auferlegt werden. Der Fiskus hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den Wald zu erhalten. Ich kann auch andere Ursachen als die niedrigste fiskalische Einnahmefür die Absicht des Fiskus nicht ermitteln. Die zukünftige Generation wird es kaum begreifen können, daß der sogenannte „Water Staat“ nicht weiter für die Volksgesundheit übrig gelassen hat, als diese Erholungsstätte für eine große Bevölkerung zu verschandeln und zu beseitigen. Aus dem dem Magistrat zugegangenen Bescheid könnte man übrigens auch herauslesen, daß der „Hauptbestandteil“ des großen Waldes als Park oder zu Restaurationszwecken verwendet werden soll. Und was ist denn ein „Hauptbestandteil“? Schon unter der glorreichen Regierung des Schweineminsters von Roddielski ist ein beträchtlicher Teil des großen Waldes zu Spekulationszwecken veräußert worden. Und auch damals haben die Regierungsvertreter erklärt, damit wäre der Hauptbestandteil des großen Waldes nicht berührt. Die Antwort ist also außerordentlich dehnbar, und sich mit ihr zufrieden zu geben, verdammt einen ungemainen Grad von Bescheidenheit. Aus Verhandlungen mit anderen Behörden als dem Fortifikations wird nichts herauskommen. Hofft man etwa auf den Landtag, dieses Produkt des Dreiklassenwahlrechts? Es wird nichts übrig bleiben, als mit dem Fortifikations resp. mit dem Landwirtschaftsministerium in Verbindung zu treten. Dieses müßte zunächst Auskunft geben, welche Teile des Grunewaldes es weiter noch veräußern will. Die Teile, welche uns für die Bevölkerung von Groß-Berlin als wesentlich erscheinen, könnten durch Sicherung eines Verkaufserlöses erhalten werden; es könnte an Erbpacht und anderes gedacht werden. Jedemfalls aber muß die Sache im Interesse der werktätigen Bevölkerung, die keine kostspieligen Vადereisen unternehmen kann und größtenteils in elenden Löhern hausen muß, ernsthaft in die Hand genommen werden.

Vorsitzer Dr. Langerhans: Sie haben dem früheren Minister von Roddielski eine Bezeichnung gegeben, die völlig unpassend ist. Ich rufe Sie deswegen zur Ordnung! (Unruhe und Zustimmung.)

Stadtv. Gaffel: Der Antrag Rosenow-Rommens-Gaffel ist gestellt, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir alle geeigneten Schritte getan wissen wollen, welche den Grunewald erhalten können; wir wollen aber dem Magistrat nicht unterstellen, daß er bisher nicht das Erforderliche getan hat, noch ihm eine bestimmte Richtschnur geben. Es scheint mir gar nicht zweckmäßig, gerade an den Fortifikations sich zu wenden. Der Finanzminister Miquel hat vor langen Jahren einmal den Wert des Grunewaldes auf eine Milliarde geschätzt. Es wird daher immer heißen: Was seid Ihr zu zahlen bereit? Auch unter den Parteien, die uns fernsehen, haben sich andererseits Stimmen für die Erhaltung des Grunewaldes erhoben, so der konservative Abgeordnete von Pappenheim (Zuruf des Stadtv. Hoffmann: „Wodurch?“ — Heiterkeit.) Was hat das jetzt mit der Wodpolitik zu tun? Ich werde schon, wenn es dazu Zeit ist, gern auf die Wahlrechtsfrage eingehen; aber hier haben wir diese politischen Fragen, die auch Herr Dr. Wehl anspricht, nicht zu entscheiden. (Zustimmung und Unruhe.) Der Oberbürgermeister soll den Sach befähigt haben: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister“. Herr Dr. Wehl hat aber dieses Wort in seiner Bedeutung durch seine Argumentation nicht ermittelbar; er hat auch unterlassen, anzuführen, was diesem Titel unmittelbar vorhergeht, der Hinweis auf die „ungebundenen Geister“, die nichts zuzubringen. (Heiterkeit und Beifall.)

Oberbürgermeister Krißner: Ich habe mit dem betreffenden Reporter nicht namens des Magistrats, sondern in einem persönlichen Gespräch auf dem Korridor des Rathauses mich ausgelassen. Ich habe gesagt, wir hätten alle Veranlassung, für die allerhöchste Entscheidung dankbar zu sein, und für alle Zukunft sei nach meiner Meinung die Erhaltung des Grunewaldes in seinen wesentlichen Bestandteilen gesichert. (Zustimmung.) Auf diesem Standpunkte stehe ich auch heute. Die Vermählung des Dr. Wehl trifft daneben. Es wird durch die Antwort sicher gestellt, daß die Verwendung des Hauptbestandes des Grunewaldes zu Baugebäuden nicht genehmigt werden wird. Wir wäre ja auch lieber gewesen, wenn genau mit Zeichnungen und nach Hektaren angegeben wäre, welche Teile nicht verwendet werden sollen; aber daß einzelne kleine Teile vielleicht auch zu Baugebäuden einmal Verwendung finden können, dürfte in der Entwicklung der Dinge liegen. Unsere Aufgabe wird es sein, darauf zu achten, daß die allerhöchste Entscheidung voll zur Ausführung kommt. Der Magistrat hat die Entwicklung des Grunewaldes mit aller Aufmerksamkeit verfolgt und stets die Interessen Berlins dabei wahrgenommen; das wird er auch in Zukunft tun; der Aufforderung, es mit größerer Unbescheidenheit als bisher zu tun, kann ich nicht entsprechen. (Heiterkeit.)

Der Antrag Rosenow und Genossen wird hierauf einstimmig angenommen.

Die Mitgliederschaft der Stadt Berlin bei dem Verein für Wasser- und Abwasserbeseitigung soll auch über den 1. April 1907 hinaus mit dem ermäßigten Jahresbeitrag von 8000 M. unter der Bedingung bestehen bleiben, daß dem Berliner Vertreter wie bisher ein Sitz im Vorstände eingeräumt wird.

Ueber die Vorlage entpinnst sich eine kleine Debatte, in der Stadtv. Dr. Gadel (Soz.) die Notwendigkeit der Vorlage bezweifelt und Einsetzung eines Ausschusses verlangt. Das wird abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Im Virchow-Krankenhaus hat die Verlegung und Vergrößerung der septischen Unterabteilung der Abteilung für Geburtshilfe stattgefunden. Zur Ausstattung mit Instrumenten sind noch für 1673 M. Neubeschaffungen erforderlich, die extraordnär verrechnet werden sollen.

Stadtv. Range (A. L.) bemängelt, daß die Kosten für diese schon im Februar erfolgte Einrichtung erst im September nachgefordert werden, und ersucht, in Zukunft solches zu vermeiden.

Die Summe wird bewilligt.
Die Kandelaber der städtischen Straßenlaternen sollen zur Anbringung von kleinen Reklameschildern (je zwei von 15 Zentimeter Höhe und 12 Zentimeter Breite an jedem Kandelaber) an ein Konsortium (Kittmann, Müller und Schelle) auf drei Jahre für jährlich 150 000, das dritte Jahr für 200 000 M. vermietet werden.

Stadtv. Gahand (A. L.) stellt dem Antrag nicht abwehrend gegenüber, hat aber noch juristische und tatsächliche Bedenken und beantragt Ausschussberatung. Die Haftung der drei Kontrahenten sei nicht fest umschrieben und von der Genehmigung der Anbringung der Schilder durch die Polizei sei im Vertrage nicht die Rede. Auch müsse Vorsorge getroffen werden, daß nicht etwa ausschließlich die Warenaufhäuser zum Nachteil des kleineren Gewerbestandes bei dieser Reklame bevorzugt werden.

Stadtv. Kreitzing (A. L.) findet die Mittierung der Stadt bei dieser Art Reklame unbedenklich, ist aber mit Ausschussberatung einverstanden.

Die Einsetzung eines Ausschusses wird beschloffen.

Der Magistrat beabsichtigt, am Ufer des der Stadt gehörigen Schäferssees in Reinholdsdorf zur vortheilhafteren Ausnutzung des Sees und zum Zwecke nachdrücklicher Wahrnehmung der Berliner Interessen in öffentlich-rechtlichen Verhältnissen Terrain zu erwerben und will das ihm zustehende Vorkaufrecht an dem Besitz des Gastwirts Brauns ausüben. Das fragliche Terrain ist mit 300 000 M. zu bezahlen.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.
Nach Erledigung einiger weiterer kleiner Vorlagen schließt die öffentliche Sitzung gegen 8 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Seid klug wie die Schlangen!

Seit einer Reihe von Jahren versucht der christlich-soziale Metallarbeiterverband in Viefelsfeld festen Fuß zu fassen. Obwohl es an hohen und höchsten Gönnern und Protektoren nicht fehlte, blieb jeder Versuch, durch ehrliche Agitation vorzudringen, erfolglos. Jetzt wollen die frommen Stöckerleute auf dem nicht mehr ungedöhnlichen Wege des Arbeiterverrats ihr Ziel versuchen. Sie haben mit der Fabrikleitung der Fahrradfabrik von Goerick vereinbart, christlich organisierte Metallarbeiter aus allen anderen Viefelsfelder Fabriken und von außerhalb heranzuziehen, um — nach den Absichten der Fabrikleitung — für die Zukunft jede Aktion des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem nahezu alle Arbeiter des Betriebes angeschlossen sind, zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Da die Verbungen in Viefelsfeld selbst nicht den erwünschten Erfolg zeitigten, versuchen die Leute nun mittels folgenden Zirkulars nach echter Streikbrecheragentenart unter allerlei Lockungen auswärtige Arbeiter nach Viefelsfeld zu bringen. Die Frommen schwindeln also:

Werter Kollege!

Wegen Vergrößerung verschiedener Betriebe können wir sofort und für die nächsten Wochen etwa zweihundert Schlosser, Dreher, Schnittmacher, Klempner, Schleifer, Lackierer, sowie Metallarbeiter aller Art hier unterbringen. Gelehrte Leute haben bisher alle 14 Tage 60—70 M., ungelernete 55—60 M. verdient. Wir bitten dringend, Kollegen

unseres Verbandes

nach Viefelsfeld zu senden und sich nur bei unserem Vorsitzenden, Kollegen Heinrich Wehmeier, Nordstr. 29, zu melden. Alles Weitere wird besorgt.

Mit kollegialem Gruß

Viefelsfeld, den 14. September 1907

H. Wallbaum,

Betriebsleiter des christl. Metallarbeiterverbandes.

Gedruckt ist das Zirkular in der Vodelschwinghschen Druckerei. Zu seiner Kennzeichnung ist wohl nichts weiter hinzuzufügen, als daß weder Betriebe „sofort und für die nächsten Wochen“ vergrößert werden, noch daß der angegebene Verdienst den Tatsachen auch nur annähernd entspricht.

Man sieht, die frommen Christen sind zwar „klug wie die Schlangen“, aber nicht „ohne Falch, wie die Tauben“.

Berlin und Umgegend.

Die Steinarbeiter versammelten sich am Mittwochabend im Englischen Garten zu einer Besprechung über den Stand ihrer Lohnbewegung. Der Referent Ohngemach zeigte, daß gute Fortschritte gemacht worden seien. Im Laufe dieser Woche haben wieder einige Firmen bewilligt, sobald die Forderungen zurzeit bei 17 Firmen anerkannt worden sind. Gestreikt wird noch im ganzen bei 5 Firmen, die vor dem Streik zusammen 124 Mann beschäftigten. In den Streiklisten werden jetzt nur noch 80 Arbeiter geführt, woraus zu erkennen ist, daß ein großer Teil bei anderen Firmen Arbeit gefunden hat. — In der Diskussion wurde scharf verurteilt, daß in einzelnen Fällen Unordnungen angenommen wurden, da die Abschaffung aller Affordarbeit als eine der ersten Forderungen gilt. Von der Firma Braun hieß es, daß dieselbst Streikarbeiten für gesperrte Firmen hergestellt würden. Eine Kommission wurde mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. W. Dohmann machte bekannt, daß der Streik der Steinarbeiter in Düsseldorf beendet ist; wie weit die Düsseldorf Kollegen mit ihrem Streik Erfolg hatten, war noch nicht bekannt geworden.

Der Zentralverband hat ein Flugblatt herausgegeben, das in der Versammlung verteilt wurde. Es richtet sich an alle in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter, die der Organisation noch fern stehen, und zeigt ihnen die Notwendigkeit, dem Verbands zu ihrem eigenen Schutze beizutreten. Nach statistischen Erhebungen im Jahre 1905 betrug das Durchschnittsalter der Steinmänner Deutschlands 31 Jahre 2 Monate, für Granit- und Marmorarbeiter 31 Jahre 8 Monate, für Schleifer 32 Jahre 11 Monate, für Steinbrecher 33 Jahre 4 Monate. 91,08 Proz. aller Steinarbeiter sterben an der Lungen- oder Nierenkrankheit oder an Rheumatismus. Bei den Schleifern tritt Gicht und Rheumatismus häufig als Berufskrankheit auf, weil die Werkstätten gewöhnlich sehr naß sind. Die Steinbrecher haben zahlreiche Unfälle zu verzeichnen. Es bestehen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und es ist wichtig, daß dieselben befolgt werden. An die Durchführung dieser Bestimmungen ist aber nur da zu denken, wo eine starke Organisation darüber wacht. Darum allein schon ist es Pflicht eines jeden Steinarbeiters, dem Verbands beizutreten, der zugleich für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sorgt.

Achtung, Präsektischer! Die Differenzen bei der Firma Hildebrandt sind beigelegt. Nachdem am Montag früh auch die in Betriebe tätigen Maschinenarbeiter sich mit den streikenden Kollegen solidarisch erklärten und die Arbeit ebenfalls eingestellt hatten, wodurch der Betrieb völlig still gelegt worden war, willigte Herr Hildebrandt am Mittwoch mittag ein, mit einer Kommission zu verhandeln, wozu er vorher nicht zu haben war. Herr Hildebrandt erklärte sich nunmehr bereit, die tariflich mit den Präsektischen vereinbarten Löhne auch für seine Arbeiter ab 1. Oktober, wo der Tarif in Kraft treten soll, zahlen zu wollen. Daraufhin nahmen die beteiligten Arbeiter unter Zustimmung ihrer Organisationen von der Wiedereinstellung ihres gemäßigten Kollegen Abstand. Auch dieser verzichtete auf seine Wiedereinstellung. Die Arbeit wurde im vollen Umfange wieder aufgenommen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Verwaltung II.

Achtung, Töpfer!

Die Firma Johannes Lwarch, Rummelsburg, Wühlischstr. 1, ist seit Donnerstag, den 12. September gesperrt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen haben wir von einer Veröffentlichung bisher Abstand genommen. In Betracht kommt der Bau Prenglauer Allee, Ecke Jablonskistraße. Es handelt sich um Lohnindifferenzen. Leider haben sich schon wieder einige von den notorischen Arbeitswilligen gefunden und sind dort in Arbeit getreten. Unter anderen die berühmten Adomeit und Dypel, ferner Töpfermeister Runge, welcher ebenfalls noch gesperrt ist, Witt aus Königsberg, Otto Scheffran aus Oranienburg und die drei Unterzeichner des Auftrags zwecks Gründung eines neuen Töpfervereins: Hart Groth, früher Gruschinski, Max Gernoll aus Stettin und Hermann Jost, welcher nebenbei noch als Klavierspieler und Tanzmaitre geht.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin, Inseratenpreis veranlagt: 25. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Seiffenberg, 19. September. (Fig. Ber.)

Der Ausstand gewinnt täglich an Ausdehnung. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich die Fabrikarbeiter der Grube „Verta“ bei Sano angeschlossen, ebenso „Vittoria“ und „Anhalter Kohlenwerk „Marie II“ bei Kößgen. Abends erhielten wir die telegraphische Nachricht, daß die „Millygrube“ bei Wodwitz (zirka 400 Mann Belegschaft) die Arbeit niedergelegt habe. Nach der bürgerlichen Presse streikten am Dienstag 1300 Mann. Ihre Zahl ist jetzt bedeutend höher. Im einzelnen stellen sich nach Verlangangaben die Ziffern wie folgt: „Niederlausitzer Kohlenwerke“ 374, „Elisabethglück“ Seiffenberg 147, „Treuherz“ Clattwitz 114, „Neuroholln“ Seiffenberg 111, „Friedrich Wilhelm“ Costebrau 106, „Verta“ Sano 64 (sind inzwischen die Fabrikarbeiter dazu gekommen), „Görlich“ 49, „Hendels Werke“ Seiffenberg 44, „Merkur“ Dreblau 40, „Lauhammer“ 40, „Ferdinand“ Bismarck 36, „Waidmannsheil“ Annahütte 30 und einige kleine Gruben mit geringeren Zahlen. Im Gang befinden sich noch die Werke der Gesellschaft „Ise“, der „Braunkohlen- und Zerkleinigungs-Ges.“ und der Gesellschaft „Eintacht“.

Von den auf den Werken beschäftigten Leuten sind von je die Metallarbeiter am schlechtesten gestellt gewesen. Es handelt sich um Schlosser, Schmiede, Dreher usw., die in den Reparaturwerkstätten beschäftigt sind. Die eigenartige Stellung der Schlosser usw. auf den Werken bedingte, daß sie nur zum geringen Teil organisiert sind und daß sie von den höheren Löhnen in der Hochkonjunktur nichts abbekommen haben. Eine Versammlung, in der sich der Bezirksleiter Zernicke von Berlin mit den Leuten aussprach, zeigte sich das ganze Gend: Löhne von 29 bis 35 Pf. pro Stunde — einige wenige Ausnahmen abgerechnet — kein Zuschlag für Überstunden und Sonntagsarbeit. Diese steht aber in höchster Blüte, weil man sie noch nicht zur Besserung von Streikarbeit mißbraucht hat. Es bedarf aber nur eines Funken...

Die Hüttenarbeiter in Oberschlesien.

Breslau, 19. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nach den Bergarbeitern sind nun auch die Hüttenarbeiter Oberschlesiens in eine Lohnbewegung eingetreten. In Königshütte sind bereits Forderungen eingereicht. Die Direktion hat diese abgelehnt, obgleich die Forderungen katholische Facharbeiter sind.

Buchbinder, Kartonnagenarbeiter usw. Allenhalben regt es sich, und auch die sächsischen Erzebergwerke fangen an, den Organisationsgedanken zu erfassen. Innerhalb weniger Wochen stieg die Zahl der Organisierten ganz enorm, und die Zahlstelle Annaberg-Buchholz des Deutschen Buchbinderverbandes erhöhte in kurzer Frist ihren Mitgliederbestand von kaum 100 auf weit über 500. Den Anstoß zu diesem Emporschneilen gab die dortselbst eingeleitete Lohnbewegung der Kartonnagen- und Kartonnagenarbeiter, der Buchbinder und in Präganstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Nachdem ein Teil der dortigen Unternehmer die Organisation der Arbeitnehmer, den Deutschen Buchbinderverband, anerkannt hatten, war es den Besitzern der Präganstalten vorbehalten, der jung und kräftig emporgeschneelten Gewerkschaft Schwierigkeiten zu bereiten und deren Existenzberechtigung zu verneinen. Allerdings, die Präganstaltenbesitzer verkörpern das Großkapital, und diese Tatsache erklärt wohl ihr Verhalten zur Genüge. Zertrümmerung der Organisation, das war und ist ihre Parole. Durch Maßregelungen der besten Kräfte derselben suchten sie dies zu erreichen, aber sie rechneten nicht mit der Tatsache, daß auch jung organisierte Arbeitnehmer treu und fest zur Organisation halten, wenn sie sehen, daß ihnen diese Hilfe bringt. Den Maßregelungen, die bei der Firma Gutberlet vorkamen, wurde dadurch Einhalt geboten, daß das Personal einmütig die Arbeit niederlegte, nachdem Verhandlungen zwecks Wiedereinstellung der Entlassenen erfolglos geblieben waren. 78 Personen traten in den Ausstand. Just zur selben Zeit wurde von den Arbeitnehmern anderer Präganstalten verlangt, der Organisation den Rücken zu kehren. Vergebliche Mühe. Die Arbeiter blieben fest. Und als dann der Unternehmer Kunze den alten Trick anwandte und „seinen“ Leuten erklärte, daß das Personal der anderen Betriebe fast sämtlich aus der Organisation ausgetreten sei, da wollte es das Schicksal, daß das Personal der Firma Gutberlet im gleichen Moment vor den Fabriksfenstern vorbeizog, damit das Gegenteil demonstrierte.

Der Ausstand wird voraussichtlich größere Kreise erfassen und ist es Pflicht der in Frage kommenden Branchen, durch Festhaltung jeglichen Zugewinns die junge Kampferschar in ihrem Vorgehen zu unterstützen. Im Ausstande befinden sich 78 Personen, in Kündigung außerdem bis zur Stunde weitere 100.

Schießende Streikbrecher.

Ein Zigarrenhändler in Augsburg, dem ein Drauerbesitzer ein paar Mal einige Zigarren abkaufte, zeigte sich dafür dadurch dankbar, daß er sich bei Ausbruch des dortigen Drauerstreiks als Streikbrecher verdingte. In einer Wirtschaft deshalb von einem Gaste zur Rede gestellt, stand der Streikbrecher auf, holte von Hause einen Revolver und machte, in die Wirtschaft zurückgekehrt, Anstalt zum Schießen. Er kam aber nicht dazu, denn der Wirt entriß ihm die Waffe und die Gäste prägelten den Kerl dann demnach durch, daß er lange Zeit nicht mehr wird schießen können.

Wieder etwas Christliches.

Das Zentrumblatt in dem schwäbischen Städtchen Donauwörth brachte folgenden Artikel:

„Wie ich soeben vernehme, soll in den nächsten Tagen hier eine sozialdemokratische Versammlung wegen des hiesigen Drauerstreiks stattfinden. Hauptsächlich bezieht sich jeder Lokalbesitzer, daß er nicht mit beitragen wird, die systematische Verheerung des arbeitenden Standes zu unterstützen. Rüge auch die hiesige christlich-nationale Arbeiterschaft dieser Hege sozialdemokratischer Radaubröder ferne bleiben und nur auf friedlichem Wege die Verbesserung ihrer Lage erstreben.“

Der Pfaffe, der dies geschrieben, hatte nicht den Mut, seinen Namen unter diese Gemeinheit zu setzen, sondern er unterzeichnete mit „Ein christlicher Arbeiter“.

Husland.

Warnung für Goldleistenarbeiter! In der ganzen Goldleistenindustrie zu Schweden ist ein Konflikt ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Der Sekretär der internationalen Union der Holzarbeiter.

Der Kampf in Antwerpen.

Antwerpen, 18. September. (Fig. Ber.)

Das Streikkomitee hat, wie natürlich vorausgesehen war, den letzten Akt der Unversöhnlichkeit und die geselligen Perausforderungen der Unternehmervereinigung mit dem Beschluß auf Fortsetzung des Streiks beantwortet. Die Stimmung

unter den Streikenden ist umso gefestigter als nicht nur die materiellen Unterstüßungen stehen — heute lief die Summe von 45 000 Franken ein — sondern ihnen auch — natürlich nicht von der Federation maritime — wertvolle Jugeständnisse gemacht wurden. Unter tosendem Beifall gab in dem heutigen Meeting der Streikenden Genosse Milio bekannt, daß die große Getreidefirma Dreyfus mit den Arbeitern unter Anerkennung des Tarifs von 6 Frank und 9 Frank für die Sonntagsarbeit einen Kontrakt auf ein Jahr abgeschlossen hat und eine Reihe anderer Getreidegroßhändler mit der sozialistischen Doderorganisation ebenfalls auf Grund dieser Bedingungen verhandelt. Diese Unterhandlungen sind auf einen entsprechenden Ausschluß beschluß der Getreidebörse zurückzuführen. — Genosse Milio teilte auch die erfreuliche Botschaft mit, daß 2000 nichtorganisierte Doder ihren Beitritt bei der sozialistischen Doderorganisation „Billen is Kunnen“ angekündigt haben. Genosse Milio zeigte ferner an, daß De Vroudre die bereits gemeldete Reise nach England angetreten habe, um dort über den Antwerpener Kampf zu sprechen. Milio wird zu den gleichen Zwecken nach Verdiers reisen.

Die Arbeiter der „Nations“ haben zum größten Teil die Arbeit aufgenommen, wodurch der Hafen ein etwas weniger totes Aussehen hat. Das alte Streikkontingent der Federation maritime ist nach wie vor unerückert, was schon daraus erhellt, daß auf den Schiffen der Unternehmervereinigung höchstens 4000 Mann arbeiten, welche etwas höhere Ziffer infolge der zuletzt angekommenen englischen Streikbrecher erreicht wurde. — Die Nachricht, daß Herr Corty sich nicht mehr an eventuellen Unterhandlungen beteiligt, ist recht wahrscheinlich. Er hat sich bei den Unternehmern zu „müßig“ gemacht und er hat begreiflicherweise auch den Appetit an der Sache verloren. Was die Regierung „tat“, wird weise verschwiegen. Oder ist nichts zu verschweigen?

Die italienische Landarbeiterorganisation im Jahre 1907.

Rom, den 17. September. (Fig. Ber.)

Gestützt auf eine offizielle Umfrage bei den Präekten, Bürgermeistern und Arbeitskammern veröffentlicht das soeben ausgegebene Augustheft der Bulletin des Reichs-Arbeitsamtes eine Statistik der Landarbeiterorganisationen Italiens im ersten Halbjahr des laufenden Jahres.

Die Statistik berichtet, daß von 1292 Verbänden mit 273 698 Mitgliedern nur 25 mit 4824 Mitgliedern einen konfessionellen Charakter haben, während die anderen Kampforganisationen zum Zweck wirtschaftlicher Verbesserung sind. Nur ein Drittel der in diesen Organisationen Organisierten ist an die Arbeitskammern der betreffenden Provinz angeschlossen, fast alle gehören aber dem nationalen Verband der italienischen Landarbeiter an.

Was die Fortschritte betrifft, so sind die relativ größten von den bisher am meisten rückständigen Landchaften gemacht. An der Spitze der Bewegung steht noch immer die Emilia, die einen Zuwachs von über 2000 Mitgliedern hat. Der Piemont hat seine Organisiertenzahl verdoppelt, Toscana, Marken und Ligurien haben ihren allerdings schwachen Bestand verdreifacht und vervierfacht, auch Apulien hat durch Erhöhung seines Bestandes um ein Viertel tüchtige Fortschritte gemacht, während Umbrien, Latium und die Basilicata leichte Rückschritte aufweisen, woran wohl die starke Auswanderung aus diesen Landchaften die Schuld trägt. Calabrien und Sardinien treten zum ersten Male in der Statistik auf. Die übrigen Regionen haben weder Fortschritte noch Rückschritte gemacht.

Die 270 000 Organisierten verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Landchaften: Emilia 113 705, Sizilien 43 787, Apulien 36 787, Lombardei 24 190 und Piemont 17 615. Es folgt dann eine große Pause: einen Organisiertenbestand von 7000 bis 8500 haben Venezien, Toscana, Umbrien, Marken, Latium und Campanien; Calabrien hat 1894 Organisierte, die Abruzzen, Sardinien, Ligurien und die Basilicata haben weniger als 1000.

Die Statistik zeigt, daß die italienischen Landarbeiterorganisationen an Fortschritten hinter denen der Industriearbeiter nicht zurückbleiben und Italien das Primat auf dem Gebiete der im Geiste des Klassenkampfes organisierten Landarbeiter bewahrt.

Verfammlungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damen- und Kinderkonfektion hielten am Montagabend eine weitere Agitationsversammlung in Raabes Festsaal, Kolbergerstraße, ab. Gertrud Hanna sprach über das Thema: „Was sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen tun, um ihre Lage zu verbessern?“ Der Besuch war etwas besser als in der ersten Versammlung im „Reichenberger Hof“, und mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen der Rednerin, die darin gipfelte, daß eine geschlossene Organisation der männlichen und weiblichen Arbeiter im Verufe dringend notwendig sei, wenn bessere Arbeitsbedingungen erzielt werden sollen. Die Rednerin forderte besonders die Arbeiterinnen auf, sich ihrem Verbands anzuschließen und auch zu versuchen, ihre Kolleginnen dafür zu gewinnen. Noch stehe leider ein großer Teil außerhalb der Organisation, und gerade diejenigen, denen es am schlechtesten geht, sind am schwersten zu bewegen, die gemeinsamen Bestrebungen zu unterstützen. Es ist notwendig, daß für den Besuch der nächsten Versammlungen rege agitiert wird.

Eingegangene Druckschriften.

Kultur und Fortschritt: Heft 112/15: „Gleichberechtigung der Frauen und Erdbekämpfung.“ Von Dr. jur. H. Orloff. 1 M. — Heft 116: „Frauen als Vornämder.“ Von Antonschler Dr. Ebeling. 25 Pf. — Heft 117: „Die wirtschaftliche Reform der Ehe.“ Von Maria Mhannsdta. 25 Pf. — Heft 121: „Zentralhaushaltung.“ Von Rosita Schimmer. 25 Pf. — **J. A. Rousseau-Worte.** (Ergänzung.) Von Achim v. Winterfeld. 75 Pf. — **Schopenhauer-Worte.** Von Achim v. Winterfeld. 1,50 M. — **Marie v. Schmid, Mutterdienst.** Zur Hebammentage. 40 Pf. Leipzig, Heilig Dietrich.

„Das letzte Geheh der Kulturarmut“, eine soziale Studie von Geheerens. Preis 1,25 M. Verlag: G. B. Engelhardt u. Co. in Hannover.

Kulturgeschichte des deutschen Volkes von Otto Dörmel am Abzug wird jetzt vom Historischen Verlag Baumgarten in Berlin in einer Volksausgabe in 12 Lieferungen a 1 M. herausgegeben. Lieferung 1—3 erschienen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sie wollen keinen Frieden.

Antwerpen, 19. Sept. (B. L. B.) Ein vom Arbeitsminister gemachter Vorschlag, den Streik durch ein Schiedsgericht auszufragen, wurde von der Federation maritime zurückgewiesen.

Die Pest.

Petersburg, 19. September. (B. L. B.) In das Eisenbahnhospital der Station Randschurja der Sibirischen Eisenbahn ist ein dreijähriges Mädchen mit sicheren Anzeichen von Subanenpest eingeliefert worden.

Entführter Vater.

Saloniki, 19. September. (B. L. B.) Vater Luigi Balischi, der Rufos der Antonskavelle in Brigidon wurde von albanesischen Räubern entführt. Diefelben fordern ein hohes Lösegeld.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin, Inseratenpreis veranlagt: 25. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

Der Parteitag in Essen.

(Telegraphischer Bericht.)

(Schluß der Mittwoch-Sitzung.)

Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage.

Bebel (fortfahrend):

Man will die fetten Pfänden haben, man will Schwiegeröhne haben, man will seine Töchter entsprechend versorgen. (Sehr gut!) ... Ich habe schon in Stuttgart gesagt: Ist es wahr, daß wir niedergelassen sind? Ich frage weiter: Ist es wahr, daß das Bürgerium gezeigt hat, daß es mit der Sozialdemokratie fertig werden kann? ...

tratte fertig werden kann? ... Ich frage weiter: Ist es wahr, daß das Bürgerium gezeigt hat, daß es mit der Sozialdemokratie fertig werden kann? ...

die Kostendeckung nicht mehr heißt, daß die beteiligte Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu den Kosten herangezogen werden soll. Die Beitragspflicht ist vielmehr auf die ganze Parteipresse ausgedehnt worden. ...

Essen, 18. September 1907.

Die Kommission für das Preszbureau

hat am Dienstag und Mittwochnachmittag getagt. Nach der erschöpfenden Generaldebatte beschloß die Mehrheit, dem Parteitag die Errichtung des Bureaus vorzuschlagen, zwei Stimmen wurden für die Vertagung der Angelegenheit abgegeben, bis eine Redakteurkonferenz die noch auseinandergehenden Ansichten über die Aufgabe des Bureaus mehr geklärt habe.

Der Mannheimer Parteitag hat einem Vertreter der Lokalorganisationen ohne Mandat das Wort erteilt. Von dem Geduldigungsgefühl der Delegierten in Essen erwarten wir, daß sie, nachdem sie es zugelassen haben, daß Thabor uns in schärfster Weise angreifen konnte, und die Möglichkeit der Verteidigung nicht nehmen.

Sokalvereinen gesprochen hat. Genosse Ebert konnte natürlich ebensowenig wie im vorigen Jahre der Genosse Rollenbach wissen, daß die nach Hunderten zählenden Orte unseres Industriegebietes niemals ihre eigenen Lokalvereine gehabt haben, daß unsere Mitglieder von jeher in den Kreisen Solingen, Remscheid, Lennep, Reithmann und Elberfeld zerstreut umher wohnten, daß diese Kreise für unsere Kollegen ganz Deutschland bedeuten, weil außerhalb derselben jede Arbeitsgelegenheit aufhört und daß es sich daher bei den Solinger Gewerkschaften von allem Anfang an um klassische Zentralverbände gehandelt hat.

Es ist aber höchste Zeit, daß einmal mit dem fast allgemein außerhalb Solingens verbreiteten Irrtum ausgeräumt oder aber unsere Behauptung widerlegt wird.

Mit Parteigrüß

gez. Robert Wöhmer.

Die russische Revolution.

Stolypins „Neutralität“.

Während selbst den harmlosen „Kadetten“ die Legalisierung ihrer Parteiorganisation verweigert wurde, ist jetzt — wie der „Russ. Korr.“ aus Petersburg berichtet wird — der „Verband zur aktiven Bekämpfung der Revolution“ registriert worden. Bekanntlich wurde den Kadetten als Grund der Verweigerung angegeben, daß sie die Mittel und Wege, durch welche die Kadetten die bestehende (!) konstitutionelle Staatsordnung aufrechterhalten wollen, in ihren Statuten nicht klar erläutert hätten. Die Statuten des „Verbandes zur aktiven Bekämpfung der Revolution“ scheinen demgegenüber in ganz klaren Worten abgefaßt zu sein, und es bleibt nur die Frage, wozu die russische Regierung zu den Kriegs- und Feldgerichten greift, wenn sie die Ausübung ihrer „Beruhigungstätigkeit“ den Händen der niedrigsten Klasse der schwarzen Hundert anvertraut.

Der weiße Terror ist jetzt, trotzdem Stolypin behauptet, daß im Lande „vollkommene Ruhe“ herrsche, von der Regierung auf Umwegen sanktioniert. In den von der Behörde genehmigten Statuten des neuen Verbandes heißt es: „Mitglieder des „Verbandes zur aktiven Bekämpfung der Revolution“ können mit Ausnahme von Juden alle russischen Bürger werden, welche anerkennen, daß in Rußland ein unbeschränkter Selbstherrscher (!) herrscht. Um die Jugend von revolutionären Ideen abzulenkten, veranstaltet der Verband Übungen im Turnen, Fechten und Schießen (!).“ Die Ermordungen von Herzenstein und Jollos, die auf das Konto dieses Verbandes zu setzen sind, zeigen seine wirklichen Ziele sehr deutlich. Und ein solcher Verband wird von der „konstitutionellen“, „neutralen“ Regierung Stolypins legalisiert.

Die Kampforganisationen der „wahrhaft russischen Leute“.

Die Ankunft und die erste Tätigkeit des neuen Stadthauptmanns von Odessa, Kowizki, dem der Minister Stolypin noch besondere Vorschriften und Instruktionen mit auf den Weg gegeben hat, läßt auf den „Verband wahrhaft russischer Leute“ auch nicht den geringsten Einfluß aus, umsoweniger, als trotz der entsetzlichen Greuelthaten und Judenmorde, die in Odessa ausgeführt wurden, nur einige unbedeutende Verhaftungen vorgenommen worden sind. Schon sind die wahrhaft russischen Leute wiederum Herzen der Situation, und sie haufen in Odessa nach Vertrieben weiter. Recht erfolgreich in ihrem Vorgehen sind die beteiligten besonderen Kampforganisationen des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“. Diese Kampforganisationen werden in Petersburg formiert (jeweils kleine Gruppen von je zehn Mann, die sich vorwiegend aus Reservisten und den auf dem Kriegsschauplatz tätig gewesen Soldaten rekrutieren) und von den Provinzkomitees des Verbandes berast verteilt, daß in jeder bereits bestehenden Kampforganisation stets eine genügende Anzahl geeigneter Instruktionen und Leiter für den Fall einer aktiven Tätigkeit des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ vorhanden sind. Als Sammelpunkt für diese Kampforganisationen dient vorläufig ein großes, in der Schukowolajastrasse zu Petersburg gemietetes Haus, in dem ein russischer Oberst die Formierung der Kampforganisationen vornimmt. Dieser Oberst, der gleichzeitig den Titel „Kommandeur aller Kampforganisationen des Verbandes wahrhaft russischer Leute“ trägt, hat mit seinen Gehäfen jetzt Tag und Nacht zu tun, da der „Verband wahrhaft russischer Leute“ jetzt verschiedentlich, in Odessa, Kiew usw., tüchtig bei der „Arbeit“ ist. Die Zahl der Freiwilligen für diese Kampforganisationen wächst von Tag zu Tag, da ihnen viele Vergünstigungen, weitgehende Zugeständnisse nebst einem Monatsgehalt von etwa 35 Rubeln zugesichert wird. Vorläufig haben die Freiwilligen dieser Kampforganisationen Privatwohnungen inne und erscheinen nur täglich in der Schukowolajastrasse zur Entgegennahme der Anordnungen, beziehungsweise um sich truppweise nach der einen oder der anderen Stadt zu begeben. Es besteht aber die Absicht, besondere Kasernen für diese Kampforganisationen zu errichten!

Wie man sieht, trifft der „Verband wahrhaft russischer Leute“ alle Vorbereitungen, um jeden Augenblick zu Pogromen gegen Juden und sonstige „innere Feinde“ gerüstet zu sein.

Die Asiaten an der Westküste Nordamerikas.

London, 17. September. (Fig. Ver.)

In den westpazifischen Ländern ist der Haß gegen die asiatische Einwanderung zu einem mächtigen politischen Faktor geworden. Es bleibt sich dabei ganz gleich, ob die Länder zu den Vereinigten Staaten von Amerika oder zum britischen Reich gehören; denn sowohl in Kalifornien wie in Britisch-Kolumbien (Kanada) werden Chinesen, Japaner und Hindu nicht geduldet. In allen diesen amerikanischen-britischen Staaten kamen in letzter Zeit feindselige Demonstrationen gegen die asiatischen Einwanderer vor. Ähnlichen Erscheinungen begegnet man in allen englischsprachigen neugegründeten Gemeinwesen, Erscheinungen, die meines Erachtens teils ökonomischen, teils nationalistischen Ursachen entspringen. Die Herabdrückung der Löhne, die Senkung der Lebenshaltung, die die asiatische Einwanderung zeitweilig nach sich ziehen kann, spielt dabei sicherlich eine bedeutende Rolle. Aber sie ist nicht die einzige Ursache. Denn wäre sie die einzige Ursache, so müßte sich der Haß auch gegen Syrier, Araber und die osteuropäische Einwanderung richten. Wir sehen aber, daß diese Einwanderung, wenn sie auch gleichfalls Beschränkungen unterworfen ist, doch zu keinen Konflikten führt. — Die ökonomische Ursache kann also nicht die einzige sein. Die andere Ursache muß dürfte wohl darin zu finden sein, daß staatenbildende Nationen, besonders aber englisch sprechende, einen starken Widerwillen gegen Volkselemente haben, die nicht assimilierbar sind. Das Gefühl aber, daß Chinesen, Japaner und Hindu sich nicht assimilieren lassen, im Verein mit der Sorge, daß sie die Lebenshaltung herabdrücken, führten zu den bedauerlichen Ausschreitungen, zu den engherzigen Einwanderungsgesetzen in Nordamerika, Australien und Südafrika.

Indes, unsere Aufgabe ist hier nicht, die Ursachen dieser Erscheinungen aufzudecken, sondern die Konflikte der asiatischen und nordamerikanischen Arbeiter an der westpazifischen Küste zu besprechen und ihre Wirkungen auf die äußere Politik der Vereinigten Staaten und des britischen Reiches zu berühren.

Der Zeit nach ist zuerst Amerika zu behandeln, wo diese Konflikte bereits zu einer Verschiebung der Flotte nach dem Stillen Ozean geführt haben! Die Beschränkung und das Verbot der chinesischen Einwanderung kommen hier weniger in Betracht, da das chinesische Reich noch schwach ist und an eine Wiederbelebung nicht denkt. Das nationale Gefühl ist dort erst im Entstehen begriffen, und es werden noch Jahre vergehen, ehe China zu einem positiven Faktor in der internationalen Politik wird. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß die Washingtoner Verwaltung jetzt alles tut, um die chinesische Regierung für sich zu gewinnen und sie gegen Japan zu verheizen. — Ebensowenig kommt die schlechte amerikanische Behandlung der Hindus, die britische Untertanen sind, in Betracht. Vor zwei Wochen wurden in Billingham an der westpazifischen Küste 600 ostindische Arbeiter von Amerikanern mißhandelt. Die britische Regierung wird nichts Ernstes dagegen unternehmen, da die Hindus sogar in britischen Kolonien, wie Natal und Transvaal, nicht als Bürger betrachtet und unter Ausnahme-gesetze gestellt werden. Das Hauptinteresse konzentriert sich auf die Japaner. Japan hat ein starkes nationales Gefühl. Es steht international auf gleichem Fuße mit allen „zivilisierten“ Staaten. Es verlangt deshalb eine zivilisierte Behandlung für seine Bürger im Auslande. Es verlangt, daß seine internationalen Verträge gewahrt werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben aber diesen Forderungen nicht gerecht werden können, da die Staaten an der westpazifischen Küste die Japaner ebenso behandeln wollen, wie sie die Chinesen und Hindu behandeln. Der Konflikt begann vor zwei Jahren in Kalifornien, also beim Abschluß des japanisch-russischen Krieges. Die Kalifornier verlangten den Ausschluß der Japaner aus den Vereinigten Staaten. Die Agitation wurde bis zum Herbst 1906 noch im Jügel gehalten, bis die Municipalbehörden von San Francisco die japanischen Schüler aus den Unterrichtsanstalten für weiße Kinder ausschloßen und sie in die „Schule für Orientalen“ verwiesen. Die japanische Regierung legte Protest ein und bezeugte diese Maßregel als eine Verletzung der Vertragsrechte, auf Grund welcher die Amerikaner in Japan und die Japaner in den Vereinigten Staaten Bewegungs- und Handelsfreiheit genießen. In seiner Dezemberbotschaft an den Kongreß nahm Präsident Roosevelt bekanntlich Gelegenheit, eine Lobeshymne auf Japan angustimmen und die Kalifornier zu einer zivilisierten Behandlung der Japaner aufzufordern. Die Vorkchaft hat viel böses Blut an der westpazifischen Küste gemacht, und die Kalifornier setzten die Weße gegen die Japaner fort. Die japanische Regierung bestand aber auf den Vertragsrechten und erklärte der Washingtoner Verwaltung: „Kalifornien geht uns gar nichts an. Wir kennen nur die Regierung der Vereinigten Staaten, die die Pflicht hat, ihre Verträge zu wahren.“ — Kalifornien berief sich indes auf seine souveränen Staatsrechte, in die die Regierung der Vereinigten Staaten nicht eingreifen dürfe: das Schulwesen sei Sache der einzelnen Staaten, aber nicht der Bundesregierung. In dieser Verlegenheit berief Roosevelt die Vertreter der Municipalbehörden von San Francisco zu einer Konferenz nach Washington. Das Resultat dieser Konferenz war: die Municipalbehörde von San Francisco gibt die antijapanische Schulpolitik auf; dafür aber soll das neue Einwanderungsgesetz die Einwanderung der japanischen Arbeiter verbieten, außer wenn sie mit einem japanischen Paß direkt nach den Vereinigten Staaten kommen. — Letztere Bedingung bedarf der näheren Erklärung:

Die meisten japanischen Arbeiter, die nach den Vereinigten Staaten kamen, waren schon vorher in Hawaii als Juckerarbeiter beschäftigt gewesen, wozu sie unter Kontrakt gingen und wozu die Reisefloßen sehr niedrig waren, da die Japaner von den Unternehmern für die Juckerkultur dorthin gebracht wurden. Diese Einführung von Arbeitern ist bekanntlich in den Vereinigten Staaten ungesetzlich, aber die kapitalistischen Interessen stehen ja über dem Gesetz. Gatten dann die japanischen Arbeiter etwas Geld gespart, so führen sie von Hawaii nach den Vereinigten Staaten, wo sie keinen Beschränkungen unterworfen werden konnten, da sie aus einem amerikanischen Gebiete (Hawaii) kamen. — Nach dem neuen Gesetze sollte auch diese Einwanderung unmöglich gemacht werden, da nur direkt aus Japan und mit Pässen versehen japanische Arbeiter nach den Vereinigten Staaten einwandern dürfen, und direkt kamen nur wenige. Die Washingtoner Verwaltung wandte sich mit diesem Plane nach Tokio, von wo sie aber in kurzen Worten eine kategorische Ablehnung erhielt. Es war jene Ablehnung, die Roosevelt im Juni veranlaßte, den berühmten Befehl zu geben, die amerikanische Flotte nach dem Stillen Ozean „auf Wandern“ zu schicken!

Trotz aller Friedensversicherungen haben sich die japanisch-amerikanischen Beziehungen nicht gebessert. Diplomatisch macht jetzt die amerikanische Regierung in Peking große Anstrengungen, den japanischen Einfluß zu verdrängen. (In Peking spielen sich jetzt zwischen Amerika und Japan ähnliche Intrigen ab, wie früher in Seoul zwischen Rußland und Japan.) Auch in London ist die amerikanische Diplomatie nicht untätig. Die Anleihe, die Japan zum Zwecke des Ausbaues des mondchinesischen Bahnhafens auf dem Londoner Geldmarkt im Juli aufnehmen wollte, ist nicht zu stande gekommen. —

Die antijapanische Agitation in Kalifornien hat jetzt auch nach Britisch-Kolumbien übergegriffen. Man sagt, daß die Agitation dort von Amerikanern geleitet wurde. Sie wäre aber sicherlich nicht erfolgreich gewesen, wenn unter den Arbeitern Kanadas nicht eine antiasiatische Stimmung vorhanden gewesen wäre. Infolge der Agitation kam es vor etwa zehn Tagen in Vancouver, dem Hafen Britisch-Kolumbias oder richtiger dem wichtigsten pazifischen Hafen Kanadas, zu heftigen blutigen Zusammenstößen zwischen britischen und japanischen Arbeitern, wobei aber die Behörden die Japaner schützten und sie zur Selbstverteidigung ermunterten. Ebenso korrekt war die Haltung der kanadischen Regierung, die sofort dem Vertreter Japans ihr Bedauern über das Vorgefallene ausdrückte. Auf Grund des englisch-japanischen Vertrages vom Jahre 1894, dem Kanada zustimmte, hatten sich die Kontrahenten ja gegenseitig Bewegungs- und Handelsfreiheit in ihren Ländern zugesichert. Die Konflikte in Vancouver kamen der kanadischen Regierung auch sonst sehr unangenehm, da sie jetzt gerade bemüht ist, die Handelsbeziehungen mit Japan und überhaupt mit den ostjapanischen Häfen enger zu knüpfen.

Fast gleichzeitig mit den Ereignissen in Vancouver kam es in Billingham, auf dem benachbarten amerikanischen Gebiete, zu schimmern Ausschreitungen der amerikanischen Arbeiter gegen 600 Hindu, die den Schutz der britischen Regierung anriefen und nach Britisch-Kolumbien flüchteten. Vorläufig hört man nichts von einem Eingreifen Englands zugunsten seiner indischen Untertanen. Die englischen Imperialisten schämen sich zwar, das wahre Wesen des Imperialismus aufdecken zu müssen und der Welt zu zeigen, daß es einzig und allein in der Ausbeutung schwacher Rassen besteht, aber es wird nichts für die Unterdrückten geschehen. In unserer Gesellschaft gibt es eben nur ein einziges Verbrechen: Schwäche. Wer schwach ist, dem ist nicht zu helfen. . . . Aber die Stellung Englands in Asien wird durch diese Ereignisse nicht verbessert werden.

Reichsverband, sächsische Amtspresse und Wahlagitation.

Acht Personen: Drucker, Verleger, Redakteure der sächsischen Amtspresse, nämlich vom Döbelner, Waldheimer, Koffener und Hohnweiner Amtsblatt, hatten Privatbeleidigungsklage gegen unsere Genossen Tate aus Hartha, den Vorsitzenden der Organisation des 10. sächsischen Reichstagswahlkreises, erhoben. Er soll sie durch ein Flugblatt, betitelt: „Die Verleumdung der Sozialdemokratie“, beleidigt haben. Tate, der als Verleger verantwortlich gemacht worden war, holte in dem Flugblatt von den schmutzigen Mitteln des Reichstagswahlkreises gegen die Sozialdemokratie gesprochen. Und seine Vergiftung des öffentlichen Lebens habe fast die ganze sogenannte „anständige“ Presse mitgemacht, bormweg die Amtspresse. Trotzdem habe diese Amtspresse, mit wenigen Ausnahmen, keine Entgegnung, Berichtigung, keine Zusätze der angegriffenen und beschimpften Sozialdemokraten aufgenommen. Das Flugblatt demonstrierte diese Lügen ad oculos und nahm sich dazu 8 bekannte Fälschungen vor: den Schwundel von den „zweibeinigen Tieren“, die Abstammung gegen die Arbeiterversicherungs-gesetze, das angebliche Stridegerichtshaus sozialdemokratischer Arbeiter an Wangeräusen in Ingolstadt und Mannheim, die „Erpreßung“ von Partei- und Gewerkschaftsbeiträgen durch die „Führer“, damit die Angestellten und Redakteure gut leben können, daß Bebel auf dem Münchener Parteitag vom bornierten Stand der Bauern und nicht der Agrarier gesprochen habe usw. . . .

In der Verhandlung scheiterte zweimal ein Einigungsversuch, den der Vorsitzende angeregt hatte. Auf Verlangen erklärte Tate: Die im Flugblatt geschilderte Tätigkeit von Reichsverband und Amtspresse habe ihn erregt. Am meisten aber das Alkoholflugblatt des Reichsverbandes, das nach einer bildlichen Darstellung des Alkoholverbrauchs damit schließt, daß die Sozialdemokraten dieses belehrende Blatt aus guten Gründen nicht aushängen würden, denn was wäre die Sozialdemokratie ohne Wirtschaft und ohne Alkohol? Bei jeder Gelegenheit klären die Parteipresse sowie die Partei- und Gewerkschaftsagitatoren über die unsere Bewegung hemmenden nachteiligen Wirkungen des Alkohols auf. Deshalb wäre diese Behauptung eine aus den Fingern gefogene Unwahrheit.

Vorsitzender: Wird behauptet, daß von der Amtspresse objektive Unwahrheiten oder Lügen verbreitet worden seien? Daß in der Presse objektive Unwahrheiten vorkommen können, ist doch sehr leicht möglich. Irren ist menschlich. Wenn aber vom Lügen und Verleumdungen gesprochen wird, dann ist das strafbar.

Rechtsanwalt Harnisch-Chemnitz, Vertreter des Genossen Tate: Seit Jahren lehren diese Lügen wieder, trotzdem sie zum so und so vielen Male von der Sozialdemokratie als unwahr erwiesen sind. Darum fehlt dieser Behauptung der gute Glaube. Die Amtsblattredakteure brauchen nur einen Blick in das politische Tatsachenmaterial zu tun, um zu wissen, daß diese Behauptungen nicht wahr wären. Wir wollen den Wahrheitsbeweis antreten.

Rechtsanwalt Dr. Adler (Vertreter des Nebenklägers): Wir auch. Das Flugblatt des Reichsverbandes über den Alkohol bedauere ich lebhaft. Wenn so etwas Erbitte und Empörung hervorruft, dann begreife ich das durchaus. Aber so wie hier, dürfte sich die Erbitterung nicht zeigen.

Nach längeren Auseinandersetzungen des Rechtsanwalts Harnisch meint der Vorsitzende: Ich bin überzeugt, daß das Flugblatt der Amtsblattredakteure (diese hatten auf das vom Genossen Tate geantwortet) die Wahrung berechtigter Interessen in sich trägt. Rechtsanwalt Harnisch: Sollte das nicht auch im sozialdemokratischen Flugblatt der Fall sein? — Vors.: Ja bezweifle das!

Beim zweiten Vergleichsversuch macht der Vorsitzende den gegnerischen Anwalt aufmerksam, daß das Tatesche Flugblatt doch in der Erregung nach dem Wahlkampf geschrieben sei. Es ist doch sonst nicht üblich, daß in solchen politischen Sachen das Gerichtsverfahren eingeleitet wird! — Rechtsanwalt Harnisch stellt nunmehr eine Reihe von Weisheitsanträgen: Ein Fabrikant soll geladen werden, der bezeugen soll, daß er in einem Telefongespräch sagte: Sagen Sie, daß morgen die russischen Studenten nach Döbeln kommen. Am nächsten Tage stand tatsächlich in der Amtspresse: Die russischen Studenten seien als Wahlführer für die Sozialdemokratie angekommen, das sei ein Skandal. Dann müßte Bebel und Singer geladen werden, um sich über die gegen sie und andere Führer der Sozialdemokratie verbreiteten Lügen auszulassen. Minister von Dohensal soll bezeugen, daß die Regierung die Amtspresse — die sie politisch beeinflusse — angewiesen habe, weiches Papier für die bürgerlichen Parteien zur Verfügung zu halten und daß die Amtsblätter im amtlichen Teil Empfehlungen für die „nationalen“ Kandidaten zu bringen verpflichtet worden seien. Ueber die Lügen betreffend die „Erpreßung“ von Beiträgen durch die Sozialdemokratie sollen die Abgeordneten Legien und Robert Schmidt vernommen werden.

Nach überraschend kurzer Beratung wurden alle diese Beweis-anträge abgelehnt, weil — man es nur mit dem Flugblatt Tates und nicht mit Dingen, die außerhalb dieses Lügen, zu tun habe.

In seinem Plaidoyer bezog sich Rechtsanwalt Dr. Adler auf — Posadowsky dafür, daß die Sozialdemokratie alle Versicherungs-gesetze abgelehnt haben solle. Es händen, meinte er, die Amtsblätter seiner Klienten im Dienste seiner Partei, auch nicht im Dienste des Reichsverbandes. — Rechtsanwalt Dr. Harnisch ging noch einmal in einzelnen die Tätigkeit des Reichsverbandes im Wahlkampf durch. Die Regierung habe die Amtspresse dazu benutzt, um ihre politische Meinung ins Publikum zu lancieren. Er habe den Beweis für die Lügen und dafür angeboten, daß die Amtsblätter nicht nur im amtlichen Teil gegen die Sozialdemokratie gekämpft, sondern auch Flugblätter des Reichsverbandes verteilt haben. Das haben ja die Privatkläger auch zugegeben.

Nach kurzer Beratung lautete das Urteil: Tate wird zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Privatkläger haben das Recht der Publikation in den genannten 4 Amtsblättern und der „Chemnitzer Volksstimme“. Die Privatkläger hätten in gutem Glauben gehandelt, meint der Vorsitzende in seiner Urteilsbegründung. In der Widerklage Tates gegen einen der Widerkläger, Seidel, wird Seidel freigesprochen. Zwar enthalte dessen Flugblatt größtliche Wendungen, aber der Schuß des § 193 stände Seidel zur Seite.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Salzburg, 18. September. (Privatelegramm.)

In seiner heutigen Sitzung trat der Bergarbeiterkongreß in die Beratung der Frage der Versicherungsgesetze ein. Diesbezüglich verlangen die Delegierten aus Österreich und Deutschland, daß den Bergarbeitern im Wege der Gesetzgebung bei vorübergehender Krankheit oder dauernder Invaldität eine Rente gesichert werde, welche zur anständigen Lebensführung genügt, und daß gleichfalls eine Rente für die Hinterbliebenen verunglückter oder verstorbenen Bergarbeiter gesetzlich festgelegt werde.

Ein zweiter Antrag der Delegierten aus Frankreich und Belgien erklärt, daß für Unfälle in Bergwerken die Arbeitgeber verantwortlich gemacht werden müssen. Jeder Arbeiter, dem ein Unfall zustoßt, soll während der Dauer der Arbeitsunfähigkeit den vollen Arbeitslohn als Entschädigung erhalten, bei Unfällen mit tödlichem Ausgang sei den Witwen und Waisen, letzteren bis zur Erreichung des 16. Lebensjahres, eine zur angemessenen Lebensführung genügende Entschädigung zu bezahlen.

Bergarbeiterstreik in England und Holland.

Einige englische Delegierte sind im Laufe des heutigen Tages abgereist, weil nach heute eingelangten Nachrichten der Ausbruch eines Bergarbeiterstreiks in England unmittelbar bevorsteht. Noch bevor die Kründigungsfrist zu Ende geht, wollen die Gewerkschaftsführer zum Zwecke der Intervention an Ort und Stelle sein.

Ebenso sind einige holländische Delegierte auf Grund erhaltenen Instruktionen abgereist, da der Ausstand der Bergarbeiter in den Niederlanden nicht an Ausdehnung gewinnt. Wenn es nicht in kürzester Zeit gelingt, die Differenzen beizulegen, werden in Wäde sämtliche Kohlengruben Hollands in den Streik eingegriffen sein. Es handelt sich dabei um 15 000 bis 20 000 Bergleute.

Christentum und Sozialdemokratie.

Die Debatte über die Zulassung der nichtsozialdemokratischen Organisationen zum Kongress hatte heute ein Nachspiel von prinzipieller Bedeutung, wobei es zu Erklärungen der deutschen Abgeordneten über das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Christentum kam. Der belgische Delegierte Lablanche hatte nämlich im Verlaufe der Debatte die Äußerung getan, die Frage der Zulassung der christlichen Gewerkschaften käme für ihn gar nicht in Betracht; denn wenn mir jemand sagt, er sei ein Christ, so ist er auch ein Feind der Sozialdemokratie.

Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärten daraufhin heute, daß sie diese Äußerung nicht ruhig hinnehmen könnten. Abg. Hue hatte bereits für seine Person die Erklärung abgegeben, daß nach seiner Ueberzeugung Christentum und Sozialdemokratie keineswegs in einem Gegensatz stehen. Abg. Sasse erklärte nun heute, daß er sich auch namens der Parteigenossen dieser Meinung anschließe: Er müsse dies gegenüber dem belgischen Delegierten feststellen, der einen Gegensatz zwischen Christentum und Sozialdemokratie konstatiert hatte.

Namens der christlichen Bergarbeiter Deutschlands überreichte Effert einen Protest, in dem betont wird, welche schwere Opfer die 77 000 „Christlichen“ für die Gewerkschaft gebracht haben. Er bedauere, daß religiöse und politische Streitigkeiten das wirtschaftliche Zusammenarbeiten unmöglich machen. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften sind der Ansicht, daß Erörterungen religiöser Natur nicht auf den Kongress gehören. Sollten derartige Angriffe auf die religiöse Ueberzeugung noch geduldet werden, so werden die christlichen Delegierten an den Verhandlungen nicht weiter teilnehmen.

Der Vorsitzende wurde (Amerika) erklärte, daß er den Protest dem internationalen Komitee zuweise.

Die Tagesordnung. Die weiteren Verhandlungen erstreckten sich auf den Punkt „Wohlfahrts-Einrichtungen für Bergarbeiter“.

Namens der Oesterreicher referierte Brdla (Mähr.-Odrau), der die Krankenversicherung behandelte. Die Verhältnisse sind derart, daß die Bergarbeiter mit 35 Jahren invalid werden. Die Invalidenrente betrage 2 Kr. bis 2 50 Kr.; daher die vielen Bergarbeiter, die als Krüppel die Drehscheiben spielen müßten. Er hoffe auf eine Verbesserung durch das Parlament.

Der Vertreter Deutschlands behandelte die Reformbedürftigkeit der Knappschaftskassen. Das Krankengeld sei 1 40 M. pro Tag.

Der Belgier Falorix berichtete, daß in Belgien das Krankengeld gar nur 1 Frank betrage, der französische Vernier teilt mit, daß für Frankreich zwei Frank gelten, daß aber besonders das Vorgehen der Privatversicherungsanstalten Reformen dringend nötig mache.

Der Engländer Glover berichtet, daß England an Invalidenentschädigung 3/4 bis 7 Kronen zahle, auch an Leute, die nicht Bergarbeiter sind. Dies ist eine Folge der guten Organisation.

Hierauf wurde die vorgelegte Resolution angenommen.

Ueber die Frage des

Internationalen Streiks

referiert sodann Bazaine, indem er den Antrag der Franzosen begründet, dahingehend, daß die Bergarbeiter der verschiedenen Länder ein gemeinsames Abkommen treffen sollten, um nötigenfalls einen internationalen Streik zu erklären.

Bohl (Deutschland) erklärt, daß die Frage nicht vor die Öffentlichkeit gehöre. Einige einschlägige Versuche seien infolge mangelhafter Verhältnisse mißlungen. Sollte eine derartige Aktion spruchreif werden, so brauche es monatelanger gründlicher Vorbereitungen und Erwägungen.

Zum Schluß wurde auch die Resolution über die internationale Regelung der Kohlenproduktion angenommen. Sie verlangt, daß die Kohlenproduktion international durch die internationale Föderation der Bergarbeiter geregelt werde.

Roeren kontra Geo Schmidt.

Köln, den 19. September.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung läßt der Vorsitzende noch einmal den Zeugen, Kammergerichtsrat Wilde zur Ergänzung seiner gestrigen Aussage erwidern. — Zeuge Wilde: Ich habe gestern berichtet, über die Auskunft der Station Altpapame über den Ruf der Frau Königin Elisabeth Mitteilung machen. Der jetzige Bezirksleiter berichtet über diese Frau Königin, daß sie nicht übel beleumdet sei, daß sie unter den Eingeborenen angesehen und der Regierung unbedingt ergeben sei. — Der Zeuge Kneschagen bittet feststellen zu dürfen, daß nicht bloß Vater Müller, sondern auch Vater Probus Äußerungen gegen Schmidt zu ihm gemacht hatte. Weiter hat der Abgeordnete Roeren im Reichstage ausgeführt: Meine Herren, der Mann ging noch weiter in seinem Paschogefühl. Er begnügte sich nicht mit einer schwarzen Konkubine, sondern legte sich einen ganzen — ich will lieber sagen eine ganze Schar von kleinen unerwachsenen schwarzen Mädchen zu.

Er selbst hat weiter erklärt, er habe sich diese kleinen Mädchen gehalten, damit er und seine Gäste sich bei Tisch an dem harmlosen Spiele der Kinder erfreuen können. Sein schwarzer Koch dagegen befand, daß die Kinder in dem Vorzimmer des Schmidt geschlafen und Schmidt dieselben abwechselnd zu sich ins Bett genommen habe. Wer nun recht hat, dieser Schmidt oder sein schwarzer Koch, will ich nicht entscheiden. Die Leute in Altpapame fassen die Sache krasser auf. Nach Landesitte steht auf den Hüften solcher Kinder die Todesstrafe. Jedenfalls herrschte auf der Station die größte Entrüstung. Die Sache kam aber erst ins Rollen, als dieser Schmidt noch die jugendliche Tochter eines zum Christentum übergetretenen Eingeborenen namens Abdjao zu sich nahm. Einige Zeit darauf kam die Abdjao sehr leidend nach Hause und klagte, daß Schmidt sie geschlechtlich gebraucht habe. Sie habe sich geweigert, Schmidt habe aber die Verbeißnisse genommen und sie geschlagen, daß sie Wunden bekommen habe. Der Koch Woto habe bekundet, er habe gesehen, wie die Abdjao von Schmidt mit der Peitsche geschlagen worden sei und bei ihm im Bett gelegen habe. Er wolle hinzufügen, daß die Karten von den Pferdepeitschenheben noch jetzt zu sehen seien. — Vors.: Herr Schmidt, wollen Sie behaupten, daß die Angabe, Sie hätten die Abdjao, als sie noch nicht 14 Jahre alt war, unter Anwendung von Peitschenhieben gebraucht, unwahr sei? — Angell.: Jawohl, ich behaupte: Mit dem vollen Bewußtsein der Unwahrheit hat Herr Roeren das vorgetragen. — Vors.: Worauf begründen Sie das? — Angell.: Herr Roeren beruft sich immer auf die Urteile. Gerade aus den Urteilen geht aber klar und positiv die Unwahrheit der Behauptungen hervor. — Vors.: Es war gegen Sie ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 178 Abs. 3 Str.-G.-B. eingeleitet worden und Sie sind freigesprochen worden? — Angell.: Das ist richtig. Zuerst war zweimal ein Verfahren eröffnet und eingestellt worden, dann wurde auf Befehl des Gouverneurs Horn zum dritten mal ein Verfahren eröffnet, obwohl der Richter es für zwecklos hielt. Ich wurde freigesprochen und in glänzender Weise gerechtfertigt. Dieses Urteil mußte Herr Roeren kennen. Später wurde gegen Vater Schmidt die Anklage wegen Verleumdung und Beleidigung erhoben. Er wurde nur wegen Verleumdung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, das Gericht erkannte aber auch

an, daß das Verfahren des Vaters Schmidt stark an Verleumdung grenze. Nachher erfolgte die Verurteilung, in der Schmidt freigesprochen wurde. Auch dieses Urteil ist so klar, daß ich erkaufte bin, wie man die Stirn haben kann, derartiges vorzutragen. — Abgeordneter Roeren: Ich habe auch die beiden Urteile objektiv vorgetragen und besprochen. Ich bin aber in der Lage, in diesem Punkte wie kaum in einem anderen den

Wahrheitsbeweis

anzutreten. Der Beklagte mag Punkt für Punkt angeben, was nicht richtig ist. — Rechtsanw. Brederod: Die ganze Darstellung des Herrn Roeren steht im Widerspruch mit der Feststellung der Urteile, über die sich Herr Roeren einfach hinweggesetzt hat. Vater Schmidt gab in der Verhandlung zu, daß die Behauptung, daß die Abdjao unter 14 Jahre alt gewesen sei, nicht aufrecht erhalten werden könne. — Rechtsanw. Schreiber: Dieser Vorfall datiert aus meinem ersten Dienstjahre. Ich hatte gleich mit der Mission Streitigkeiten meiner Art, sie suchte über mich Gewalt zu bekommen. Bald aber kam es zu kleinen Verleumdungen gegen mich, manchmal auch zu recht großen. Die Mission verlangte, daß ich ihr Schüler zu weisen, daß ich den Peitsch verbieten und ihr Land zu weisen solle usw. Alles das konnte ich mit Rücksicht auf die Zukunft der Mission nicht tun. Während ich auf Urlaub war, begann die Aufhebung des Aufwinds. Bei meiner Rückkehr erkannte ich sofort, daß die Situation im Bezirk gefährdet war. Ich bat den Gouverneur Horn, eine Untersuchung einzuleiten, er lehnte es aber ab, wie er sagte, weil er keine Zeit habe. Er war dann aber drei Tage auf der Station, ohne etwas zu tun. Ich sandte sofort ein Schreiben an die Küste an den stellvertretenden Gouverneur Regierungsrat Graefe. Als Gouverneur Horn abreisen wollte, verweigerten die Träger den Dienst. Ich machte den Gouverneur darauf aufmerksam, daß diese Verweigerung die Folge der Hitze und Aufwiegelung der Mission sei. Ich ersuchte ihn nochmals, eine Untersuchung einzuleiten, er reiste aber ab. Kurz darauf kam aus einem Nachbarbezirk der Bezirkshauptmann Dr. Kersting zu Besuch. Damals waren gerade einige Eingeborene zu mir gekommen und hatten gesagt: „Herr! Die Missionare verlangen fortwährend, daß wir uns über die Peitschen, sie hegen uns auf. Um auch den Schein jeder Parteilichkeit zu vermeiden, ersuchte ich Dr. Kersting, die Leute zu vernehmen, was denn auch geschah. Dann sagten auch die Familienältesten aus, daß die Missionare fortwährend zu ihnen geschickt hätten, um sie aufzufordern, daß sie sich über mich beschwerten. Ein Händler, der vorher mit den Missionaren verkehrt war und den sie sogar Schwemmer genannt hatten, sagte aus, daß sich die Missionare auch an ihn gewandt hätten und überall Material gegen mich zusammenjuchten. Das alles geschah, um das Verfahren gegen den Vater Schmidt aufzuhalten, gegen den ich Anzeige wegen Verleumdung erstattet hatte. Auf die Beschwerden gegen mich wurde sofort reagiert und es wurden 18—14 Leute vernommen, und die Vernehmung ergab, daß nichts gegen mich vorliege, weshalb auch das Verfahren eingestellt wurde. Ich erstattete nun Anzeige gegen Vater Müller wegen vorsätzlich falscher Anschuldigung, und nun wurde mir von Dr. Graefe, der inzwischen abgereist, Herr v. Rotberg zugewiesen. Er setzte sofort den Vater in Untersuchung und stellte fest, daß er die Leute aufgehetzt hatte. Der Präsekt telephonierte an den Gouverneur Horn und es fand ein Telegrammwechsel mit dem auswärtigen Amt statt. Herr Horn kam bald auf die Station, und ohne die Akten gesehen zu haben, und ohne die Verhältnisse zu kennen, setzte er den Vater in Freiheit und setzte den Richter ab. Auf meine Vorstellungen sagte er: Es kommt nicht auf das Recht an, sondern auf die Rücksichtnahme auf die politischen Machtverhältnisse. Der Gouverneur wollte mich bestimmen, die Anzeige zurückzunehmen. Er stellte mir eine Anstellung in Kamerun und eine Ordensauszeichnung in Aussicht. Ich lehnte das ab, weil ich Aufklärung haben wollte. Später erfolgte die Einleitung des Verfahrens gegen mich. Alle Schwarzen erklärten, daß man sie gezwungen habe, gegen mich auszusagen. Die Schwarzen, welche gegen mich ausgesagt haben, waren alle schon von mir bestraft worden.

Es ist festgestellt worden, daß die Abdjao hypnotisiert worden ist. Vater Müller hat zugegeben, daß er hypnotisieren könne.

Ich habe ohne weiteres zugegeben, daß ich mit Mädchen verkehrt habe.

Die Abdjao war aber, wie jeder sehen konnte, älter als 14 Jahre. Ich habe mit schwarzen Weibern verkehrt, wie es jeder andere getan hat und ohne es nachher zu verschweigen. — Der Vorsitzende sagt, daß es ihm tatjam erscheine.

Die Deffentlichkeit jetzt ausgeschlossen.

Beklagter Schmidt: Ich bitte, das nicht zu tun, ich habe die Deffentlichkeit nicht zu scheuen. Ich habe viele Mädchen auf der Station gehabt und auch die Väter haben mit diesen Mädchen geschäkert. — R.-A. Schreiber: Ich bitte, daß der Angeklagte gesteht wird, ob er die Abdjao durch Peitschenhiebe gezwungen hat und ob er sie gebraucht hat, als sie noch nicht 14 Jahre alt war. — Schmidt: Nein. — R.-A. Schreiber: Ob er sich einen Harem junger Mädchen gehalten hat.

Schmidt: Ja. — R.-A. Brederod: Ich bemerke noch, daß das Alter der Abdjao niemals in den Gerichtsakten festgelegt ist. Der Kläger hat sich auf die Gerichtsakten berufen. Nun handelt es sich aber nur um die Handakten des Rechtsanwalts Court. Es ist immer die Rede von Altpapame. Ich stelle das fest, damit vor der Deffentlichkeit nicht das Bild verschoben wird. Es handelt sich nur um irrelevanten Momente. Damals, als die Abdjao zu Schmidt kam, war sie noch nicht 14 Jahre alt. Ich möchte den Angeklagten fragen, ob er nicht mit den fünf auf der Station untergebrachten Mädchen verkehrt hat. — Vell. Schmidt: Ich habe in den sechs Jahren verschiedene Weiber gehabt, aber erst später mit ihnen verkehrt. Im ersten Dienstjahre habe ich von den Mädchen auf der Station nicht ein einziges berührt, auch nicht die Abdjao. — R.-A. Schreiber: Ich protestiere gegen die Vorwürfe, die dem Gouverneur Horn wegen der skandalösen Verhaftung der Missionare gemacht werden. Ich verweise auf den Bericht des Gouverneurs Horn, in dem es heißt: „Ich hatte mir ausdrücklich vorbehalten, die Angelegenheit der Abdjao selbst zu entscheiden. Das Verfahren gegen die Väter war ganz unangerechtfertigt. Deshalb habe ich auch Herrn v. Rotberg abberufen.“ — R.-A. Brederod: Herr Roeren behauptet heute, nicht gesagt zu haben, Herr Schmidt habe die Abdjao auch schon gebraucht, als sie noch nicht 14 Jahre alt war. Er habe nur sagen wollen, daß Schmidt ein 14-jähriges Mädchen zu sich auf die Station genommen habe. Jeder Mensch, der deutsch versteht, kann aus der Rede nur diese Auffassung gewinnen, daß Herrn Schmidt dieser Vorwurf gemacht werden soll. Dann sind wir aber auch berechtigt zu sagen, daß Herr Roeren wider besseres Wissen gehandelt hat. — Vors.: Herr Schmidt, haben Sie aus der Rede entnommen, daß Ihnen dieser Vorwurf gemacht werden soll? — Beklagter Schmidt: Etwas anderes konnte man doch gar nicht herauslesen. — Abg. Roeren: Von dieser meiner Erklärung nehme ich kein Wort zurück. — Es werden dann die Urteile verlesen. Im Verfahren wegen Notzucht gegen Schmidt heißt es: Die Abdjao sei mindestens 18 Jahre alt gewesen. Die Angabe, sie sei erst 12 Jahre alt gewesen, sei so unangehörlich angesichts der körperlichen Beschaffenheit des Mädchens, daß der Verdacht der bewußten falschen Angabe nahe liege.

Das zweite Urteil, durch das Vater Schmidt zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, stellt ebenfalls fest, daß die Abdjao etwa 16 Jahre alt gewesen sein dürfte, und daß keine Verleumdung vorgelegen habe. Die Anzeige sei objektiv falsch gewesen, es liegen aber auch gewichtige Gründe vor, daß die Angaben auch subjektiv falsch gewesen seien. Der Angeklagte Vater Schmidt hätte wissen müssen, wie unzuverlässig die An-

gaben der Eingeborenen über das Alter seien. Auch der Augenchein spräche gegen die Behauptung und angesichts der Schwere der Beleidigung sei auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen zu erkennen gewesen, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu gelten habe. Bei der Verlesung des dritten Urteils wird die

Deffentlichkeit ausgeschlossen.

ba darin die Aussagen der Abdjao über die intimen Vorgänge genau geschildert werden. Es wurde auf Freisprechung im Verurteilungsverfahren erkannt, weil dem Vater Schmidt der Schutz des § 108 des St.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugesprochen wurde. — Zeuge v. Rotberg: Die Abdjao war, als ich sie kennen lernte, bereits über 14 Jahre alt. Das Mädchen zeigte vollständige Reife und machte einen sehr sinnlichen Eindruck. Sie machte auf mich nicht den Eindruck, als ob sie unberührt sei, sondern als ob sie schon öfter sich dem Liebesgenuss hingeeben habe. Daß der Beklagte mit ihr verkehrt hat, gab er ohne weiteres zu. Er bestritt aber, daß dies in der ersten Dienstperiode geschehen sei. Die Abdjao verweidete sich bezüglich der angegebenen Verleumdung in solche Widersprüche, daß ihr Zeugnis nicht als ausschlaggebend angesehen werden konnte. Ihr Körper wies Narben auf, aber diese konnten nicht von Peitschenhieben herrühren, sondern meiner Ansicht nach davon, daß das Mädchen vielleicht einmal sich auf einen brennenden Zweig gesetzt hatte. Das mag wohl unwahrscheinlich klingen, ist aber nicht unwahrscheinlich. Es hängt mit der Art zusammen, wie die Schwarzen das Feuer aufbewahren. Die Abdjao mag vielleicht als Kind das Unglück gehabt haben, daß sie sich auf einen glimmenden Zweig setzte. Der Regierungsrat kam auch zu keiner bestimmten Beurteilung. Ich hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß die Lage nachgerade schwierig geworden sei, weil man die Eingeborenen gegen Schmidt eingenommen und aufgehetzt hatte. Ich gab Herrn Schmidt den Rat, daß er gegen die Beleidiger vorgehen solle. — Rechtsanw. Jäger: Hatten Sie den Eindruck, daß die schwarzen Zeugen von irgendeiner Seite beeinflusst worden waren? — Zeuge: Diese Ansicht schloß ich aus den widersprechenden Zeugenaussagen. Sie ergab sich auch aus dem regen Verkehr, der zwischen dem Zeugen und der Mission stattgefunden hatte. — Rechtsanw. Jäger: Aus den Briefen der Mission, die beschlagnahmt wurden, geht doch wohl hervor, daß die Leute aufgehetzt worden sind? — Zeuge v. Rotberg: Einige Briefe sind zum auswärtigen Amt gelangt. Ich kann nur meinen Ausdruck aus dem Bericht wiederholen: „Man hat mit Miensfleisch Material gegen den Stationschef gesammelt.“ Rechtsanw. Schreiber: Vater Müller hat ja zugegeben, daß er Material gesammelt hat, dies ist aber erst geschehen, als gegen ihn die Anzeige erstattet wurde, und zwar tat er dies zu seiner Verteidigung. — Zeuge v. Rotberg: Ich hatte den Eindruck, als ob von Anfang an systematisch gegen Herrn Schmidt Material gesammelt worden sei.

Zeuge Regierungsrat Dr. Graefe, jetzt Bezirksamtman in Dar-es-Salaam wird vernommen. Er hat generell die Genehmigung zur Aussage erhalten. Ihm sei von Schmidt eine Beschwerde über Müller zugegangen, weil ihm dieser vorgenommen habe, daß auf seine Veranlassung Uebergriffe gegen die Eingeborenen vorgenommen seien, und daß er weiter ein Mädchen vergewaltigt habe. Ich ersuchte den Präsekt den Bading, Herrn Schmidt Genugtuung zu geben. Ich ersah weiter, daß Dr. Kersting an der protokolllarischen Vernehmung teilgenommen und daß er die Richtigkeit der Darstellung des Schmidt bekräftigt hatte. — Rechtsanw. Brederod: Sie sind ja wohl in Altpapame gewesen und hatten Auskunft über die Wirksamkeit des Herrn Schmidt zu geben? — Zeuge: Ich bin in Altpapame gewesen, als Herr Schmidt auf Urlaub war, aber ich konnte doch ein Bild von seiner Amtstätigkeit erlangen. Beim Verreiten des Bezirks fiel mir die zufriedene, ruhige und vergnügte Haltung der Bevölkerung auf. Herr Schmidt machte den Eindruck eines außerordentlich fleißigen und energischen Beamten, der den Bezirk in guter Ordnung hielt. — Zeuge Oberleutnant Smeud war zu jener Zeit auf der Station, als die Beschwerde der Mission über Schmidt einlief. Als Schmidt seinen Urlaub antrat, habe er, Zeuge, ihn begleitet.

Auch einige junge Mädchen begleiteten Herrn Schmidt.

Auch bei dieser Gelegenheit sei ein Geschlechtsverkehr unmöglich gewesen. — Rechtsanw. Brederod: Die alt schäkerten Sie damals die Abdjao? — Zeuge: Ueber das Alter war ich mir nicht klar. Sie stand auf der Uebergangsstufe zwischen Kind und Jungfrau. — Abg. Roeren: Wann ist das etwa? — Zeuge: Im 13. bis 14. Lebensjahre. — Zeuge hatte in den Verhandlungen, denen er sämtlich beiwohnte, den Eindruck, daß die Abdjao nicht wahrhaftig war. Sie behauptete da, daß die erste Mißhandlung stattfand, als Zeuge auf einer nächtlichen Jagd abwesend und Schmidt allein auf der Station war. Er, Zeuge, sei aber niemals allein auf der Jagd gewesen und habe ohne Schmidt nie die Station verlassen. Dann seien ihre Angaben über die Narben widerspruchsvoll gewesen. Sie zeigte kleine, runde Narben, die von Peitschenhieben herrühren sollten, während der Arzt diese Narben auf Geschwüre zurückführte, wie sie bei Regern nicht selten sind. — Angeklagter Schmidt: Stellen Sie nicht fest, daß alle Zeugen, die gegen mich ausgesagt haben, von mir schon vorher bestraft waren? — Der Zeuge bestätigt das. — Angeklagter: Hatten Sie nicht den Eindruck, daß die Mission mit allen Mitteln darauf hinarbeitete, mich zu entfernen? — Zeuge: Jawohl, es wurde festgestellt, daß das Verfahren gegen Schmidt eingeleitet worden war, um ein anderes Verfahren aufzuhalten. Zeuge verweist noch darauf, daß das Verhalten der Abdjao dagegen sprach, daß sie von Schmidt mißhandelt worden sei. Denn als Schmidt an der Küste von den Mädchen Abschied nahm, gingen alle an zu weinen, auch die Abdjao. (Weiterleitet.)

Rechtsanw. Schreiber: Ist es richtig, daß Oberleutnant Smeude gesagt hat, Herr Schmidt konnte die Abdjao nicht gebraucht haben, da er nachts immer mit seiner Frau zusammen war? — Zeuge: Ja. — Rechtsanw. Schreiber:

Mit seiner Frau?

— Zeuge: Jawohl! — Rechtsanw. Schreiber: Mit seiner Frau? Dann war er also verheiratet? — Zeuge: Ja, mit einer schwarzen Frau. (Stürmische Weiterleitet.) Nach afrikanischer Auffassung war er verheiratet. — Rechtsanw. Schreiber: Und nach kanonischem Recht ist eine solche Ehe unzulässig. (Weiterleitet.) — Zeuge Oberleutnant Mayer leitete die Verurteilungsverfahren gegen Vater Schmidt. Es wurde festgestellt, daß Herr Schmidt vor seiner Abreise die Abdjao nicht gebraucht habe. Das Gericht hatte keinen Zweifel, daß die Abdjao schon in der Zeit, als Herr Schmidt sie nach der Anschuldigung gebraucht haben sollte, über 14 Jahre alt war. — Vater Müller: Was den Fall Abdjao anbetrifft, so kam der Großvater des Mädchens zu mir und beklagte sich, daß Schmidt das Mädchen wider ihren Willen festhalte und sich der Freiheitsberaubung schuldig mache. Er sagte, Schmidt habe schon vor seiner Abreise die Abdjao gezwungen, sich ihm hinzugeben. Die Abdjao habe nicht gewollt und erklärt, daß sie noch nicht entwidelt sei, daß die Totenfeier für ihren Vater noch nicht vorüber sei und daß sie noch nicht die Geschlechtsreife besitze. — Rechtsanw. Brederod: Sie wissen also nichts aus eigener Wahrnehmung, sondern nur das, was die Schwarzen gesagt haben. Zeuge Müller: Herr Rechtsanw., bei einer solchen Sache kann doch niemand anwesend sein und der Sache zusehen. — Rechtsanw. Schreiber: Wie war denn die Beurteilung des Falles Abdjao in der Bevölkerung? — Zeuge Müller: Es herrschte große Erregung nicht nur bei den Weibern, sondern auch bei den Schwarzen. Es war

nicht der erste Fall eines Verbrechens,

der Schmidt zugeschrieben wurde. Ich kann noch zwei derartige Fälle nachweisen. — Rechtsanw. Schreiber: Ist es in Logo üblich, daß man weibliche Bedienung hält? — Zeuge Müller: Herr Schmidt hatte mehrere Schwarze zur Bedienung. Ein solches Institut gab es weder

vorher noch nachdem in Togo. Allerdings Herr Dr. Kerling hatte auch ein ähnliches Institut eingerichtet, sonst aber war es nirgends anzutreffen. — Abg. Roeren: Ich möchte noch feststellen bezüglich der Glaubwürdigkeit des Kochs Bodo, daß man diesem Zeugen solange Glauben schenkte, als er zugunsten des Herrn Schmidt aussagte. Als das nicht mehr der Fall war, wurde dieser Mann als unglaubwürdig bezeichnet. — Rechtsanwalt Brederod: Haben Sie sich nicht auch von weiblichen Personen auf den Stationen bedienen lassen? — Vater Müller: Was will ich machen, wenn ich zu Gast bin. Ich bin nur hingegangen, wenn es meine Pflicht war oder wenn es die Etikette verlangte. — Rechtsanwalt Brederod: Ist es nicht üblich, daß Kolonialbeamte eine schwarze Frau haben? — Zeuge Müller: Ja, fast alle. — Rechtsanwalt Brederod legt eine Photographie vor. Darauf ist

Vater Müller mit einem Sektflask

und auch Herr Schmidt mit einem Sektflask abgebildet.

Rundherum sind 5 oder 6 Mädchen und Knaben.

(Große Heiterkeit.) — Zeuge Müller: Was bedeutet denn das? — Rechtsanwalt Brederod: Wenn man Anstoß nimmt an alledem, dann darf man doch auch nicht in Gegenwart von Mädchen Sekt trinken. — Zeuge Müller: Ich halte das Sekttrinken nicht für unanständig.

Zeuge v. Kottberg: Ich frage, ob Herr Roeren geneigt ist, das, was er im Reichstag gesagt hat, hier vor der ganzen Öffentlichkeit zu wiederholen. — Abg. Roeren: Wenn man wieder... — Zeuge v. Kottberg (laut und bestimmt): Ich ersuche um eine Antwort: Ja oder nein? (Große Unruhe im Publikum.) — Abg. Roeren: Ich werde, wenn es der Herr Vorsitzende wünscht, den Passus wiederholen. — Rechtsanwalt Schreiber: Zweimal sogar. — Der Vorsitzende erklärt unter allgemeiner Unruhe, daß die Verhandlung für heute abgebrochen werde. Der Zeuge v. Kottberg ruft dem Abg. Roeren zu: Den Mut hat er also nicht! Unter großer Bewegung erklärt der Vorsitzende darauf die Verhandlung bis auf Freitag früh 9 Uhr vertagt. Man erwartet, daß der Prozeß am Sonnabendabend beendet sein wird.

Die gesundheitlichen Verhältnisse in den Berliner Schleifereien.

Das Ergebnis einer Statistik.

Nachdem 1905 Graf Posadowsky eine Regelung und Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse in Schleifereien in Aussicht gestellt hatte (was zu einer Enquete und Herausgabe eines Schleifermerckblattes führte), veranstaltete die Berliner Agitationskommission der beteiligten Arbeiter für den Bezirk der Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes eine Statistik über die Zustände. Auf ihre Veranlassung genehmigten der Hauptvorstand und der Vorstand des Verbandes auch die Aufnahme einer solchen Statistik in allen Orten, wo Schleifer wesentlich in Betracht kommen. Diese Reichsstatistik der organisierten Arbeiter ist noch nicht abgeschlossen. Dagegen konnte Genosse Frig Thureau über das Ergebnis der Berliner Statistik am Mittwoch in einer gutbesuchten Versammlung aller in Metall- und Feilen Schleifereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den „Kustler-Festhallen“ tagte, Bericht erstaten.

Aus den Darlegungen Thureau sei folgendes hervorgehoben: Beantwortete Fragebogen liefen ein aus 110 Betrieben, wovon 22 an sich Hauptbetriebe und 88 Nebenbetriebe von Großbetrieben waren. Kollegen wurden darin insgesamt 1056 beschäftigt. Davon waren 692 über 18 Jahre, 76 unter 18 Jahre und 48 unter 16 Jahre alt.

Die Frage nach der Lage des Betriebes und der Größe im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten ist zwar nicht in allen Fällen näher beantwortet. Es ergibt sich aber, daß verschiedene Schleifereien noch in Kellern sind. Fünf wurden als solche in den Antworten bezeichnet. Einer ist im Dachstuhl. Die anderen verweisen sich auf Seitenflügel und Quergebäude. Der Luftstrom pro beschäftigten Arbeiter war in verschiedenen Betrieben mit 7, 7 1/2 und 9 Kubikmeter sehr gering. In den meisten Betrieben schwankte er zwischen 12 und 20 Kubikmeter. Es gibt Betriebe, wo die Schleifer nur durch Breiter mangelhaft von den anderen Arbeitern getrennt sind, so daß auch diese den Staub, den größten Gesundheitsfeind der Schleifer, einatmen müßten.

Der Lichteintritt erfolgt fünfmal nur durch Oberlicht, 65mal geregelt durch Fenster, in den anderen Fällen verschieden: durch Fenster und Reflektoren oder durch Fenster und künstliche Beleuchtung, weil die Fenster zu klein sind. Auf eine Frage nach den Mängeln der Belichtung wurde aus 74 Betrieben geantwortet, daß hinsichtlich des Eintritts des Tageslichts keine Mängel vorlägen. In 38 wurden Mängel festgestellt. In neun Betrieben sind die Fenster so schlecht gepußt, haftet der Schleiferschmutz so dick daran, daß die Kollegen schon bei geringer Dunkelheit die Gasflamme anzünden oder das elektrische Licht einschalten müssen. In neun weiteren Betrieben sperren vorgebaute Häuser das Licht des Tages zum Teil ab. — Die künstliche Beleuchtung hat meist mit der modernen Technik Schritt gehalten. 42 Betriebe hatten elektrisches Licht, 45 Gasglühlicht. Sieben hatten indessen offene Gasbrenner, die dem Schleifer sehr hinderlich und schlecht für die Augen sind. Zwei Betriebe warteten sogar noch mit Petroleumbeleuchtung auf, nämlich Dirschhorn in der Köpenickerstraße und Wunschebach in Reinickendorf.

Die Lüftung erfolgte durch Fenster und Türen in 88, durch Dachklappen in 6, durch Fenster und Ventilation in 11 Betrieben. Bei 4 fehlte die Antwort. Mängel der Lüftung fanden die Kollegen in 57 Betrieben. Aus 37 ist August als Mangel angegeben. Andere können die Fenster nicht öffnen, weil sie den Dunst von der Metallformerei, von der Brennerei usw. erhielten. In einem Fall verbietet der Hausbesitzer das Öffnen (Zeissigerstraße).

In zwei Schleifereien besteht der Fußboden aus Erdreich. Wunschebach-Reinickendorf ist dabei. Von 14 Raffschleifereien haben nur zwei ein ordentliches Gefälle nach den Schleifarben; bei zweien ist es mangelhaft und bei 10 gänzlich verneint. Wunschebach ist wieder dabei. Manchmal bilden sich Pfützen im Betriebe. Die Kollegen müssen den Dunst einatmen, der daraus emporsteigt.

Ge reinigt wird der Arbeitsraum täglich in 83 Betrieben, einmal die Woche in 14 Betrieben, zweimal in 8 Betrieben, dreimal in 3 Betrieben. Für 2 Betriebe heißt es: mangelhaft. „Wie oft werden Wände und Decken geweißt oder mit Oelfarbenanstrich versehen?“ Die meisten Kollegen konnten diese Frage nicht beantworten, weil es ihnen unbekannt war, so selten kommt es vor. In einem Betriebe ist seit 15 Jahren einmal geweißt worden, in einem anderen seit 5 Jahren, in fünf seit 4 Jahren, in drei seit einem Jahr, in weiteren drei „nach Bedarf“. In sieben Betrieben wird regelmäßig alle Jahre, in fünf alle 2 Jahre, in einem alle 3 Jahre geweißt. In 77 Betrieben war die Feststellung unmöglich.

Eine der wichtigsten Fragen ist die nach dem Vorhandensein von Staubabsaugvorrichtungen. Gemeint sind Erhafter mit Zogenleitung. Irigendwelche Vorrichtungen sind in 42 Betrieben, aber nur in 31 davon Erhafter. Und von diesen 31 wirklich in Betracht kommenden Vorrichtungen können 11 nicht in Gebrauch genommen werden, weil sie entzwei sind, zum Teil der Erhafter, zum Teil die Leitung. Von den 110 Betrieben hatten also nur 20 eine ordentliche, zufriedenstellende Staubabsaugvorrichtung. Kaum ein Fünftel der 110 Betriebe habe somit eine gute und zweckmäßige Ventilation. Aller Anlaß für ein Einschreiten der Gewerbeinspektion und des Kaiserlichen Gesundheitsamts sei vorhanden.

Von 14 Betrieben, in denen Steine benutzt werden, haben nur 2 eiserne Kästen als Schutzvorrichtungen gegen das Zerplatzen der Steine. In den anderen zwölf Raffschleifereien sind morsche Holzläden vorhanden, die unzureichend sind und keinen Schutz gewähren. So ist ein Kollege vollständig

invalide dadurch geworden, daß 1903 bei Semmler u. Bieberg ein Stein zerplatzte. Bei der Firma Rügdefrau in Panlow platze 1906 ein Stein und ein Feilen Schleifer büßte in Folge davon sein Leben ein. Auch darauf wurde noch nicht für genügende Schutzvorrichtungen gesorgt, denn erst wieder vor drei Wochen sind zwei Kollegen im selben Betriebe verletzt worden, wenn auch nicht so schlimm.

Der Staubverbreitung beim Schärfen der Steine wird in 12 Betrieben durch Leinwand der Fenster und Türen vorgebeugt; in 2 Betrieben durch Ventilation; hier müssen aber die Schleifer den größten Teil des Staubes einschleuden, weil die Ventilation nicht zieht.

Wasch- und Ankleideräume, die der Staubverbreitung nicht ausgesetzt und nach Geschlechtern getrennt sind, haben 32 Betriebe. Somit habe fast, daß der größte Teil der Berliner Feilen Schleifereien keine genügenden Ankleideräume habe. Sechsmal ist Gelegenheit vorhanden, in anderen Betrieben Waschküchen; in 78 Betrieben wuschen sich die Kollegen meistens in Eimern. Verschiedentlich müssen die Kollegen das Wasser aus der Galvanoplastik nehmen. So sieht man, daß eine der Hauptforderungen in hygienischer Beziehung nicht erfüllt ist.

In 107 von den 110 Betrieben werden Getränke und Speisen auf dem Arbeitsplatz eingenommen. In 19 ist ein Speiseraum vorhanden, der aus den verschiedensten Gründen in 12 Betrieben nicht von den Schleifern benutzt wird; in 7 zum Beispiel, weil es nach Meinung der Kollegen zu umständlich sei und bei seiner Benutzung die Zeit nicht ausreichen würde, die man zur Verfügung habe. Bei Joseph in der Ritterstraße dürfen die Schleifer den Speiseraum nicht benutzen, weil sie „ihm schmutzig machten“.

Die Abortverhältnisse sind zum Teil auch recht schlecht. In der Deutschen Waffenfabrik, vormals L. Löwe, ist noch Tonnensystem, und der Zustand ist so, daß man Tierchen verschiedener Art mitschleppt, wenn man die Aborte benutzt. In 27 Betrieben sind die Aborte in teils mangelhaftem Zustande, teils unsauber. Bei Krüger (Köpenick) sind 8 Klosetts für 300 Arbeiter!

Gesundheitsschädlich finden die Kollegen 42 Betriebe, weil die ordnungsmäßige Ventilation fehlt, 3 Betriebe, weil die Brennerlei nebenan ist, 4 Betriebe wegen der Nähe der Vieherei, 2 Betriebe, weil kein ordentliches Wasser zur Verfügung steht, 2 Betriebe wegen der Kleinheit usw. — Als Folgen der gesundheitsschädlichen Einwirkung empfinden die Kollegen Brustbeschwerden in 21, Reizen in allen Gliedern in 7, Reizen in den Fingern in 2, Luftröhrenentzündung in 4, Magen- und Darmkatarrh in 4, Lungenkrankheiten in 8 Betrieben, Nervenkrankheit in 1, Schleiferkrämpfe in 1, Benzinkrämpfe in 1, Augenkrankheiten in 1 Betriebe.

Die neunstündige Arbeitszeit ist dank der Organisation in den meisten Schleifereien durchgeführt. In 8 Betrieben variiert die Arbeitszeit zwischen 8 1/2 und 8 3/4 Stunden. Nur zwei haben noch die zehnstündige Arbeitszeit. In 17 Betrieben wird in der Saison Überzeit gearbeitet. — Die allerdingsten Schutzvorrichtungen fehlen noch in manchen Schleifereien.

Von einer Revisionierung der Betriebe durch die Gewerbeinspektion wußten nur etwas die Kollegen in weniger als der Hälfte der in Betracht kommenden Betriebe. „Wann das letzte Mal?“ Die Frage ergab folgendes: 1900 in einem Betriebe, 1902 in einem, 1903 in zwei, 1904 in einem, 1905 in sechs und 1906 in 36 Betrieben. Die größere Zahl in 1906 erklärt sich wohl daraus, daß die Revisionen zugleich der Enquete der Reichsregierung dienten. Interessant ist, daß in zwei Betrieben der Meister schon vorher mitteilte, daß morgen der Inspektor komme, und aufforderte, schon aufzuräumen und die Maschine zu putzen. So werde es gemacht. Fragestellungen des Gewerbeinspektors an Arbeiter erfolgten in einzelnen Fällen. In anderen wurden sie durch den begleitenden Meister oder Fabrikchef verhindert. Einige Kollegen schreiben, sie hätten, um nicht entlassen zu werden, wegen der Gegenwart des Meisters nicht ihre Beschwerden vorgebracht. Direkt an die Gewerbeinspektion haben sich die Kollegen aus 4 Betrieben gewandt. In drei Fällen erfolgte Abhilfe. — Nachdem Reber die Statistik durchgegangen war, schätzte er noch die besonders schlimmen Zustände bei einer Anzahl Firmen, die er der in der Versammlung vertretenen Polizei durch Kompaßmachung liebevoll empfahl. Er legte dann noch dar, daß alle guten Ratsschlüsse des Schleifermerckblattes nichts fruchten könnten, wenn nicht die entsprechenden Vorrichtungen geschaffen würden.

Ferner betonte er, daß trotz der am 18. April auf sozialdemokratische Veranlassung vom Reichstag angenommenen Resolution betreffend den Schleiferschutz noch keine ernstlichen Schritte zur Besserung geschehen seien. Die Organisationsleitung und auch die sozialistische Reichstagsfraktion werden ihre Pflicht tun. Wenn alles nichts nützt, die Regierung und Behörden in Bewegung zu setzen, dann bleibe noch die geschlossene Macht der organisierten Kollegschaft im Deutschen Metallarbeiterverband. Ihn zu stärken, müsse sich jeder Kollege angelegen sein lassen (Lebhafter Beifall).

Nach einer Diskussion, welche das Referat bestätigte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht über die gesundheitlichen Verhältnisse in den Schleifereibetrieben. Da dieselben so überaus schlecht sind und durch die Resolution des Reichstages vom 18. April 1907 keinerlei Verbesserungen eingetreten sind, verpflichtet sich die Versammlung, mehr denn je für den Ausbau ihrer Organisation Sorge zu tragen, um mit Hilfe derselben die Verhältnisse selbst besser gestalten zu können.“ Die Agitationskommission wurde durch Bude und Lange ergänzt.

Aus Industrie und Handel.

Wo sind die Wucherer?

Anlässlich der Bewegung der Bergarbeiter im Niederlausitzer Kohlenrevier wird in der Unternehmerpresse wiederum der demagogische Vorwurf erhoben, die Arbeiter hätten durch ihre fortgesetzten Lohnforderungen die Kohlenpreise in die Höhe getrieben. Solche Behauptungen sind entweder der Ausfluß unverzüglicher Leichtfertigkeit oder gar der bewußten Bosheit. Speziell in der Braunkohlenindustrie liegen die Verhältnisse so, daß den enorm gestiegenen Preisen sogar noch Lohnkürzungen gegenüberstehen. Die „Frankf. Oder-Ztg.“ unternimmt nun den Versuch, die Werke von jeder Mitschuld an dem Kohlenwucher freizusprechen. Das Blatt schreibt: „Daß die Werke an der jetzigen abnormen Steigerung der Kohlenpreise durch einzelne Händler gar kein Interesse haben, geht u. a. auch aus der Tatsache hervor, daß die Ilse leistung, als ein Händler ihr schrieb, er werde den Preis pro Zentner demnächst auf 1,50 M. erhöhen, ihm kategorisch antwortete: wenn er das täte, so würde ihm die Ilse künftig jede weitere Kohlenlieferung verweigern.“

Daß einzelne Händler ganz gern die Situation ausnützen und noch über die Konventionspreise hinausehen möchten, wird schon stimmen. Ebenso glaubwürdig ist, daß die Werke solchen Gelästen nicht Vorschub leisten wollen, denn was nützt ihnen höherer Händlerprofit? Wie nun aber liegen tatsächlich die Verhältnisse? Die Werke, und zwar die „Ilse“ als treibender Faktor, haben mit den Großhändlern eine Konvention geschlossen. Diese Konvention schreibt die Verkaufspreise vor. Der Kleinhändler, der die festgesetzten Preise nicht einhält, muß Konventionalstrafe zahlen; ja, es wird ihm sogar jede Kohlenlieferung verweigert, wenn er gegen die Gesetze der Konvention verstößt. Diese Art Preisregulierung haben die Werke eingerichtet, um ihrerseits bequem die Preise hinausschieben zu können. Unter solchen Umständen die Werke von der Mitschuld an dem Kohlenwucher entlasten zu wollen, ist weiter nichts als ein Versuch, die öffentliche Meinung irre zu führen.

Tabalarbeiter-Genossenschaft. In der am 17. September in Hamburg stattgefundenen Generalversammlung gab der Geschäftsführer v. Elm folgenden Bericht:

Die Tabalarbeiter-Genossenschaft befindet sich in ständiger Aufwärtsentwicklung; im ersten Halbjahr 1906 wurden an Waren abgesetzt für 817 804 M., im ersten Halbjahr 1907 für 455 902 M. Das bedeutet eine Steigerung von 43,7 Proz.

In den alten Räumen der Fabrik in der Schäferstraße in Hamburg wäre es ganz unmöglich gewesen, den sich ständig steigenden Ansprüchen genügen zu können; auch in dem neu ermieteten großen fünfstöckigen Fabrikgebäude Paulinenallee 16, Hamburg, gestaltete sich anfänglich die Befriedigung des sich plötzlich steigenden Abfahrs ungemein schwierig. Die Steigerung trat in der Hauptsache ein bei den gangbarsten Sorten, so steigerte sich z. B. im ersten Halbjahr 1907 gegenüber dem ersten Halbjahr 1906 der Absatz der Produktion Nr. 104 von 1878 auf 2405 Mille, Nr. 105 Mexiko von 242 auf 384 Mille, Nr. 113 Kannel von 246 auf 375 Mille, Nr. 121 Eifasson von 150 auf 290 Mille, Nr. 102 Consumo von 489 auf 742 Mille, Nr. 81/90 von 568 auf 966 Mille, Nr. 31/32 von 101 auf 132 Mille, Nr. 112 von 100 auf 182 Mille, Nr. 75 von 69 auf 85 Mille, Nr. 85 von 848 auf 981 Mille. Durch die Steigerung bei einzelnen Hauptsorten war es notwendig, ständig neues Arbeitsmaterial zu beschaffen. Da die Fabriken in der Gesamtindustrie voll beschäftigt waren, konnten die Lieferungen in kürzester Frist nicht beschafft werden. Dadurch kam auch die Auslieferung der Orders der Tabalarbeiter-Genossenschaft ins Stocken und gab dies Veranlassung zu manchen berechtigten Beschwerden. Heute sind die Schwierigkeiten glücklich überwunden. Die Zahl der Arbeiter ist erheblich vermehrt worden; während in der Hamburger Fabrik im Juni 1906 110 Arbeiter beschäftigt wurden, arbeiten dort jetzt 210 Personen. Außerdem sind in der Frankfurter Fabrik 149, in der Hohenheimer 118 Arbeiter tätig. Das sind im ganzen 472 Personen, welche von der Tabalarbeiter-Genossenschaft beschäftigt werden.

In Hohenheim bei Mannheim in Baden hat die Tabalarbeiter-Genossenschaft ein großes Grundstück erworben, dieselbe ist dadurch in der Lage, die Zahl ihrer Arbeiter mit der Zeit verzehnfachen zu können. Die Pläne für den Neubau einer zweiten Fabrik sind bereits fertiggestellt und wird mit demselben noch in diesem Jahre begonnen werden.

Das Interesse der Konsumvereine an der Entwicklung der Tabalarbeiter-Genossenschaft ist ersichtlicherweise in ständigem Wachsen begriffen; schon im Jahre 1906 betrug der Absatz an die Konsumvereine 60,8 Proz. vom Gesamtabsatz. Es ist jedoch keine Frage, daß trotz dieses guten Umlages eine ganze Reihe der Vereine erst den kleinsten Teil ihres Bedarfs bei der Tabalarbeiter-Genossenschaft decken. Der Geschäftsführer v. Elm gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es der Tabalarbeiter-Genossenschaft, welche so innig mit der ganzen Konsumvereinsbewegung verachsen ist, mit der Zeit gelingen, den ganzen Absatz der Konsumvereine in Zigarren an sich zu ziehen.

Die Steigerung der Tabalarbeiter war in diesem Jahre eine ganz enorme, trotzdem hat die Tabalarbeiter-Genossenschaft ihre Preise nur bei zwei Sorten um ein Geringes erhöht und liefert fortgesetzt die bisherigen Qualitäten in derselben guten Zusammenstellung weiter.

Nach Entgegennahme des Geschäftsberichts wird die Versammlung, da eine Debatte nicht beliebt wird, geschlossen.

Berringerung der Kaphtaussteuere im Kaukasus. Der Streik der Arbeiter im Naphtharevier des Kaukasus hat sich schon bei der Naphthagebungung im August recht bemerkbar gemacht; so wurden in der zweiten Hälfte des August nur 17 Millionen Rub gewonnen gegen 20 Millionen Rub vorher. Diese Reduktion in der Gewinnung des Naphthas hat denn auch eine enorme Steigerung der Preise für Kaphta zur Folge gehabt. In Kasu wurden 32 Kopelen pro Rub bezahlt. Die Frage der Verteuerung des Naphthas geht aber nicht nur die Naphthaindustrie selbst an, sondern trifft hauptsächlich auch die verschiedensten Zweige der Industrie, die Kaphta als Heizmaterial verwenden. Bei der Höhe der Preise haben die Konsumenten des Naphthas aber eine merkwürdige Zurückhaltung beim Verbrauch und Einkauf des Naphthas an den Tag gelegt und vielfach anderes Heizmaterial verwendet. So hat die Schiffahrtsgesellschaft der Wolga schon längere Zeit mit Holz und Kohlen geheizt. Wenn die Naphthaindustrie den das für die Industrie so notwendige Heizmaterial nicht bald zu den normalen Preisen abgeben werden, werden die Konsumenten immer mehr gezwungen sein, allgemein Kohle zu heizen. Die tägliche Ausfuhr aus Kasu schwankt zwischen 1,6 und 1,7 Millionen Rub. Auch die Preise für Petroleum sind bedeutend in die Höhe gegangen; so wird in Astrachan jetzt 1 Rubel und 20 bis 25 Kopelen pro Rub gezahlt. In der zweiten Hälfte des August wurden von Kasu über 20 Millionen Rub Petroleum ausgeführt gegen 16 Millionen in derselben Zeit des vorigen Jahres.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 9.		Wasserstand	am 18. 9.	
	17. 9.	17. 9.		18. 9.	18. 9.
Remel, Mühl	171	-7	Habel, Spandau	114	0
Bregel, Jüterburg	216	-19	Kathenow ¹⁾	148	-1
Beißel, Thorn	150	-36	Spree, Spremberg	88	0
Oder, Rottb.	136	-6	Becktoro	176	-2
„Kroffen	118	-5	Bejer, Rindn.	-89	-27
„Frankfurt	129	-8	„Rindn.	-10	0
„Bärthe, Schrum	66	-4	Rhein, Waldshut	—	—
„Landberg	61	-1	„Raub	158	-2
Rege, Boddam	23	+1	„Rölln	142	0
Elbe, Leimeritz	48	-2	Redar, Dellbronn	28	-1
„Barby	109	+8	„Main, Wertheim	95	-2
„Magdeburg	111	+3	„Mosel, Trier	—	—
„Saale, Großk.	88	-7			

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel.

Inserate

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen

für die

Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis

Freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

Der Parteitag in Essen.

(Telegraphischer Bericht.)

Essen, den 10. September.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

In der Diskussion über die „Reichstagswahlen und die politische Lage“ erhält zunächst das Wort

Baubert-Weimar:

Die Begründung zum Antrag 49 hat gestern Vebel uns schon gegeben, wenn er auch nicht ausdrücklich zu den Anträgen Stellung genommen hat. Einzelne Parteigenossen haben in der Presse gemeint, wir könnten nicht einen so allgemeinen Beschluß in dieser Richtung fassen. Das beweist mir, daß diese Genossen von Stuhndelsgelüsten nicht frei sind. Die letzten Wahlen haben wieder einmal gezeigt, daß wir von dem Freisinn nichts mehr zu erwarten haben, es hat wieder die ganze reaktionäre Masse gegen uns gestanden. Die Zeiten, wo der Freisinn eine Oppositionspartei war, ist vorüber. Darum brauchen wir nicht mehr von Fall zu Fall zu entscheiden, sondern müssen eine reinliche Scheidung zwischen uns und den bürgerlichen Parteien vornehmen. (Bravo!)

Kaasenhein-Berlin:

Die Stichwahlentwürfe sind ja nichts Neues und ich glaube, wir haben heute ebensowenig Ursache, für sie zu stimmen, wie früher. Wir stimmen doch nicht für die Freisinnigen um ihrer Willen, sondern weil sie im einzelnen Fall sich aus den Verhältnissen ergibt. Daß die Freisinnigen in neuerer Zeit immer mehr Ansehens nach rechts suchen, erklärt sich leicht aus der Tatsache, daß sie in 21 Kreisen gegen die Sozialdemokratie in Stichwahl stehen. Dagegen ist der Antrag Kaasen durchaus gerechtfertigt. Es war nicht richtig, daß der Parteivorstand ausdrücklich erklärte, wir dürften unter keinen Umständen in der Stichwahl für einen Rationalliberalen stimmen. Die ganze Fassung war ja wohl darauf berechnet, daß man unter Umständen für das Zentrum stimmen konnte. Zentrum und Rationalliberale sind für uns gleich wert, jedenfalls haben wir z. B. im Rheinland keinen Ansehens, die Rationalliberalen ganz besonders gegenüber dem Zentrum zurückzusetzen. Ganz falsch war es auch, daß wir einen Demokraten wie Wilmertal gegen einen Merkalan durchfallen ließen. (Sehr wahr!) Wir dürfen uns in diesen Fragen nicht von Verärgerungen leiten lassen. Eine bedenklliche Erscheinung ist, daß wir in einzelnen ländlichen Kreisen einen Stimmentausch zu verzeichnen haben. Dazu Stellung zu nehmen, wird ja noch bei anderer Gelegenheit möglich sein. Vor allem sollten wir mehr Wert auf die Agitation unter dem neuen Mittelstand legen. Heute ist die Sozialdemokratie in Deutschland so ausschließlich eine Vertretung der industriellen Arbeiter wie in keinem anderen Lande. Das liegt zweifellos zum Teil an der Art unserer Agitatoren, die es auch verschuldet hat, daß wir einen Teil der bürgerlichen Ideologen verloren haben. (Sehr richtig!)

Ewald-Berlin:

Den Ausführungen Bauberts habe ich nur wenig hinzuzufügen. Es ist gefagt worden, diese Anträge seien alt, aber nicht besser geworden. Es kommt doch aber auf die Situation an, in der wir uns befinden. Früher standen die Freisinnigen in der Opposition, jetzt sind sie nichts anderes als die Konservativen, unter Umständen könnte man ein konservativerer Lieber sein, weil er sich ehrlich als unser Gegner bekennet, während der Freisinnige völkerverfeindliche und freisinnige Phrasen macht. Es wird gefagt, man müsse einen Unterschied zwischen Freisinnigen und Freisinnigen machen. Heute wie Lraeger, Schrader oder Barth sind ja ehrliche Parteileute, aber sie sind Völkerverfeind in der Wüste, und wenn sie in Versammlungen auch freisinnige Anwandlungen haben, bei den Abstimmungen im Parlament müssen sie sich dem Parteizwang fügen. Ich habe die freisinnige Niederträchtigkeit oft am eigenen Leibe erfahren, ich habe sechs Mal gegen Konservativen in der Stichwahl gestanden, und die Freisinnigen haben meine Wahl jedesmal unmöglich gemacht. Es wird anderen ebenso gegangen sein, aber ich bin am meisten davon betroffen worden. (Sehr wahr!) Es ist vorgekommen, daß in einem Wahlkreise den Wählern konservative und freisinnige Stimmentettel zum Ausgeben vorgelegt wurden, und die Freisinnigen haben für den schwärzesten Reaktionär, Professor Kropatsch, gestimmt. Man könnte ja nun sagen, daß wir mit unseren heutigen Beschlüssen die künftigen Parteitage nicht bevorzugen sollen, daß jeder Parteitag Stellung zu den Stichwahlen nehmen müsse. Aber es ist doch möglich, daß, wenn die Modpolitik in die Wüste geht, schon im nächsten Frühjahr wieder der Reichstag aufgelöst wird. Deshalb müssen wir heute die vorliegenden Anträge annehmen, schon mit Rücksicht auf die Wüster, die wir zu Sozialdemokraten machen müssen, da sie sonst fragen werden: Wozu sollen wir noch für Euch stimmen, wenn Ihr es fertig bringt, für einen Freisinnigen zu stimmen? (Weifall.)

Krämer-Berlin:

Ich habe von jeher auf dem Standpunkt strikter Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten gestanden. Nach dem Verhalten des Freisinn bei der letzten Wahl haben wir gar keine Ursache, ihn anders zu behandeln als die Konservativen, ja, ich sage sogar, die Konservativen als offene Feinde sind mir lieber als die Freisinnigen, die die Volkstrennung nur immer im Munde führen. Wir müssen bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien strikte Stimmenthaltung proklamieren. Wenn einzelne weisse Raben unter den Freisinnigen sind, so haben diese die Schuld genau so zu tragen wie die anderen, denn wenn sie nicht mit den anderen in einen Topf geworfen werden wollen, dann müssen sie eine Partei, die solche Schandtat begeht, verlassen. (Weifall.)

Sänger-München:

Der Umstand, daß wir uns so oft in Kleinigkeiten verlieren, ist eine der selbstverschuldeten Ursachen der Wahlniederlage. Ich spreche offen von einer Niederlage, denn es ist nicht nur die Pflicht jedes Menschen, sondern auch der politischen Partei, die Wahrheit zu bekennen. Auf weitere Ursachen will ich nicht eingehen, ich halte es mit unserem Ignaz Auer, daß es richtiger ist im politischen Leben über manche Dinge nicht zu reden und zu schreiben, sondern sie einfach zu tun. Und die Tätigkeit unserer Partei nach den Wahlen beweist ja, daß wir uns keiner Lösung darüber hingeben, als seien lediglich nationale Gründe und Verleumdungen unserer Gegner schuld an der Niederlage. Diejenigen aber, die die Ehre haben an der Spitze der deutschen Arbeiterpartei zu marschieren, sollten diejenige Selbstbeherrschung in allen Lagen zeigen, die wir früher gewohnt waren, sie sollten namentlich vorsichtig sein in Äußerungen, die uns später im Wahlkampf vorgehalten werden könnten. Wir Sozialdemokraten sind weder so töricht noch so stolz, daß wir nichts lernen wollen. Andererseits kommt nach meiner Ueberzeugung unserer Niederlage nur die Bedeutung einer Niederlage zu, wie sie naturgemäß jede große Kulturbewegung einmal erleidet. Die Resolution gegen die Freisinnigen bitte ich abzulehnen, denn es ist geradezu eine Torheit, in einem Stadium der politischen Verärgerung eine Taktik für fünf Jahre festzulegen. (Sehr richtig!) Sie erreichen damit nichts anderes, als daß sie im gegebenen Moment nicht gehalten wird. Die politische Lage ist für uns durchaus nicht ungnädig. Zweifellos blüht die gesamte politische Welt Deutschlands mit besonderem Interesse auf diesen Parteitag, auf dem wir uns nach der Enttäuschung dieses Frühjahres zum ersten Male wieder aussprechen. Den ignoranten Liberalen Kritikern aber, die glauben, daß die sozialdemokratische Partei keine Niederlage er-

tragen könnte, denen antworte ich mit dem Reichsanwalt Fürsten Wismarck, daß wir Sozialdemokraten nichts, gar nichts in der Welt fürchten. Wo ist ein Sozialdemokrat in Deutschland, dessen Siegeszuversicht für die Zukunft erschüttert wäre? In der Arbeiterklasse ruhen nach wie vor die Wurzeln unserer Kraft und mit dem Blick auf die deutschen Arbeiter halten wir uns den Kopf klar über alle Leidenenschaften des Tages. (Weifall.) Eines sei dem deutschen Bürgerum gesagt: wenn die alte Generation des Sozialistengesetzes einmal nicht mehr sein wird, sie könne das Erbe ruhig in andere Hände geben, es wird eine neue Generation kommen, die der alten gleicht. (Bravo!) Das mag das deutsche Bürgerum ein für allemal behalten, jetzt und für alle Zukunft! Wir bleiben Sozialdemokraten, wie wir Sozialdemokraten sind, wir kämpfen weiter, bis die Staatsherrschaft auf der Freiheit der deutschen Arbeiterklasse begründet ist, wir kämpfen weiter in alter Treue für Demokratie und Sozialismus bis ans Ende. (Weifall.)

Frenzel-Stollberg:

Im sächsischen Erzgebirge ist die Bevölkerung noch sehr rückständig; unsere Agitation kann dort nur von Mund zu Mund und durch Proschüren betrieben werden; Volksversammlungen werden uns dort unmöglich gemacht. Die Freisinnigen haben es um uns hundertmal verdient, daß wir sie nicht mehr unterstützen. Damit werden wir in unserer Gegend speziell noch am meisten Erfolge erzielen.

Günther-Rottbus:

Wir haben wohl alle nicht geglaubt, daß die Freisinnigen so weit nach rechts Anschluß suchen würden, wie es bei den letzten Wahlen geschehen ist. Selbst einem so reaktionären Manne wie von Dürfen hat der Freisinn Befolgung geleistet. Wir wollen lieber an Mandaten verlieren, als einem solchen Freisinnigen noch Vertrauen schenken; das würde die Masse der Arbeiter nicht verstehen. Daher bitte ich Sie, dem Antrag 53 zuzustimmen.

Born-Birch:

Bei uns gehört der Vorstand der Freisinnigen Partei zum Reichslügenverband, wir hätten also allen Anlaß, den vorliegenden Anträgen zuzustimmen. Aber wir dürfen uns in dieser Richtung nicht festlegen, sonst können recht schlimme Folgen für uns daraus entstehen. (Sehr richtig!) Wir können wohl in die Lage kommen, in der Stichwahl für einen Freisinnigen zu stimmen, der sich gegen gewisse reaktionäre Gesetze erklärt. Ich bitte Sie daher, gegen die Anträge zu stimmen. (Bravo!)

Drescher-Eberfeld:

Der Wahlauspruch des Parteivorstandes, der uns aufforderte, lieber für das Zentrum als für Rationalliberale zu stimmen, ist uns sehr unbehagen gewesen. In Eberfeld-Barmen hat das Zentrum geschlossen gegen uns für den evangelischen Müller gestimmt! Wenn hier am Niederrhein die Wahlen nicht nach dem Wunsche des Zentrums ausgefallen sind, so haben wir das dem Klassenhass der Vergarbeiter zu verdanken. Die christlichen Gewerkschaften haben mit aller Verbe gegen uns gearbeitet, sie sind noch und nach zu einer selbständigen Spengelschmiede uns gegenüber geworden, während im Wahlkreise Eberfeld die katholischen Bauern für uns gestimmt haben. Das Zentrum ist durch und durch reaktionär, während der Liberalismus doch immerhin unsere wirtschaftliche Entwicklung vorwärts schieben wird. Wenn uns einmal empfohlen wird, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzugehen und nun gefordert wird, unter keinen Umständen mit bürgerlichen Parteien zu koalieren, so entspricht das so recht dem deutschen Volkscharakter; wir fallen aus einem Extrem ins andere. Ich bitte, die Anträge abzulehnen, die verlangen, daß bei Stichwahlen kein Liberaler unterstützt werden solle. Sympathischer ist mir der Antrag Kaasen, wonach wir gewissermaßen die mündstfordernden Parteien unterstützen sollen. Unter keinen Umständen darf und aber mehr zugemeldet werden, noch mit dem Zentrum zusammenzugehen.

Schmalzfeld-Premerhaven:

Bereits auf dem Parteitag in Gotha im Jahre 1876 ist beschlossen worden:

Bei engeren Wahlen zum Reichstage, bei denen der sozialistische Kandidat ausgeschlossen ist, enthalten sich die Sozialdemokraten der Abstimmung, da alle anderen Parteien laut Programm uns gegenüber eine reaktionäre Masse bilden. In einzelnen speziellen Fällen jedoch, wo ein gegnerischer Kandidat in Frage steht, welcher wenigstens die politischen Forderungen der Partei und die in Bezug auf den Schutz der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft aufgestellten Forderungen billigt, kann der Kandidat einer anderen Partei in engerer Wahl unterstützt werden, vorausgesetzt, daß die zur Leitung der Wahl seitens des Kongresses eingesetzte Behörde damit einverstanden ist.

Was hat sich denn seit 1876 zugunsten der bürgerlichen Parteien geändert? Mit Recht hat mein Vordredner gefagt, daß wir nicht nur den Freisinnigen, sondern auch dem Zentrum wie überhaupt jeder bürgerlichen Partei die Unterstützung verweigern müssen. Vebel hat ja gestern ausdrücklich erklärt, daß die Bourgeoisie reaktionärer geworden ist. Würden wir gewisse Mindestforderungen verlangen, so würden diese Forderungen von allen verprochen, aber nicht gehalten werden. Auf wirtschaftlichem Gebiete sind die Freisinnigen die argsten Scharfmacher. Während der Wahl haben sie hoch und heilig versichert, daß sie Freunde des Koalitionsrechtes sind, aber kurz nachher haben ihre Führer geschrien: Los von den freien Gewerkschaften! Es ist nicht zu erwarten, daß die Freisinnigen auch nur in einer einzigen Frage Hand in Hand mit uns gehen. Wo sie das Heft in den Fingern haben, in den Einzelmandaten und den Kommunalvertretungen, da haben sie die Wahlgeseze in reaktionärem Sinne geändert. Nun wird gefagt, wir können uns nicht binden. Aber in gewissem Sinne haben wir uns doch schon 1876 gebunden. Wir müssen unter allen Umständen klipp und klar erklären, welche Stellung wir bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien einnehmen. Jetzt sagen sich die Freisinnigen: Wir können machen, was wir wollen, wir können jede freisinnige Regierung niedertrampeln; denn ihr müßt uns ja doch wählen! Durch die jetzige Taktik wird nur Verwirrung in unseren eigenen Reihen angerichtet; wir dürfen nicht mehr die Freisinnigen song- und klanglos als das kleinere Uebel betrachten. Zu erwarten haben wir von ihnen nichts, in Militärfragen bewilligen sie den letzten Knopf, in Kolonialfragen den letzten Mann, und auch in Steuerfragen sind sie jetzt gezwungen, alles zu bewilligen. Seitdem die Freisinnigen zum Völk übergegangen sind, seitdem sie sich der Reaktion in die Arme geworfen haben, können sie keine Opposition mehr treiben. Wenn es heißt, dem Volke einen Maulkorb anzulegen, dann bin ich überzeugt, dann werden die Freisinnigen einige schöne Reden halten, aber innerlich werden sie vor Freude beinahe plagen, wenn Zwangsgezeze gegen uns zustande kommen. Unter normalen Verhältnissen dürfen wir keine bürgerliche Partei unterstützen. Sollten die Verhältnisse sich ändern, sollte der Jungliberalismus sich bessern, — ich glaube an diese Besserung nicht — dann wären wir immer noch zu einer anderen Stellungnahme in der Lage. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich möchte dann nur noch wünschen, daß die Bedelische Rede als Sonderabdruck erscheint, sie wird uns bei der Agitation gute Dienste leisten. (Weifall.)

Leber-Jena:

Ich bin mit dem Antrag Weimar nicht einverstanden. Ich hätte es verstehen können, wenn in der Erbitterung über die Reichstagswahlen ein solcher Beschluß zustande kam, (Sehr richtig!) aber nach so langer Zeit mußte man sich über die Situation klar sein und erkennen, daß wir uns nicht auf fünf Jahre festlegen können. Wir Eisenacher Genossen, denen durch den Verrat der Frei-

sinnigen, die für den Reaktionär Schad stimmten, das Mandat verloren ging, hätten alle Ursache, einen solchen Antrag zu stellen, aber wir halten eine solche Verärgerungstaktik nicht für richtig. — Genosse Vebel hat uns empfohlen, mehr mit den Christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeitern zusammenzuarbeiten. Gewiß halten wir alle dies wohl für sehr wünschenswert, aber Genosse Vebel unterschätzt die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit. Heute finden wir fast in jeder Nummer der Gewerkschaftszeitungen, zum Beispiel auch in der „Metallarbeiter-Zeitung“, lange Artikel, die sich gegen die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen wenden. Ich habe mir immer gefagt: schade um die Druderschwärze; man soll wohl die Führer dieser Organisationen kennzeichnen, aber den Mitgliedern klar machen, daß sie mit uns gemeinsam arbeiten müssen, und sie nicht vor den Kopf stoßen. (Sehr richtig!)

Den Ausführungen Vebels über die Frauenbewegung kann man wohl zustimmen. Leider widmen sich die Genossen noch viel zu wenig der Organisation der Frauen, die doch für uns sowohl in den Gewerkschaften wie in der Partei so außerordentlich wichtig ist. (Sehr richtig!)

Lausenberg-Düsseldorf:

Ich habe die Annahme des Antrages Düsseldorf zu empfehlen, wonach wir unsere Taktik bei den Stichwahlen den bürgerlichen Parteien gegenüber festzulegen haben. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß für die Stichwahlen die Personfragen eine viel wichtigere Rolle spielen, als es nach meiner Auffassung notwendig ist, daß wir uns für die nächsten Stichwahlen die Hände binden. Der Parteivorstand hat in seinem Aufruf die Parteien aufgelistet, die unter keinen Umständen in den Stichwahlen zu unterstützen seien, er hat aber die freisinnigen Parteien und das Zentrum als solche bezeichnet, deren Kandidaten unsere Unterstützung finden könnten, wenn sie sich für die Erhaltung des Allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, sowie gegen jeden Versuch, das Koalitionsrecht zu beschränken und gegen jedes Ausnahmegezeze erklären. Diese Parteien aber unterstützen sich von den übrigen Parteien so gut wie gar nicht. Das Zentrum ist seit 1896 für alle reaktionären Maßnahmen im Reichstage eingetreten; ihm verdanken wir die Flottenpolitik, das ungeheure Anwachsen der Militärlasten, die ungeheure Belastung des Volkes durch die Buzergölle und eine ganze Anzahl weiterer reaktionärer Maßnahmen. Eine derartige Partei hätte man nicht als solche aufführen dürfen, die wir unterstützen sollen. Die an die bürgerlichen Kandidaten zu stellenden Bedingungen für ihre Unterstützung bei der Stichwahl sind viel zu minimal gewesen. Auch Konservativ erklären, daß sie nicht gegen das allgemeine Wahlrecht seien und auch nicht gegen das Koalitionsrecht, daß sie auch Gegner von Ausnahmegezezen seien. Aber wie kommt die Sache dann nachher? Wir sind dann doch immer die Betrogenen. Unverständlich ist es auch, daß wir freisinnige Kandidaten unterstützen sollen. Wenn Vebel gestern meinte, daß im nächsten Jahre die Blockpolitik voraussichtlich mit dem Zentrum gemacht werden würde, so ist diese Ansichtung bei uns am Niederrhein schon vor zwei Jahren hervorgetreten; die Mehrzahl der Delegierten auf unseren niederrheinischen Parteitage hat damals der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß das Zentrum nach der Herrschaft strebt. In den süddeutschen Wahlkreisen ist das Zentrum in der Stichwahl gegen uns vorgegangen, und das, was der Reichsverband in Szene gesetzt hat, hat das Zentrum hier längst getan. Man spricht von der sogenannten demokratischen Vergangenheit des Zentrums. Es ist ein Märchen, ein Dumbung, geboren aus der politischen Situation der 70er Jahre heraus. Grundtätlich ist das Zentrum reaktionär und der natürliche Verbündete der Konservativen. Die christlichen Arbeiter sind die Träger der Arbeiterzerpitterung, und diese Zerpitterung wird vom Zentrum in klassischer Weise ausgenutzt. Das Zentrum ist die eigentliche Schutztruppe des Kapitals. Dann möchte ich mich noch gegen die Inlenrufe wenden, die von mancher Seite laut werden. Wir müssen endlich aufhören mit dem Gerede, daß dieses oder jenes in der Agitation uns schädigt. Gerade der Ausfall der Reichstagswahlen hat uns eine entscheidende Kampfesstellung gegen die bürgerliche Gesellschaft deutlich zur Pflicht gemacht und wir haben gegen diese den Krieg zu führen bis auf Messer. (Weifall.)

Rinkel-Göppingen:

Die württembergische Regierung hat genau so wie alle anderen Regierungen alles gegen uns aufgebracht. War es da angebracht, ihr ein Vertrauensvotum zu erteilen, wie es die sozialdemokratische Landtagsfraktion getan hat? Der württembergische Etat gibt auch keine Veranschlagung, ihn zuzustimmen, denn er enthält Mittel, die wir nicht bewilligen dürfen. Ich möchte den Parteitag fragen, ob die Verhältnisse in Württemberg so waren, wie sie der letzte Wörsag der Räuber Resolution im Auge hat.

Moskendorf:

Ich möchte davon abstrahieren, irgend einen Beschluß über unsere Stellungnahme zu etwaigen Stichwahlen zu fassen. Wir müssen uns immer nach der Situation richten. Es handelt sich bei der Stichwahl ja niemals darum, ob wir einen Freisinnigen wählen wollen, sondern darum, daß wir einer bestimmten Strömung in der Gesetzgebung Geltung verschaffen wollen. Ich erinnere Sie an die Situation bei der Jolpolitik. Damals kam es vor allem darauf an, die freisinnigere Richtung möglichst zu stärken. Nun will ich gern zugestehen, daß, wenn solche Situationen wiederkommen, wie bei den letzten Wahlen, wenn die Freisinnigen gerade die agrarische Richtung, die ihre Politik belämpft, in der Weise zu stärken suchen, wir gar kein Interesse mehr daran haben, sie zu unterstützen. Da ist es schließlich gleich, ob die konservative Mehrheit aus einigen Leuten mehr oder weniger besteht; dann graben sich die Freisinnigen selbst ihr Grab. Ob solche Situationen vorliegen, können wir aber erst bei den Stichwahlen selbst beurteilen. Aber auch aus denselben Gründen glaube ich, haben auch unsere rheinischen Genossen gerade die letzte Wahlparole des Parteivorstandes falsch verstanden und eine Stellung dazu eingenommen, die aus der Sache nicht zu rechtfertigen ist. Gewiß ist das Zentrum so reaktionäre wie nur irgend eine Partei. Trotzdem kann es aber hier und da Fragen geben, wo wir mit dem Zentrum zusammengehen, um Verfechtungen zu verhindern. Gegen die Rationalliberalen haben wir ja immer Stellung genommen, weil sie früher das Sozialistengesetz unterstützt und jede reaktionäre Politik in Militär-, Steuerfragen, sogar in agrarischen Fragen getrieben haben. Freilich, wird Lausenberg sagen, das Zentrum auch. Aber wie stand es bei den diesmaligen Wahlen? Einmal doch so, daß Fürst Billo ganz offenbar Front machte gegen jede Weiterbildung der Arbeiterpolitik. In seinem bekannten Brief an Liebert hatte er bereits gefagt, daß für die deutschen Arbeiter so gefogert ist wie in keinem anderen Lande der Welt. Das war doch nichts anderes als die offene Parole, mit jeder Sozialpolitik soll Halt gemacht werden. (Sehr richtig!) Dieser Satz war es auch, der die Großfabrikanten bewog, nun Billo solofstale Summen bei der Wahl zur Verfügung zu stellen. Sie zahlten damit dafür, daß keine weitere Arbeiterausweggezezegebung gemacht wird. (Sehr richtig!) Um das unmöglich zu machen, mußten wir eventuell mit dem Zentrum gehen, weil das Zentrum schließlich immer gezwungen ist, für die Industriearbeiter hier und da einige Vorteile herauszuschlagen. Ich kam es ja begreifen, wenn die niederrheinischen Genossen ein wenig verärgert sind über den Wörschacher, den das Zentrum in Düsseldorf und Eberfeld getrieben hat. Aber wir wählen unsere Parole, wie gefagt, nicht zu dem Zwecke, um das Zentrum oder den Freisinn zu unterstützen, sondern unsere Parole muß aus rein sachlichen Erwägungen gegeben sein, sie muß darauf Rücksicht nehmen, was in der nächsten Zeit für Vorlagen kommen, und wenn wir mit Rücksicht auf solche Vorlagen unsere Richtung stärken können, so haben wir das unter allen Umständen zu tun. (Bravo!)

Die Stellung der reichsständischen Sozialdemokratie zur Stichwahl hat ja bekanntlich eine scharfe Kritik hervorgerufen. Wie war die Lage? Die politischen Verhältnisse im Reichslande sind ganz anders als im übrigen Deutschland, wir haben dort eigentlich nur drei Parteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Liberale. Wir haben überall selbständige Kandidaten aufgestellt, wir bekämpften alle bürgerliche Parteien, insbesondere den Block, der sich bei uns aus Liberalen und Demokraten zusammensetzte. Nach beider der Stichwahlaufsatz des Parteivorstandes erschienen, traten wir mit einer eigenen Wahlparole hervor. Wir verlangten, daß die Kandidaten, die wir unterstützen wollten, sich verpflichteten, auf folgende zehn Punkte: 1. Gegen jede weiteren Ausgaben für Kolonien; 2. gegen jede weitere Verstärkung von Heer und Flotte; 3. für Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle auf notwendige Lebensmittel, Dämpfung der Grenzen für Schlachtvieh und Fleisch; 4. für progressiv steigende Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer; 5. für Erweiterung der Volksrechte, insbesondere allgemeines, gleiches, direktes, geheimes Wahlrecht für alle öffentlichen und gesetzgebenden Körperschaften; 6. gegen Aufschaltung des Reichstages als gesetzgebenden Faktor für Schlaf-Notbringen, solange das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht zum Landesausdruck nicht eingeführt ist; 7. Sicherstellung des Koalitionsrechts; 8. Ablehnung des Besetzungsurteils über die sogenannte Reichsfähigkeit der Versuchsdreie; 9. Selbstverwaltung und Vereinheitlichung aller Arbeiterversicherungs-gesetze; 10. gegen jedes wie immer geartete Ausnahmengesetz. Mit dieser Parole haben wir in der Parteipresse keinen Widerspruch erfahren, im Gegenteil, das „Hamburger Echo“ hat uns sogar gelobt und geschrieben: „Das ist ungefähr das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie für die nächste Zeit. Im Grunde bedeuten die Bedingungen Wahrung der Sozialdemokratie angesichts des jämmerlichen Verhaltens des Liberalismus und der Demokratie.“ Und nun kommt man hierher und wirft uns vor, daß wir den großen Demokraten Plumenthal in zwei Wahlkreisen haben fallen lassen. Für uns scheidet die Person Plumenthal als politischer Faktor vollkommen aus, nachdem er sich mit den Liberalen zum Block verbündet hatte; er war nicht mehr der Demokrat, der er früher war, er ging als Mitglied der Mehrpartei in Hand mit der Regierung und hat sich die Unterstützung der Regierung und des Reichsverbandes gefallen lassen. (Hört, hört!) Dazu kam, daß Plumenthal ebenso wenig wie der Zentrumskandidat sich für unsere Stichwahlparole erklärte. Da konnte es uns doch wirklich gleichgültig sein ob ein schwarzer oder ein blauer Regierungsfreund in den Reichstag einzieht. Die Parole der Wahlhaltung, die wir ausgegeben haben, war in der damaligen Situation die einzig richtige. Dafür, daß wir uns auf eine bestimmte Taktik festlegen, möchte ich warnen.

Ragenstein-Berlin:

Die Ausführungen der Vorredner haben das bestätigt, was wir schon getrachtet haben, und sie haben die Tatsache nicht entkräften können, daß wir durch unser Verhalten zu einer Verschiebung der bürgerlichen Parteien im Reichstage beigetragen haben, was ich für bedauerlich halte. Laufenberg hat richtig gesagt, daß unsere Haltung bei den Stichwahlen zum guten Teil auf Verweigerung zurückzuführen ist. Wenn er aber dann gewisse Maßnahmen meinte, daß wir noch ruhiger auftreten müßten, so ist nach meiner Ansicht uns nicht damit gebietet, wohl aber mit einem entschiedenen, grundsätzlichen Auftreten, mit radikalen Forderungen, die durchführbar sind, und mit denen wir die uns noch fernstehenden Kreise der Proletarier heranziehen können. Ich sprach vorhin von bürgerlichen Idealisten. Wir haben eine Anzahl unsicherer Kantonalisten, die mit der Sozialdemokratie liebäugeln und vielleicht auf der Börse herumlaufen, wenn sie eine Geburtsstags-gratulation von Weibel vorzeigen können usw. Daß wir an derartigen Leuten nichts verlieren, darüber sind wir einig. Aber im allgemeinen dürfen wir die Mittelstufen nicht abstoßen, wir versuchen ja auch, bei den Wahlen ihre Stimmen zu bekommen, es handelt sich vielfach um ehrliche Idealisten, die keine ausgeprägten Politiker sind. Die Konstellation, unter der wir in die Wahl eingetreten sind, war ungünstig. An Kreisen, die sich um die Münchener „Jugend“ scharen und ähnliche verlieren wir nicht viel. Aber es hat eine Reihe von Umständen und Umpositionen gegen uns gewirkt und wir haben bei den letzten Wahlen auch wohl eine Kultivierung für eine Reihe innerer Vorgänge erhalten, die wir alle bedauern haben. Es gibt kein schöneres Gefühl, als wenn wir begeistert dem Feinde entgegenzutreten können; es hat aber damals Momente gegeben, in denen die Begeisterung gedämpft war und man nach außen hin Entschuldigungsgründe suchen mußte. Unsere österreichischen Genossen haben Erfolge erzielt. Gewiß war die Konstellation für sie günstig, aber auch ihre Taktik war entsprechend. Die österreichische Partei kann auch in dieser Hinsicht Vorbildlich für uns sein. Man folgt dort wohl einer guten und schönen Taktik, die nicht vor der Straße, im Notfall nicht vor Blut zurückweicht, aber vor schmutzigen und häßlichen Worten und vor dem Verdrampfen. Mancher ist zu uns gekommen, nicht aus materiellen Gründen, sondern weil ihm unsere Partei die Partei der Freiheit und Brüderlichkeit gewesen ist. Der Nachdruck aus diesen Kreisen hat sich außerordentlich verringert. Da wirken soziale Gründe mit. Wir verlieren auch an ihnen nichts. Aber die ganze Stimmung macht doch sehr viel aus, aus der man sich zu der Bewegung hingezogen fühlt. Die Freiheit im Innern hat manchmal recht bedenklich gefehlt, es sind Gegensätze nicht bloß mit grundsätzlicher Schärfe, sondern mit persönlicher Gehässigkeit und mit dem Appell an die Existenzfrage ausgefochten worden, und es ist ein verflucht bitteres Gefühl, wenn man das mit ansehen muß: wenn der etwas geschrieben hat, so wird es gelobt, und wenn der etwas geschrieben hat, so wird es heruntergerissen. Ich habe das neulich gesehen in dem Streit um das Nachrichten-bureau. Wir müssen das schämen, was uns ehelicher Leberzuckung gefügt wird. Wir dürfen kein Schlopphantentum aufkommen lassen, wie es sich in der Kirche breit macht. Dem soll man aus Gründen des guten Geschmacks und der Reinheit der Partei entgegenreten. Dann mögen die Gegner kommen, wie sie wollen. Wenn wir uns so einig sind in der ganzen Grundgesinnung, vor allem in dem Bewußtsein, für ein großes Ziel und einzustehen, dann können wir wohl gelegentliche Rückschläge erleiden, aber diese können unseren Siegeszug nicht aufhalten, und so werden wir völlerbeständig wirken. (Beifall.)

Dr. Kronz-Berlin:

Ich möchte Sie bitten, die Anträge zur Stichwahltaktik, die hier vorliegen, abzulehnen. Es ist ja ganz außerordentlich schwer, auch nur für eine bestimmte Partei ein endgültiges Urteil abzugeben. Weibel hat uns gestern dargelegt, wie die Zentrumspartei je nach der augenblicklichen Situation in den verschiedenen Ländern eine ganz verschiedene Stellung einnimmt, wie die Zentrumspartei in Bayern für die Wahlrechtsverbesserung in unserem Sinne eingetreten ist, und wie dieselbe Zentrumspartei in Württemberg für ein ständisches Wahlrecht eingetreten versucht hat. Zu unserer aller Freude wahrscheinlich und mit Recht bemächtigt sich der „Vorwärts“ augenblicklich, in Preußen die Freisinnigen und die Zentrumspartei scharf zu machen für ein Vorgehen in der Wahlrechtsfrage. Ja, was soll es denn dann, wenn wir gleichgültig beschließen, die Leute mögen tun, was sie wollen, unterstützen wollen wir sie in keinem Fall. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß in Preußen bei der schwierigen Situation dort ein Zusammenstoßen aller Elemente, die zu einem Kampf gegen das Junkertum zu haben sind, stattfinden muß, und in demselben Augenblick bringt man uns Anträge: auf keinen Fall ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien. Von Kompromissen und Ausbilden ist gar nicht die Rede, es handelt sich nur um die Frage: sollen wir uns unseren Wahlkampf erschweren oder erleichtern? Wenn es einen Kampf und Streit gibt, so kann ich mir vornehmen, von diesem oder jenem Mittel keinen Gebrauch zu machen, aber wenn der Gegner schon vorher weiß, wovon ich keinen Gebrauch mache, so ist ihm ja der Kampf außerordentlich erleichtert. Die Taktik muß in jedem Augenblicke erwogen werden, sie läßt sich nicht auf Parteitag festlegen. Im besten Falle

wird sich wohl für die Anträge eine „überwältigende Mehrheit“, wie Gemoll gestern sagte, finden, ich bitte jedenfalls, sie abzulehnen. Ich möchte noch hinweisen auf einen anderen Punkt, den Weibel gestern berührt hat. Er sprach von der immer wachsenden Konzentration des Kapitals gegenüber den Verbänden der Arbeiter und betonte die Notwendigkeit, daß auch innerhalb der Arbeiterschaft die Gegensätze möglichst zurückgedrängt und die gemeinsamen Interessen mehr propagiert würden. Ich bedauere es, und ich glaube, ein großer Teil der Anwesenden bedauert es mit mir, daß ein Mann in unserer Mitte fehlt, der die von Weibel empfohlene Taktik gerade hier im Aufrechterhalten mit großer Energie und mit großem Erfolge vertreten hat — ich meine den Genossen Hue-Bohum. Er ist durch die Teilnahme am internationalen Vergarbeiterkongreß verhindert, hier zu sein. Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn er gerade gegenüber den Ausführungen Lebers inbezug auf die Schwierigkeiten einer solchen Taktik uns ein Bild hätte geben können davon, wie hier gearbeitet worden ist und welche Erfolge damit bereits erzielt worden sind. Ich hoffe, daß wir alle unseren Aufenthalt im Aufrechterhalten benutzen, um gerade diese Anregung, die uns Weibel gegeben hat, weiter zu verfolgen und zu studieren. (Bravo!)

Es ist ein Antrag eingegangen, das Referat Weibels zu drucken und zum Selbstkostenpreise zur Agitation abzugeben. **Riese-Drauschweig:** Den trefflichen Ausführungen Weibels habe ich nur wenig hinzuzufügen. Zu leugnen ist nicht, daß das Resultat der letzten Wahl deprimierend auf die Genossen eingewirkt hat, da selber sichere, langjährige Wahlkreise verloren gegangen sind. Zu diesen gehörte auch der Kreis I Braunschweig-Blankenburg. Hier haben wir mit keinen geschlossenen Parteien zu rechnen, sondern mit einem Hebrä aus Welfen, Freisinnigen und Nationalliberalen. Die Welfen, deren Forderung schon zweimal getuschelt wurde, ihren sogenannten angestammten Herzog auf den Thron zu bringen, kommen als Partei nicht in Betracht. Dem Reichslagerverband standen bei seiner Hege nicht nur 474 Blätter vom bedeutenden Organ bis zum kleinsten Kreisblättchen zur Verfügung, sondern auch die sich nun bildenden Mittelstufen von Sinaats-, Post-, Bahn-, Gemeindebeamten und Lehrern, von denen früher ein großer Teil sich passiv verhielt oder für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmte. Von der Agitation in diesen Kreisen war wenig an der Oberfläche zu merken, daher war sie um so gefährlicher, wie auch das Heranziehen anderer Nichtwähler. Mit dem Auto ging es von Haus zu Haus, selbst Leute wurden herangeschleppt, die eigentlich mit dem Leben schon abgeschlossen hatten. Dank dieser wüsten Agitation besonders unter den Lehrern fielen denn auch bei den folgenden Stadtverordnetenwahlen drei unserer Mandate den Bürgerlichen in die Hände. Auch bei diesem Wahlkampf wurden uns Schriften und Ansprache als Knüttel zwischen die Weine geworfen: Ihr Calwer hat gesagt... Ihr Calwer hat geschrieben... Dagegen müßten wir kämpfen. Nebenbei: unsere Professoren sind zu teuer: Auecs Lebensbild von Bernstein, Weibel über die parlamentarische Tätigkeit mühten nicht 50 oder 60 Pf., sondern 10 Pf. kosten. Nun zu etwas anderem: Der dritte braunschweigische Wahlkreis Ganderheim-Holzminden hielt am 4. August d. J. seine Kreisversammlung ab, wo auch die bisherige Kandidatur des Genossen Calwer auf der Tagesordnung stand. Calwers Kandidatur wurde auf dieser Konferenz einstimmig abgelehnt. In der „Leipz. Volksztg.“ hat Calwer behauptet, es sei keinerlei Abstimmung im Kreis gegen ihn vorhanden gewesen, die jetzige Situation sei erst seit der Anwesenheit Antricks als Parteisekretär in Braunschweig entstanden. Bürgerliche Blätter haben dann von einer Beeinflussung durch den Parteisekretär oder durch andere Parteimitglieder geschrieben. Ich erkläre hier ehrlich und offen, daß alle diese Behauptungen unmaßgeblich sind. Genosse Calwer hat durch sein Verhalten bei der letzten Wahl das Maß selbst zum Überlaufen gebracht. Er hat durch seine Schriften vor und während der Wahlbewegung den Gegnern Material zu unserer Bekämpfung geliefert. Seine Flugblätter, die jeder Weise oder Freisinnige unterschreiben konnte, weigerten sich die Genossen zu verbreiten. Ich verweise auf die Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ über die Statistik des Dresdener Magistrats, sowie auf seine Behauptung, daß der deutsche Arbeiter trotzollerhöhung billigeres Brot esse als der englische. In einer Versammlung erklärte er, es sei unmaßgeblich, daß die jetzigen Wahlen Hungerwahlen seien. Ein andermal wieder sagte er: „Ich kann nicht begreifen, daß man mit die Säle abreißt, ich bin doch ein so gemäßigter Sozialdemokrat.“ Calwer hatte durch seine Lage Agitation bereits früher im Wahlkreise große Zustimmung gegen sich erregt. Doch jetzt wurde es den Genossen zu bunt, zumal Calwer in einer Versammlung in Hohenberg, als ein Gegner die unverschämte Behauptung aufstellte, Weibel sei der blutdürstigste Mensch, meinte: „Der August ist nun einmal so durch seine langjährige Tätigkeit geworden.“ Dies ist der wirkliche Sachverhalt. (Hört! hört!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Schaaf-Dann: Die Stichwahlparole des Parteivorstandes hat große Unzufriedenheit hervorgerufen. Das Verhalten Eichhofs, der in unserem Kreise aufgestellt war, hat doch bewiesen, daß der Freisinn zu der einen realitätsfremden Klasse gehört; er ist da angelangt, wo die Konservativen stehen. Wir müssen einmal reine Wahn schassen und nicht immer Klugheitsrücksichten walten lassen. Was gibt denn die Gewähr, daß die Freisinnigen das, was sie vor der Wahl versprochen, auch halten? Wollen wir denn, ob nicht die Blockparteien sich entzweien und der Reichstag wieder aufgelöst wird? Da gilt es, schon heute eine Parole aufzustellen. Wir dürfen bei Stichwahlen keine bürgerlichen Parteien unterstützen, sondern uns sagen: Hier stehen wir, und dort steht die einzige reaktionäre Klasse.

Giesen-Jericho: Die angebliche Niederlage der letzten Wahl wird uns ein Ansporn sein, noch besser und intensiver zu agitieren und zu organisieren. Bei keiner Wahl sind von den Gegnern so viel Sägen gegen uns verbreitet worden und auf Grund dieser Sägen ist der Sieg den Gegnern zugesallen. Ich glaube, wir können ihnen mit Recht zurufen: Noch ein solcher Sieg und Ihr seid verloren! — Doch auch von uns sind Fehler gemacht worden und hier kann ich nicht umhin, auch dem Genossen Weibel einmal ins Gewissen zu reden. (Weiterkeit.) Wir haben im Programm den Satz: „Religion ist Privatsache“. In der Agitation aber hält man uns stets den Anspruch Weibels entgegen: „Wir erstreben auch religiöses Gebiet den Atheismus“, und die Leute glauben Weibel mehr als dem Programm. — Auf jeden Fall hat die Wahl uns bewiesen, daß wir nur die eine große reaktionäre Klasse gegen uns haben.

Ein erneuter Schlusstrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag 53 wird zugunsten des Antrages 50 zurückgezogen.

Das Schlusswort erhält Weibel: Ich bitte Sie, die sämtlichen zu diesem Punkte gestellten Anträge abzulehnen. (Sehr gut!) Ich füge hinzu, daß von allen Rednern die Gründe für diese Anträge vorgebracht haben, nicht ein einziger mit einer Anschauung gekommen ist, die wir nicht schon früher gehört hätten. Neues ist über diesen Punkt gar nichts gesagt worden. Ein großer Teil der Redner aber hat, wie mir scheint, allzusehr aus der persönlichen Erfahrung heraus und aus der Willkür, die diese Erfahrung erzeugt hat, gesprochen. Nun gibt es aber in der Politik keinen größeren Fehler, als wenn man sich von Leidenschaft und Haß gegen eine Person oder gegen eine Partei leiten läßt. (Sehr richtig!) Da heißt es kalt und besonnen sein, genau abwägen und faßl urteilen. Es wäre der größte Fehler, wenn wir uns heute für die Zukunft, von der wir gar nicht wissen können, wie sie sich im einzelnen gestaltet, die Hände binden wollten. Am besten wirken in solchen Fällen immer Beispiele. Was heute beantragt worden ist, ist früher

schon einmal beschlossen worden. Dieselben Vorgänge, die zu den vorliegenden Anträgen geführt haben, haben wir auch im Jahre 1887 erlebt: dasselbe Verfahren aller bürgerlichen Parteien und gegenüber, und die Erbitterung war so groß, daß, als wir im Oktober desselben Jahres in Schwaben bei St. Gallen in der Schweiz — in Deutschland konnten wir nicht zusammenkommen — unseren Parteitag abhielten, der Antrag gestellt wurde, bei künftigen engeren Wahlen sich der Abstimmung zu enthalten, und zwar allen Parteien gegenüber, weil sie allesamt eine reaktionäre Klasse wären. Dieser Antrag wurde damals mit erheblicher Mehrheit angenommen. Dann kamen die Reichswahlen von 1890. Mittlerweile war die ganze politische Situation eine andere geworden, und da hat es der damalige Parteivorstand, dem auch ich angehörte, auf seine eigene Klappe genommen, im Widerspruch mit dem St. Gallener Parteitagbeschlusse, eine ganz andere Wahlparole zu proklamieren, und der Parteitag in Halle hat nachträglich mit großer Mehrheit diese Stichwahlparole abgelehnt, die dahin lautete, bei engeren Wahlen für die und die Kandidaten zu stimmen. Damals brachten wir einen Reichstag zusammen, der sehr wenig anders war als der von 1887, dessen erste Handlung war, die Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre zu verlängern und den Ausschluß der Öffentlichkeit bei gewissen Gerichtsverhandlungen zu beschließen. Es wäre eine Torheit, wollten wir uns heute festlegen. Kommt die Zeit, kommt die Stunde, dann werden wir erwägen, was wir zu tun haben, aber durch irgendwelche leidenschaftliche Erregungen lassen wir uns nicht bestimmen. Ganz besonders hat es mich gefreut, daß unter den Rednern, die gegen die Anträge gesprochen haben, und zwar namens ihrer Organisationen, sich auch zwei bayerische Genossen befanden. Ich lege darauf besonderes Gewicht, weil noch vor einigen Tagen Herr Dr. Müller-Meinigen in der bekannten Jirkus-Buch-Versammlung namentlich gegen unsere bayerischen Genossen losgedonnert hat. Herr Müller-Meinigen, der sich gern als einen geistreichen Menschen ausgiebt, und der es auch zu sein glaubt, nachdem der Reichstangler ihn einmal als solchen erklärt hat (Weiterkeit) — der isten sich am Sonntag so sagen: Du bist hier im Jirkus-Buch (Weiterkeit), und Du mußt auch entsprechend reden; denn er hat in der Tat die Rolle eines politischen Clowns gespielt. (Weiterkeit.) Das ist nicht übertrieben. Lesen Sie nur einmal seine Rede. Man sollte es kaum glauben, daß ein ernsthafter Mann solche Rede hält. (Wollmar: Der macht es das ganze Jahr so! Weiterkeit.) Dann hat also das Lokal seinen Einfluß gehabt. (Große Weiterkeit.) Eine mit plumperen Spöken gewürzte Rede als diese habe ich niemals gelesen.) Eine Rede, so oberflächlich und ihrem Inhalte nach unmaß! Er hat in der Rede immer wieder die bayerischen Genossen beschuldigt, als behände ein Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Das hat niemals bestanden, sondern es handelte sich um ein Zusammengehen bei den Wahlen. Dies Zusammengehen war eine Notwendigkeit, das erkläre ich rund heraus. Ich war in vielen Punkten mit den Bayern nicht einverstanden, aber ein Zusammengehen war notwendig, um ein Wahlgesetz zu bekommen. (Sehr richtig!) Nun, nachdem sie das Wahlgesetz haben, hört natürlich jede Beziehung auf, das haben unsere Redner und das haben auch die Redner des Zentrums wiederholt erklärt. Also irgend welche Beziehungen bestehen nicht, ja für die Zukunft ist sogar viel eher ein Bündnis zwischen blau und schwarz als zwischen rot und schwarz möglich. (Sehr richtig!) Herr Müller sollte sich also nur nicht in die Loge des Unentwegten stellen. Was seine Partei auf diesem Gebiete geleistet hat, ist gerade genug. (Behäbige Zustimmung.) Was verschiedene Genossen uns hier geschlocht haben, das kennen wir alle ganz genau, aber trotzdem hat der Parteivorstand seine Wahlparole ausgegeben, und da man hier und da Miene machte, dagegen zu handeln, hat er alles aufgebodet, um die betreffenden Genossen zu bewegen, sich nach der Parole zu richten. Sie wissen ja alle, daß wir uns die größte Mühe gegeben haben, auf unsere wahrheitsbergischen Genossen einzuwirken, sie Kaufmann und Payer zu stimmen. Allerdings muß man zur Entschuldigang anführen, daß die schwäbischen Genossen damals in einer verflucht kümmerlichen Situation waren. Kurz vorher waren die Landtagswahlen gewesen, es war ein Zusammengehen zwischen unseren Genossen und der Volkspartei unter gewissen Umständen vereinbart, ja unsere Genossen haben sogar noch am 7. Februar bei den Landtagswahlen für die Volkspartei gestimmt, um eine konservative Kammer zustande zu bringen. Die Volkspartei, die sich bei den Landtagswahlen unsere Unterstützung gefallen ließ, trat dann auf einmal bei der Reichstagswahl in einer ganz entgegengesetzten Position auf und schloß ein Bündnis mit den Mehrpartien. Daß das zur Erbitterung führen mußte, war klar. Speziell Konrad Kaufmann, einer der Führer der Volkspartei, stand in diesem Bündnis an der Spitze. Ich habe mich damals bereit erklärt, event. nach Stuttgart zu fahren und persönlich meine Auffassungen zu vertreten. Ich habe den Genossen geschrieben: Macht in aller Welt nicht den Fehler, die Parole gegen Kaufmann auszugeben! Ihr habt ein Recht, auf Kaufmann erbittert zu sein, er hat sich zu einem zweiten Eugen Richter entwickelt. (Sehr richtig!) Ich verleihe eure Erbitterung, aber trotzdem wird Kaufmann auf Grund seiner Parteistellung in einer ganzen Reihe von Fragen mit Euch zustimmen müssen! Trotzdem ist die Parole gegen ihn ausgegeben worden, und da hat sich herausgestellt, was sich auch in vielen anderen Fällen herausgestellt hatte: ein ganz Teil der Wähler hat nicht pariert. Warum sollen wir uns durch verkehrte Beschlüsse Niederlagen anseher? Ich rate dringend, von einem derartigen Beschlusse abzusehen.

Ich komme zu einigen Ausführungen, die hier gemacht worden sind. Ragenstein hat auch total mißverstanden, wenn er meinte, ich hätte ausgeführt, der neue Mittelstand müsse uns zusetzen. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur nachgewiesen, wie dieser neue Mittelstand sich immer mehr entwickelt in der Richtung der Proletarier durch die ungeheure Konkurrenz, die auf diesem Gebiete stattfindet. Es ist notwendig, daß wir diese Entwicklung beobachten und anstreben, den Mittelstand zu gewinnen. Daß der Parteivorstand diese Ansicht teilt, mag daraus hervorgehen, daß als der Vorstand in diesem Frühjahr ein Programm aufstellte für die Herausgabe von Flugchriften und Broschüren, die zur Agitation in bestimmten Kreisen dienen sollten, darunter sich auch solche befanden, die sich mit der Stellung der geistigen Arbeiter auch in der Industrie, der Technik, Ingenieure usw. beschäftigten sollen. So viel ich weiß, hat sich bisher niemand gefunden, der eine solche Arbeit übernimmt. Wenn jemand glaubt, eine solche Arbeit übernehmen zu können, so bitte ich, sich zu melden. Aus den Ausführungen Ragensteins möchte der Vorwurf herausgesehen werden, daß wir die sogenannten Intellektuellen aus der Partei hinausweisen oder nicht in ihr haben wollen. Dagegen muß ich aufs allerentschiedenste Verwahrung einlegen. Es gibt keinen in der Partei, dem weniger der Vorwurf gemacht werden kann, daß er die Intelligenz nicht schätze, als mich. Ich habe früher ausgesprochen, daß die Gebildeten, die zu uns kommen, vieles vor den Proletariern voraus haben, da sie eine höhere Schulbildung mitbringen und ein höheres Wissen, mit einer Kenntnis der Dinge, die ein Proletarier sich nur schwer oder gar nicht erringen kann. Auf der anderen Seite haben diese Kreise auch einen großen Mangel, ihnen fehlt die Kenntnis der Arbeiterlage und der Arbeiterverhältnisse, es fehlt ihnen das Massenbewußtsein der Arbeiter, und wir haben leider die Erfahrung gemacht, daß es vielen dieser Männer sehr schwer oder gar nicht möglich wurde, sich da hineinzuarbeiten. Wir haben Fälle gehabt, in denen man dachte, man brauchte nur zu uns zu kommen, und Ehren und Stellungen stiegen einem in den Schoß. Diese Meinung dürfen wir nicht unterstützen. Aber die Leute, die zu uns kommen und sich als tüchtige, brave und brauchbare Genossen erweisen, werden wir mit offenen Armen aufnehmen. Es ist vom höchsten Willen wiederholt so dargelegt worden, als wenn wir die Unintelligentesten aus unseren Reihen verbannten. Ach, wenn es darauf ankommt, dann mag Wilow nur erst bei sich den Anfang machen. (Weiterkeit.) Von einer ganzen Reihe von Fragen verbleibt er uns gegenüber gar nichts, es gibt Fragen, von denen er so gut wie gar nichts weiß. (Sehr richtig!) Man

Hat hingewiesen auf die Lehrer in Frankreich und Belgien, die auf sozialdemokratischer Seite stehen. Ja, haben Sie denn gar keinen Begriff von der Stellung der Lehrer in Belgien und Frankreich. (Sehr richtig!) Was würde deutschen Lehrern passieren, wenn sie offen zu uns kommen würden? Es gibt bei uns nur einen Staat, Hamburg, wo die Lehrer offen erklären können, daß sie zu uns gehören, in jedem anderen Staat würden sie dann einen Fußtritt erhalten. In dem großen Mutterland Preußen ist es soweit gekommen, daß ein Turnlehrer, der sozialistische Gesinnung hat, nicht mehr Turnunterricht geben darf. (Hört! hört!) Wahrscheinlich, reaktionärer kann man doch nicht sein. Es kommt etwas anderes hinzu. In keinem Staate der Welt ist das Drillsystem so zu Hause, wie in Preußen. Daraus kommt die Art der Lehrerausbildung. Wenn der Lehrer in das Leben eintritt, so ist er auf einer großen Anzahl Gebiete noch dämmer, als er in das Seminar hineingekommen ist, und wenn er sich aus den Vorurteilen, die ihm jahrelang im Seminar eingebläut sind, herausarbeiten soll, so ist das eine ganz gewaltige Arbeit. Mir ist in Duzenden von Notizen von Lehrern geschrieben worden: Wie vollständig von Ihren Gedanken überzeugt, wie haben die Literatur gelesen, aber helfen sie uns zu einer unabhängigen Stellung. Wenn die Vorgesetzten nur ahnen, daß wir sozialistische Schriften lesen, so sind wir verloren. In Deutschland ist ein Lehrer Sozialdemokrat und sozialistischer Abgeordneter. Ist denn das bei uns in Deutschland möglich? Glaubt man, daß Professor Müller, wenn er Sozialdemokrat wäre, Bibliothekar der Reichstagsbibliothek sein könnte? (Weiterkeit.) Ich bitte, die ganz anderen Verhältnisse zu berücksichtigen, die in anderen Ländern vorliegen. Es ist vieles wo anders möglich, was bei uns noch nicht möglich ist. Wir arbeiten ja daran, daß auch bei uns möglich wird, was bisher nicht möglich war.

Ich komme zum Genossen Zeller. Er hat auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die von mir gestern entwickelten Ansichten in Bezug auf ein Zusammengehen der christlichen und liberalen Arbeiter mit den sozialdemokratischen, bei den gewerkschaftlichen und sonstigen Kämpfen in die Tat umzusetzen und er meinte, ich sei mir der ungeheuren Schwierigkeiten und namentlich der notwendigen Kleinarbeit nicht bewußt. Ich sehe ja nicht in dieser Agitation, es ist mir unmöglich, da einzugreifen, aber ich verfolge doch die Parteipresse und die Gewerkschaftspresse, und kenne alle die Klagen, die aus den verschiedenartigen Organisationen so häufig ertönen über die Uebel, die aus diesen verschiedenen Organisationen erwachsen. Ich begreife auch, daß ein gewisses Maß von Verbitterung sich da herausgebildet hat. Aber es ist hier auch der Ruse Andas genannt worden, der jetzt auf dem Internationalen Bergarbeiter-Kongress in Salzburg tätig ist. Da sind doch die christlichen Bergarbeiter Deutschlands auch vertreten. (Ruf: Sie wissen auch, warum!) Ja, das sollen die andern auch begreifen, daß sie mit uns zusammengehen müssen. Ich muß Ihnen nicht zu, mit den Führern des Zentrums und der Liberalen zusammenzugehen, wohl aber mit den liberalen Arbeitern und mit den Arbeitern, die dem Zentrum angehängen. Es müßte doch mit dem Zerkel zugehen, wenn das nicht möglich wäre. Sie sind Fleisch von unserem Fleisch und Bein von unserem Bein, und man muß versuchen, ihnen in der geeigneten Weise beizubringen, daß es nicht anders geht, daß sie Sozialdemokraten werden müssen. Das geht nicht von heute auf morgen. Wenn ich einen Mann und eine Frau vor mir habe, die politisch vollständig indifferent sind, so kann ich sie viel leichter gewinnen, als wenn sie eine bestimmte politische Ueberzeugung schon gewonnen haben. Das macht mehr Arbeit. Wir müssen diese Leute aber als Freigeistliche ansehen, nicht als Dumme, sie sind nicht schlechter als unsere Genossen, sie sind von einem Kreise gewonnen worden, wo kluge Leute, sehr geübene Leute sich ihrer bemächtigt haben, und sie sind da in Gedanken angezogen worden, die gegen ihre Interessen sind. Wenn ein Versuch mißglückt, mit diesen Arbeitern in Verbindung zu kommen, dann wird ein zweiter und ein dritter Versuch gemacht. (Sehr richtig!) Dann hat Genosse Laufenberg sich sehr unzutun über den Parteivorstand gedankt und an der engeren Wahlsparole allerlei auszusagen gehabt. Er hat insbesondere vermehrt, daß wir nicht unter den einzelnen Parteien, die unter keinen Umständen von der Sozialdemokratie Stimmen bekommen dürfen, auch das Zentrum angeführt haben. Aus dem Entwicklungsgange des Genossen Laufenberg und aus der Tatsache, daß er hier mit dem Zentrum im Wahlkampf gestanden hat, begreife ich ja seine Haltung, aber er sollte aus dieser persönlichen Erfahrung nicht auf das allgemeine schließen. (Sehr richtig!) Wie war denn die Situation? Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und Welfen waren bei der Wahl die verfeindeten Parteien. Da wäre es doch eine große Kalkulation und Ungeschicklichkeit gewesen, wenn wir eine Partei, die mit uns, wenn auch wider Willen, in die gleiche Kampflinie gedrängt war, vollkommen vor den Kopf gestoßen hätten. Die Entscheidung hat uns auch Recht gegeben. Wir hatten 85 Stichwahlen auszufechten und sind in 14 siegreich geblieben; von diesen haben wir 12 dem Zentrumsarbeitern zu verdanken, die auf unsere Seite traten, und zwar gerade auch in zwei rheinisch-westfälischen Wahlkreisen, Dortmund und Duisburg, da hätten wir also mit einer Wahlsparole, wie Laufenberg sie empfahl, und recht geschicklich in die Wahlen gesetzt. Man denke also doch etwas weiter und nicht bloß an die Verhältnisse in einem Bezirk. Wenn Laufenberg mit Recht darauf hingewiesen hat, daß das Zentrum bei der ganzen reaktionären Gesetzgebung der letzten 10, 15 Jahre beteiligt war, dann habe ich das gestern selbst betont, aber es muß doch auch konstatiert werden, daß das Zentrum nicht aus Herzensbedürfnis, sondern aus Rücksicht auf seine Arbeiterwähler gezwungen war, bei der Ruchhausvorlage auf unserer Seite zu kämpfen. Welche Gefahren im übrigen das ganze Wesen des Zentrums für die kulturelle Entwicklung mit sich bringen, wissen wir ja alle, also Vorsicht braucht man uns da nicht zu empfehlen.

Genosse Laufenberg hat uns dann weiter empfohlen, im Reichstag und sonst ruppiger zu werden. Diese Empfehlung ist nicht neu, sie wird uns zum dritten Male gegeben, aber weil sie dreimal wiederholt wurde, ist sie deswegen nicht vernünftiger geworden. (Sehr gut!) Zum ersten Male wurde sie uns auf dem St. Gallener Parteitag durch unseren Pfalzgrafen gegeben. (Große Heiterkeit.) Er hat: Da war sie aber auch notwendig! (Erneute Heiterkeit.) Was Du sagst, ist immer notwendig. (Weiterkeit.) Ob es richtig ist, ist eine andere Frage. Wir haben damals von Herzen darüber gelacht, aber befolgt haben wir die Parole nicht. (Gehört: Doch!) Du hast sie ja später im bayerischen Landtag selbst nicht befolgt. (Gehört: Da war sie nicht mehr zeitgemäß! — Weiterkeit.) Nun ja, wir wissen ja, daß Du ein gescheiter Kerl bist, der sich den Umständen anpaßt. (Erneute Heiterkeit.) Das zweite Mal kam die Empfehlung von dem Genossen Stadthagen, glaube ich. (Ruf: So! Freiwaldi-Bankow.) Nun da wurde weniger gelacht, aber befolgt haben wir sie auch nicht. Heute ist sie nun zum drittenmal von Laufenberg gegeben, da hat niemand mehr gelacht, aber er hat auch keinen Beifall bekommen. Das beweist am besten, daß wir eben mit den Jahren allseits gescheiter werden. (Heiterkeit und Sehr gut!) Also das Rezept ist leicht gegeben, aber es zu befolgen, lehnen wir ab. Wenn wir recht ruhig wären, dann können wir ja zuletzt auf die Stufe des Reichstagsverbandes, auf die Kampfmethode unserer Gegner. (Sehr richtig!) Dafür danken wir. Wenn wir uns über etwas beschwerten, so wollen wir es nicht selbst nachmachen. (Lebhafte Zustimmung.) Je ruppiger die Gegner werden, desto anfälliger zu sein wollen wir und bemerken, wir werden in letzter Linie dabei doch die Sieger bleiben. (Erneute lebhaft Zustimmung.) Nicht das Schimpfen, nicht das Ruppigsein, nicht das Witzgebühnen, sondern die Sache, sondern die Güte und Fortschrittlichkeit der Gründe. (Sehr richtig!) Und ich behaupte, gegen unsere Gründe kann niemand ankämpfen. Also diese Methode befolgen wir nicht.

Der Genosse aus Nierlohn meinte dann, er wolle mit ein wenig ins Gewissen reden. Ich gebe zu, daß es manchmal notwendig ist,

(Heiterkeit.) Ich bin auch in der glücklichen Lage, ein Gewissen zu besitzen. Er hat Bezug genommen auf eine Rede von mir vom Jahre 1881 im Reichstag über den Atheismus, das werde den Genossen in der Agitation sorgfältig vorgehalten. Ja, Parteigenossen, das ist richtig, aber das zeigt einmal wieder, daß, trotzdem mittlerweile ganz andere Meinungen vorliegen, man das Material nicht kennt, da es eine derartige Anklage widerlegt. Zunächst ist einer der klarsten Gründe dagegen, die ich duzendmal selbst auch in Zentrumswahlkreisen angeführt habe: Ich bin Atheist, und ich glaube wohl, auch das Recht zu haben, als Privatperson für den Atheismus Propaganda zu machen, für meine Ueberzeugung, daß die zukünftige Entwicklung auf dem Gebiete dessen, was man Religion nennt, der Atheismus sein wird. Ich kann ja irren, aber es ist meine Ueberzeugung. Im übrigen haben wir stets durch unsere Tätigkeit bewiesen, daß es keine tolerantere Partei gibt, als uns Sozialdemokraten, die wir vollständige Meinungsfreiheit auch in religiösen Fragen vertreten. Das haben wir gerade dadurch auch bewiesen, daß wir das Jesuitengesetz vom ersten Tage bekämpft haben und mit zu seinem Sturze beigetragen haben. Wir haben uns da ganz anders gehalten wie die Christen, die teilweise für das Jesuitengesetz eingetreten sind. Wir sind immer für absolute religiöse Freiheit eingetreten. Ich weise auch darauf hin, daß meine Stellung zu dieser Frage sehr deutlich und prinzipiell im Münchener Parteiprotokoll auf Seite 244 wiedergegeben ist. Vielleicht nimmt nunmehr die Parteikorrespondenz auf diese Stelle Bezug und bringt sie zum Abdruck für das Agitationsmaterial. In München war es der frühere Genosse Weller, der sich auf den Ausspruch Voltaires bezog: „L'erreur a le droit!“ d. h. Verurteilen wir die Kirche, die infam! Darauf antwortete ich: Das sollte eine schöne Sache werden, wenn ein solcher Wahlspruch der Wahlspruch der sozialdemokratischen Partei würde. Weller hat im Eingang seiner ersten Rede ausdrücklich erklärt, es sei notwendig, die Widersprüche innerhalb der kirchlichen und religiösen Anschauungen darzulegen, d. h. mit anderen Worten — das hat auch Voltaire ganz richtig hervorgehoben — Weller verlangt, wir sollten uns in eine Art Kulturkampf einlassen. Unsere Partei würde dabei vollständig ihren Charakter abstreifen und wir würden eine Art kirchliches Konzil werden. Das hat gegen den Wortlaut unseres Programms verstoßen, das kann doch niemand zweifelhaft sein. „Religion ist Privatangelegenheit.“ — Das steht nicht in unserem Programm, weil es selbstverständlich ist, und zwar deshalb selbstverständlich, weil nirgends im Programm gesagt wird, daß wir nach der religiösen Ueberzeugung eines Parteigenossen fragen. Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Materialist und Atheist sein, das geht keinem Menschen innerhalb der Partei etwas an. Nur wenn er für seine religiöse Ueberzeugung als Sozialdemokrat Propaganda machen will, treten wir ihm energisch entgegen, denn dann berührt er den für uns selbstverständlichen Grundsatz: „Religion ist Privatangelegenheit.“ (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Stelle kommt in kurzen Agitationsreden vor, und wenn Euch dann gesagt wird, aber Weller hat doch damals das und das gesagt, dann erwidert: Aber was hat er 1902 gesagt? Da ist er soviel älter und soviel gescheiter geworden. (Große Heiterkeit.) Im übrigen bitte ich Euch, alles abzulehnen, was der Partei zum Schaden gereicht, und dazu gehören die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge. (Großer Beifall.)

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Anträge 40 bis 55 und 50.

Der Antrag, das Referat Weller zu drucken und zu verbreiten, wird angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Singer schlägt vor, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nicht in die Beratung der Alkoholfrage einzutreten, sondern den Bericht der Kommission über das Nachrichtenbureau entgegenzunehmen.

Thiele-Halle widerspricht diesem Vorschlag. Es würde dadurch, daß wir in letzter Minute in einen so wichtigen Punkt eintreten, eine eingehende Debatte nicht mehr möglich sein. Ich würde vorschlagen, für heute Schluss zu machen.

Singer: Die sogenannte letzte Minute, von der der Vorredner spricht, umfaßt ¼ Stunden. (Weiterkeit.) Wir können doch, wenn wir heute das Referat entgegennehmen, immer noch morgen die Verhandlungen darüber fortsetzen. Es liegt kein Anlaß vor, mit der Zeit des Parteitages so verschwenderisch umzugehen. (Allseitige Zustimmung.)

Der Vorschlag von Singer wird angenommen.

Namens der Kommission referiert

ParteiSekretär Müller-Verlin:

Die Kommission hat zunächst eine Generaldiskussion vorgenommen, die die ganze erste Sitzung in Anspruch nahm. Es wurden alle Punkte gründlich erörtert, die ich in meinem Referat vorgetragen habe und ebenso wurde alles, was in der Prekopolitik gesagt ist, besprochen. Man war sich in der Kommission vollständig darüber einig, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um unserer Parteipresse eine bessere Ausnutzung der technischen Einrichtungen zu ermöglichen, um sie so konkurrenzfähig zu machen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Insbesondere war man sich darüber einig, daß der Nachrichtenendienst, soweit politische, wirtschaftliche und soziale Nachrichten in Frage kommen, besser als bisher ausgenutzt werden kann. Es wurden auch die Gründe erörtert, die unsere Presse weniger konkurrenzfähig erscheinen lassen; es wurde darauf hingewiesen, daß der Parteipresse zum großen Teil der nötige Redaktionsstab mangelt! Ich habe das schon neulich ausgeführt, möchte es aber heute ausdrücklich noch einmal betonen, damit nicht etwa der Eindruck entsteht, als ob nach Einrichtung des Nachrichtenbureaus überschüssige Kräfte in den Redaktionen vorhanden sind. Davon kann gar keine Rede sein, das Nachrichtenbureau ist nur ein Hülfsmittel für die Presse. Es ist in der Kommission auch die Frage erwogen, ob die ganze Vorlage nicht noch Zeit hätte. Zu meiner großen Freude kann ich konstatieren, daß man mit allen gegen 3 Stimmen der Meinung war, daß bereits auf diesem Parteitag etwas geschaffen werden muß. Man war ferner der Ansicht, daß man nicht irgend etwas im Anschluß an den „Vordrucks“, kein Plakat, sondern etwas Ordentliches schaffen müsse. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß andere politische Parteien sich schon längst solche Institute geschaffen haben und daß auch das ein Grund sei, schon jetzt ohne Aufschub mit der Errichtung des Bureaus vorzugehen.

Ich komme nun zu den Einzelheiten des Statuts. Als Namen haben wir „Prehbureau“ gewählt. Dies Wort hat ja viel leicht, seitdem es im Zusammenhang mit der Wilhelmstraße und dem Alexanderplatz gebraucht wird, einen wenig guten Klang (Sehr richtig!), aber wir haben darauf keine Rücksicht zu nehmen; das Wort ist jedenfalls treffender, als das Wort „Nachrichtenbureau“. § 2 setzt die Aufgaben des Bureaus fest. Statt Erlangung wichtiger Nachrichten haben wir gesagt: Uebermittlung. In dem Wort „Erlangung“ glaubte man ja, liege alles mögliche, was tatsächlich gar nicht darin liegen sollte. Es ist doch selbstverständlich, daß man Nachrichten, die man übermitteln will, vorher erlangt haben muß, aber um auch hier den Widerstand zu brechen, haben wir uns mit dem „Uebermittlung“ einverstanden erklärt. Ebenso haben wir im zweiten Absatz statt „Sammlung“ gesagt „Beschaffung“. Es wurde eingewendet, daß das Wort „Sammlung“ einen gewissen archaischen Klang hat, während es sich doch für uns und um die Bearbeitung aktuellen statistischen und geschäftlichen Materials handelt. In den Worten „an die Parteipresse“ und „für die Parteipresse“ kommt zum Ausdruck, daß das Institut ein obligatorisches ist und daß das Material der gesamten Presse zuzugehen hat. Damit ist keineswegs ein Benutzungszwang für die einzelnen Parteipresseblätter ausgesprochen; sie haben die Freiheit, das Material zu benutzen, was sie für notwendig halten. Auch die Blätter, die keinen telephonischen und telegraphischen Dienst beanspruchen, sollen das Material er-

halten, damit sie kontrollieren können, was das Bureau überhaupt für die Parteipresse leistet. Ganz selbstverständlich muß sowohl ein Vormittags- wie ein Nachmittagsdienst eingerichtet werden, weil die Bedürfnisse unserer Parteipresse verschieden sind. Der erste Satz des § 3 wurde für überflüssig gehalten, wir haben ihn aber hineingeschrieben, damit zum Ausdruck kommt, daß tatsächlich etwas Neues geschaffen werden soll. Es sollen nicht etwa nur Berliner Nachrichten übermittelt werden, sondern es soll überhaupt ein Nachrichtenendienst eingerichtet werden.

Es ist weiter gesagt, daß die Lieferung politischer Zeitartikel und die Behandlung parteipresser und parteipresser Fragen von der Tätigkeit des Bureaus ausgeschlossen ist. Damit ist ganz deutlich ausgedrückt, daß das Bureau keine offizielle Meinungs-fabrik sei, daß das Material nicht zu Artikeln bearbeitet werden, mit anderen Worten, daß alles geigen werden soll, um die Schaffung einer Normalpresse für die Partei zu verhindern. Die Selbständigkeit der Redaktionen soll so viel wie möglich gewahrt und der Presse nur das Rohmaterial übermittelt werden. Ein Mißbrauch des Bureaus ist nach der von uns gefundenen Fassung ausgeschlossen, das Bureau soll eine Waffe sein im Kampfe gegen unsere Gegner, aber zu inneren Parteifragen hat es keine Stellung zu nehmen. In erster Linie sollen tatsächliche Nachrichten übermittelt werden. — Es ist bezweifelt, daß man sich tatsächlich Material überhaupt ohne jede Färbung zusammenstellen kann. Ich habe bereits am Montag gesagt, daß es sich nicht darum handeln kann, nur ganz rohe nackte Tatsachen zu übermitteln. Vielleicht ist es am richtigsten, daß wir das Wort „Nachricht“ in diesem Zusammenhang vermeiden, daß wir zwar zugeben, daß das Material ausgedacht und gesichtet werden muß nach sozialdemokratischen Grundsätzen, daß aber kein gefärbtes, sondern nur montiertes Material der Presse zugehen soll. Im übrigen wird ja auch durch die Kritik, die gegenüber dem Bureau täglich einsehen wird, verhindert werden, daß irgend welcher Mißbrauch, selbst wenn er versucht werden sollte, getrieben werden könnte.

Von der ursprünglichen Absicht, auch im Ausland einen Berichtsdienst einzurichten, haben wir Abstand genommen; wir halten es für notwendig, zunächst einmal einen gut funktionierenden Nachrichtenendienst über ganz Deutschland zu bekommen; später können wir dann auch an ausländische Berichtsdienste denken. — Die §§ 4 und 5 sind nur redaktionell geändert. Es wurden Bedenken dagegen erhoben, ob es genügt, wenn der Beirat aus 5 Redakteuren besteht. Wir haben uns entschlossen, es bei der Zahl von 5 zu lassen; wir glauben, daß es auch dann möglich sein wird, sowohl die größere als auch die kleinere und die kleine Presse zu berücksichtigen. Der Parteivorstand hat ja immer noch das Recht, weitere Genossen mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Außerdem werden selbstverständlich auch in Zukunft solche Redaktionskonferenzen stattfinden, wie die vom 1. und 10. März, die für die Partei ein fruchtbares Ergebnis gezeigt hat. Wir glauben, daß die Einrichtung des Bureaus es notwendig macht, öfter solche Konferenzen einzuberufen. Wir sind andererseits aber auch der Meinung, daß es nicht angeht, sich in die Statuten des Prehbureaus zum Ausdruck zu bringen. Denn solche Redaktionskonferenzen haben sich ja noch mit anderen Fragen zu befassen als speziell mit Angelegenheiten des Prehbureaus. § 6 ist unbedeutend geblieben. Den ursprünglichen § 7 haben wir als überflüssig gestrichen. Bei der Beratung von § 8 hat ein Teil derer, die schon früher diesen Standpunkt vertreten haben, sich wieder dafür ausgesprochen, daß der Beirat von den Redakteuren selbst gewählt werden soll. Die Mehrheit der Kommission hat sich dem nicht angeschlossen. Es ist nicht so leicht, aus den Redakteuren heraus einen solchen Beirat zu wählen. Es könnte ja eine Wahlmännchen vorgenommen werden. Aber die gibt doch nicht die Gewähr, daß wir dann diejenigen Genossen in den Beirat bekommen, die wir für notwendig halten. Dazu kommt, daß eine Organisation der Redakteure, die die Wahl vornehmen könnten, ja gar nicht vorhanden ist.

Darüber, ob der Beirat vom Parteitag gewählt werden könnte, ließe sich ja reden; aber die Mehrheit der Kommission hielt es für das Zweckmäßigste, wenn er vom Parteivorstand gewählt wird. Der § 8 ist mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen worden. — § 9 regelt die Kostenfrage. Es heißt da, daß die Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Man hat gesagt, daß dieser Begriff etwas vieldeutig ist, aber die Kommission hat sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, diese Worte stehen zu lassen. Sie war der Ueberzeugung, daß die Finanzierung des Instituts gar nicht so schwer ist. Unter den selbständigen Blättern der Partei befinden sich mindestens 25, die heute schon in der Lage sind, einen wesentlichen Beitrag zu den Kosten des zukünftigen Bureaus zu leisten, und unter den anderen gibt es noch eine große Zahl, die sich mit kleineren Beiträgen beteiligen können. Wenn einmal der Parteitag als höchste Instanz der Partei die Einrichtung eines Bureaus beschlossen hat, dann werden wir über die Frage der künftigen Finanzierung leicht hinwegkommen. Neu ist der erste Satz, wonach die Kosten der ersten Einrichtung von der Parteikasse getragen werden sollen. Die laufenden Kosten werden selbstverständlich unter Zuhilfenahme der Zentralkasse nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit verteilt. Das Wort „Beihilfe“ vor Parteipresse haben wir gestrichen in Konsequenz des Beschlusses, wonach das Institut obligatorisch sein soll. Einig war man sich darüber, daß es nicht angeht, auch die Kosten für Telegramme und Telefon auf die Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu verpartieren, sondern daß die Parteipresse, die diesen Dienst beanspruchen, die Gebühren selbst zu erstatten haben.

Also das Nachrichtenbureau soll ein Institut sein, das uns Waffen im Kampfe gegen unsere Gegner liefert. Darüber war die Kommission sich einig, und sie war sich auch darüber einig, daß gerade in den Tagesfragen der Politik, die unseren Gegnern gegenüber eine Rolle spielen, die Parteigenossen fast durchweg einer Meinung sind. Wenn das aber der Fall ist, dann liegen Bedenken gegen das Bureau, bis zu dessen Inkrafttreten ja noch monatelange Vorarbeiten nötig sind, nicht vor. Das Statut ist in der Kommission in der Gesamtabstimmung mit 14 gegen 1 Stimme angenommen, und ich kann nur wünschen, daß auch der Parteitag in seiner über-großen Mehrheit ihm die Zustimmung gibt und auf diese Weise dafür sorgt, daß unsere Presse, unsere stärkste und beste Waffe, so ausgeschaltet wird, daß sie den bürgerlichen Blättern gegenüber noch viel mehr leisten kann, als es heute der Fall ist. (Beifall.)

Die Debatte über den Bericht wird auf Freitag vertagt.

Zu einer Mitteilung für die Kontrollkommission erhält das Wort

haben: Die Kontrollkommission hatte sich heute noch mit einer Angelegenheit zu beschäftigen. Gegen den Genossen Dölle in Bezug auf die Anklage des unbefähigten Benehmens und Handelns gegen Parteigenossen erhoben. Es sagte ein Schiedsgericht, das ihm eine scharfe Rüge erteilt, aber von einem Ausschluss aus der Partei abgesehen hat. Hiergegen wandte sich der sozialdemokratische Beirat in Reich. Die Kontrollkommission hat nach eingehender Prüfung die Berufung gegen das Urteil des Schiedsgerichts verworfen, gleichzeitig aber ausgesprochen, daß sie gleich dem Schiedsgericht das Verhalten des Genossen Dölle aufs schärfste beurteilt, den festgestellten Tatbestand aber nicht als hinreichend zum Ausschluss aus der Partei erachtet.

Die Sitzung wird um 1 Uhr geschlossen.

Die Nachmittags-sitzung fällt aus.

Soziales.

Das „gesundeste“ Land.

Nützlich ging durch die Parteipresse eine Notiz, in welcher auf Grund einiger Zahlen über die Sterblichkeit behauptet wurde, daß in allen Kulturländern in den letzten Jahrzehnten eine Abnahme der Sterberate stattgefunden habe. So starben z. B. im Durchschnitt der Jahre 1881/85 von je 1000 Einwohnern des Deutschen Reiches 25,8, im Durchschnitt der Jahre 1901/05 aber nur 19,9.

Danach habe eine Abnahme der Sterblichkeit um 22,9 Proz. stattgefunden. — Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Aber es gehört nicht allzubiell Logik dazu, einzusehen, daß die oben erwähnte Behauptung falsch ist. Das erkennt man ohne weiteres, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Faktoren denn eigentlich für den Bestand einer Bevölkerung in Betracht kommen. Die Zahl der vorhandenen Personen in einem begrenzten Gebiete wird beeinflusst von drei solchen Faktoren, von der Zahl der Geburten, der Zahl der Sterbefälle und von der Größe der Ein- und Auswanderung. Bringt man einen von diesen Faktoren mit der Gesamtzahl in Beziehung, so muß man auch die anderen Faktoren berücksichtigen. Hiergegen wird in der unverantwortlichsten Weise gesündigt. Behalten wir unser obiges Beispiel bei, so kann z. B. der scheinbare Rückgang der Sterblichkeit verursacht sein durch ein Anwachsen der Geburtenziffer. Ist 1901/05 die Geburtenziffer verhältnismäßig höher gewesen, so wird der Gesamtbestand der Bevölkerung in Deutschland während dieser Zeit ein ganz anderes geartet als in der früheren Periode, weil er in bezug auf die Lebensalter der Einzelpersonen ganz anders zusammengesetzt ist. Hat gar die Erhöhung der Geburtenziffer in der Zwischenzeit zwischen den beiden Perioden angehalten, so tritt das noch schärfer hervor. Dann setzt sich die Bevölkerung in der zweiten Periode in viel höherem Maße aus jüngeren Personen zusammen als früher. Jüngere Personen sterben aber nicht so leicht wie alte, so daß also die Sterberate verhältnismäßig hinabgedrückt wird. In Wirklichkeit ist das aber nicht hervorgerufen dadurch, daß weniger Menschen sterben und mehr älter werden, sondern die Verringerung der Sterberate beruht ganz und gar auf der erhöhten Geburtenzahl, ist also in diesem nur als Beispiel aufzufassenden Falle rein rechnerisch!

Der ganze Vorgang kann sich aber auch noch anders abspielen. Ist z. B. die Geburtenziffer in der zweiten Periode größer als in der ersten, dann sind in dieser Periode sehr viel kleine Kinder in den ersten Lebensjahren vorhanden. Nun ist das Leben der Säuglinge bekanntlich besonders leicht gefährdet. Wird also durch irgendwelchen Umstand, z. B. einen besonders warmen Sommer, die Säuglingssterblichkeit stark erhöht, so kann es kommen, daß trotz der erhöhten Geburtenzahl doch mehr Personen sterben als in der ersten Periode. Man erfährt also, daß sowohl der eine wie der andere Fall eintreten kann, daß man also aus einer verhältnismäßig erhöhten Sterbeziffer noch lange nicht auf einen Rückgang der Sterblichkeit schließen darf, ebensowenig wie man das umgekehrte tun darf.

In gleicher Weise kann man zeigen, welchen Einfluß die Wanderungen auf die Sterblichkeitsverhältnisse ausüben. Die Statistik der Wanderungen zeigt stets, daß es vornehmlich die kräftigeren Elemente, die Personen in den vollkräftigen Jahren sind, die an den Wanderungen beteiligt sind. Das ist ja auch ganz erklärlich. Ein alter Mann wird sich nicht leicht entschließen, sich auf seine alten Tage noch eine neue Heimat zu suchen; der Entschluß, alle die Widerstände der Wanderung zu überwinden, wird den jüngeren und kräftigeren Personen leichter fallen. Alle Personen werden meist nur im Familienverbande auswandern. Ein Land nun, welches starke Auswanderung zeigt, verliert mithin gerade viele Elemente seiner Bevölkerung, die im vollkräftigen Alter stehen, während die alten Personen zurückbleiben. Die alten Personen sterben natürlich viel leichter als die jüngeren, mithin wird die Sterberate der zurückbleibenden Bevölkerung erhöht, es werden von 1000 der zurückgebliebenen Personen viel mehr sterben als gestorben wären, wenn nicht so viele kräftige Personen weggewandert wären. In Wirklichkeit braucht aber der Gesamtbestand der durch Wanderung verlassenden Landes durchaus nicht eine besonders hohe Sterblichkeit innewohnen!

Besehen wir die andere Seite, nämlich das Land, das durch Wanderungen vornehmlich gewinnt. Solch Land erhält andauernd einen starken Zufluß von Personen im vollkräftigen Lebensalter; bei ihm sind stets verhältnismäßig wenig sehr alte Personen vorhanden und meist auch verhältnismäßig wenig Kinder, immer weniger, als der Bevölkerung dieses Landes zuläße, wenn sie allein durch sich wüchse, also weder Ein- noch Auswanderung zeigt. Die geringere Zahl der alten Leute bewirkt also schon ein Hinabgehen der Sterblichkeit, die geringere Zahl der Säuglinge bewirkt ein gleiches, so daß aus diesem doppelten Grunde die Sterblichkeit geringer sein wird, obwohl sie es vielleicht aus anderen Gründen wieder nicht zu sein braucht.

Die Sterblichkeit kann also schwanken durch die verschiedenartigsten Umstände. Wir haben bisher von den Einzelfaktoren immer nur je einen berücksichtigt und fanden, daß sich schon aus den einfachen Zahlen der Sterberate nicht erschließen läßt, ob die Sterblichkeit eines Landes tatsächlich gestiegen oder gefallen ist. Wie wird es nun erst, wenn beide Ursachen zusammenwirken, wie das doch immer der Fall ist, wenn auch der eine hier mehr bevorzugt wird wie dort? Es ist daher gänzlich unwissenschaftlich und praktisch untunlich, mit solchen Zahlen zu operieren; man sollte endlich etwas gewissenhafter mit statistischen Zahlen umgehen, namentlich bei uns in der Parteipresse. Zwar ist die bürgerliche Presse durchschnittlich nicht umstände, solche Mängel zu entdecken, aber das genügt für uns nicht. Wir müssen unter allen Umständen mit unseren Waffen tadellos dastehen.

Man wird nun fragen, wie es besser zu machen sei. Darauf muß hier leider die wenig tröstliche Antwort gegeben werden, daß bei uns das notwendige Material nicht in der Weise bereitgestellt ist, wie es für solche Zwecke nötig ist. Die Zahlen müssen nämlich durch sachkundige Behandlung erst zurechtgemacht werden, wenn man einwandfreie Schlüsse in bezug auf die Sterblichkeit der Bevölkerung aus ihnen ziehen will. Das geschieht durch die Aufstellung von Sterbetafeln, wie solche von Prof. Boeckh, dem früheren Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin aufgemacht worden sind, und nach ihm von Prof. Reibts für Charlottenburg. Für das ganze Reich hat der erste Direktor des kaiserlichen statistischen Amtes, Prof. Karl Beder, für die Jahre 1871/1880 eine solche Sterbetafel hergestellt; seit seinem Weggange aber hat dieses Amt keinen sachverständigen Beamten dafür mehr gehabt. Der kürzlich zum Leiter der Reichsbevölkerungsstatistik berufene Prof. Reibts soll nun eine neue Sterbetafel bearbeiten. Hoffentlich geschieht das in recht kurzer Zeit, denn das Bedürfnis ist darauf schon seit Jahrzehnten vorhanden. Räuschen doch jetzt die deutschen Versicherungsgesellschaften zu ausländischen Sterbetafeln greifen, um für ihre Zwecke zahlenmäßige Unterlagen zu gewinnen. Anhaltspunkte für die Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse ohne Sterbetafel bieten eine unsichere Basis.

In der eingangs erwähnten Notiz wird als das „gesündeste Land“ Neuseeland hingestellt, weil dort die Zahl der von je 1000 Einwohnern gestorbenen Personen nur 9,9 beträgt, während das eine Mittelstellung einnehmende Deutschland 18,9 aufweist und in Ungarn 26,2 von je 1000 Einwohnern sterben. Schlagen wir in dem offiziellen statistischen Jahrbuch 1906 für Neuseeland nach, so finden wir, daß am 31. Dezember 1905 dort eine Bevölkerung von 882 462 Personen vorhanden war, die im Jahre 1906 um 24 023 Personen, also um 2,71 Proz. gewachsen ist. Dieser Zuwachs wurde herbeigeführt durch den Geburtenüberschuß, d. i. die überwiegende Zahl der Geburten über die Sterbefälle, und durch den Ueberschuß der Einwanderung über die Auswanderung. Ersterer betrug 15 021 Personen, letzterer 902. Die Bevölkerung wuchs also zu fast zwei Fünfteln durch Einwanderung. Dadurch wird nach unseren Darlegungen die Sterberate stark herabgedrückt, sobald die Sterblichkeit in Neuseeland außerordentlich gering zu sein scheint. Einen Schluß auf die gesundheitslichen Verhältnisse dieses Landes läßt sich daraus natürlich nicht ziehen. Das tut jene Notiz aber doch, indem es dort heißt: „Ein in diesem Lande Geborener hat die Aussicht, doppelt so alt wie ein Bewohner Deutschlands und fast dreimal so alt wie ein solcher des schönen Ungarlandes zu werden. Neuseeland kann also als das gesündeste Land betrachtet werden, wovon alle, die ihr Leben sehr lieb haben, Kenntnis nehmen sollten.“ In Deutschland pflegen wir bei jeder Volkszählung an ein halbes Hundert hundertjähriger festzustellen. Diese sollten also nach Neuseeland gehen, denn dort würden sie

nach jener Notiz mindestens 300 Jahre alt, und ein gewöhnlicher Sechzigjähriger bei uns, deren wir bei jeder Volkszählung mehrere Hunderttausende zählen, würde dort schon das stättliche Alter von circa 200 Jahre erreichen, und zwar sicher!

Wem gehört das Geld?

Wenn sich Prinzipal und Filialleiter wegen Nichtstimmens der Kasse streiten, so geschieht das in den weitaus meisten Fällen, weil ein Konto vorhanden ist. Gestern ereignete sich aber der seltene Fall vor der vierten Kammer des Kaufmannsgerichts, daß wegen eines Kassenüberschusses von 461 M. ein Rechtsstreit entbrannte. Der Schuhwarenhandl. Franz Bodszuski unterhielt in Brandenburg a. S. eine Filiale, der die Filialleiterin Emma St. Vorstand. Am 1. Juli d. J. sollte die Filiale aufgelöst werden, und es wurde zu diesem Zwecke zwischen dem Chef und der Filialleiterin gemeinsam der Kassenbestand festgestellt. Hierbei ergab sich die überraschende Tatsache, daß 461 M. mehr in der Kasse waren, als nach den Büchern hätte vorhanden sein müssen. Nach diesen Resultate trat sofort jeder mit der Behauptung hervor, das Geld gehöre ihm, und da man sich nicht einigen wollte, verklagte die Filialleiterin den Schuhwarenhandl. auf Herauszahlung der 461 M. Sie erklärte in der gestrigen Verhandlung das Kassenplus damit, daß sie wegen der häufigen Wechseln ihr eigenes Geld mit dem Gelde der Geschäftskasse habe vermengen müssen und sie führt auch dafür die beiden Verkäuferinnen als Zeuginnen an. Der Prinzipal dagegen behauptet, er habe wiederholt mehr Ware der Klägerin geschickt, als er ihr auf Rechnung setzte, nur um ihre Ehrlichkeit zu prüfen. Diese Behauptungen hätten sich bis auf die überraschende Summe angehäuft, so daß das Geld ihm und nicht der Klägerin gehöre.

Der Vorsitzende rief dem Beklagten, den Streit durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Seine Darlegungen hätten insofern wenig Bahrscheinlichkeit für sich, als die Klägerin, wenn sie hätte unehrlich sein wollen, das Geld hätte längst aus der Kasse entnommen können. Da aber seitens des Beklagten eine Einigung abgelehnt wurde, so kam das Gericht zur Abweisung der Klägerin wegen sachlicher Unzuständigkeit des Kaufmannsgerichts. Der Anspruch der Klägerin entspringe nicht aus dem Dienstverhältnis, sie müsse somit ihre Klage beim Landgericht anhängig machen.

Heimarbeiterin oder Hausindustrielle?

Die Krankenversicherungspflicht ist in Halle a. S. gemäß § 2 Absatz 4 des Krankenversicherungsgesetzes auf die Hausindustrie ausgedehnt, indem ein entsprechendes Ortsstatut erlassen wurde. Das Ortsstatut bestimmt unter anderem, daß die durch § 40 des Gesetzes sonst den Arbeitgebern zukommende Pflicht zur An- und Abmeldung bei der Krankenkasse von den versicherungspflichtigen selbständigen Hausgewerbetreibenden in deren Auftrage und für deren Rechnung sie mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt würden. In dem Strafverfahren gegen Strumpf, den Inhaber einer Kunstblumenfabrik zu Halle a. S., stand nun die Frage zur Entscheidung, ob diese Bestimmung gültig wäre und worin sich eine Hausgewerbetreibende im Sinne des Ortsstatuts beziehungsweise des § 2 des Gesetzes von einer Heimarbeiterin unterscheidet. Ihm wurde nämlich vorgeworfen, eine Heimarbeiterin, zu deren Anmeldung er verpflichtet gewesen wäre, nicht zur Krankenkasse angemeldet zu haben. Er dagegen erklärte die betreffende Frau für eine selbständige Hausgewerbetreibende, die sich nach dem Ortsstatut selbst hätte bei der Kasse anmelden müssen.

Es wurde gerichtlich festgestellt, daß die Frau in ihrer eigenen Wohnung für Strumpf Papiermannschaften anfertigte, wozu sie das Material von ihm erhielt. Sie arbeitete nach ihrer Bekundung nur, wenn es ihr Haushalt gestattete. Mandmal zog sie ihre Kinder mit zur Arbeit heran. An eine bestimmte Lieferzeit war sie nicht gebunden. Für andere Firmen arbeitete sie nicht.

Das Landgericht Halle als zweite Instanz sprach den Angeklagten Strumpf frei und führte aus: Die Versicherungspflicht der Hausindustriellen gemäß § 2 Nr. 4 des Gesetzes sei nur nach dem Ortsstatut und seinen Vorschriften zu beurteilen. So sei auch die Anmeldepflichtung des Ortsstatuts maßgebend. Die Verpflichtung des Angeklagten zur Anmeldung der Frau müsse verneint werden. Auf Grund der obigen tatsächlichen Feststellungen könne die Frau nicht als Heimarbeiterin angesehen werden. Sie sei vielmehr eine selbständige Hausindustrielle, der es nach dem Ortsstatut oblag, sich selbst anzumelden. Der Fabrikant Strumpf sei deshalb freizusprechen.

Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein und der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht schloß sich dem Rechtsmittel an: Es frappt, meinte er, daß die Frau als selbständige Hausgewerbetreibende angesehen worden sei. Die Tatsachen lägen doch hier so, daß sie nach dem allgemeinen Sprachgebrauch als Heimarbeiterin anzusehen wäre. Die Sache habe größere Bedeutung. In der Stadt Halle beständen allein 49 verschiedene Krankenklassen.

Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision der Staatsanwaltschaft und erklärte die Preisprechung für gerechtfertigt. In der Begründung wurde gesagt: Die Unterscheidung zwischen einer selbständigen Hausgewerbetreibenden und einer Heimarbeiterin sei schwierig und die Entscheidung der Frage liege im Einzelnen hauptsächlich auf tatsächlichen Gebiete. Eine ganze Reihe tatsächlicher Momente kämen in Betracht. In erster Linie spiele eine Rolle das Moment der persönlichen Abhängigkeit. Als Heimarbeiterin werde eine im eigenen Heim tätige Arbeiterin angesehen sein, wenn seitens des Auftraggebers eine intensivere Kontrolle stattfinde, namentlich über die Ausführung der Arbeit und über die Zeit der Ablieferung usw. Wenn z. B. bestimmte Liefertermine innegehalten werden müßten und der Auftraggeber darauf sehe, daß regelrecht für ihn gearbeitet werde. — Dagegen handle es um eine selbständige Hausgewerbetreibende, wenn eine solche persönliche Abhängigkeit fehle. — Im vorliegenden Falle habe nun das Landgericht festgestellt, daß die Frau die Arbeit nur machte, wenn es der Haushalt erlaubte, und daß sie keiner Kontrolle über Ausführung und Ablieferung unterlag, obgleich sie nur für die eine Firma tätig war. Es sei kein Rechtsirrhum, wenn das Landgericht sie als selbständige Hausgewerbetreibende ansah.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Thema „Dienstbotennot“.

II.

Früher hielt sich, wer mit einem luxuriösen Haushalt imponieren wollte, auch die entsprechenden Arbeitskräfte dazu. Heute macht man mit der zum Dienstboten herabgewürdigten Erzieherin und einem schwächlichen Schulmädchen 17 Zimmer rein und schimpft weiblich, wenn nicht gleich alles klappt. Früher sahen die Dienstboten am Feierabend und arbeiteten für sich, schreiben oder Lesen. Heute sieht man sie bis in die finstere Nacht am Wochstrog stehen. Die Hausfrau von ehemals stand nicht am Spiegel, sondern arbeitete und wußte daher Arbeit zu schätzen und mit Klugheit einzuteilen und anzuordnen. Sie bezieht ihr Mädchen jahrelang in ihren Diensten, teilte mit ihm jeden Lederbissen und zeigte ihren Stolz dazwischen, nicht berebet zu werden. Sie war wohlwollend und freute sich, wenn sich für das Mädchen eine gute Gelegenheit zur Heirat bot. Oft tröstete sie selbst Ehen zwischen ihren männlichen und weiblichen Dienstboten, tröstete das Mädchen aus und der freundlichen Verleher hörte auch mit dessen Ausreden aus dem Dienstverhältnis nicht auf. Noch immer verband Liebe und Anhänglichkeit die junge Frau mit ihrer früheren Dienstherrin. Stets war sie bereit, Madame gelegentlich mit ihrer Arbeitskraft aus-

zuhelfen, zu Madame lief sie um Rat und Aufklärung über dies oder jenes zu erhalten und geriet der ehemalige Dienstherr in Not, so war die Herrschaft auch jetzt noch ganz mit Rat und Tat zur Hand. — Heute . . . ? ? Früher wurde dem Kinde von der Mutter Respekt vor der Erzieherin gepredigt. Jetzt fragt man den Jüngling, wie er mit seiner Gouvernante zufrieden sei. Das Fräulein sitzt wohl am Tisch, aber die Hausfrau hält es unter ihrer Würde, mit der „Person“ (die ihre an Herkunft gleich, an Kenntnissen sehr häufig überlegen ist) ein freundliches Wort zu wechseln. Sie unterhält sich mit ihrem Mann und ihren Kindern. Stumm und gepeiniget von der Situation würgt das Fräulein das Essen hinunter. Es wird ihr zugemutet, stundenlang bei bitterer Winterkälte und im strömenden Regen mit den Kindern auf den Straßen herumzuwarten, sehr zum Schaden ihrer Garderobe und ihrer Gesundheit, weil die Gnädige frische Luft für ihre Kinder unter allen Umständen für geboten hält. Geht die Kälte der Kinder hiernach, so geht es ja nur um die Nachtruhe des Fräuleins und die kleine Unpäßlichkeit verschwindet wohl bald wieder. Die Dame setzt sich ganz ungeniert an den gedeckten Tisch, auf den Platz der Erzieherin, vor deren gefüllten Suppenteller und sieht ihren Kinderchen rechts und links mit Behagen beim Speisen zu. Daß das Essen des Fräuleins kalt wird, ehe sie sich wieder erhebt, ist nicht von Belang. Sind die Kinder faul und frech, fehlt Mama hierfür absolut jedes Wahrnehmungsbemögen, riskiert die Erzieherin aber einmal ein energisches Wort, so ist Mama sofort lampsbereit zum Schuß ihrer Röhre. Tritt sie früh in das Zimmer, in welchem das Fräulein mit der Morgentoilette der Kinder beschäftigt ist, so begrüßt sie freudig ihre Lieblinge und überhört den Gruf der Gouvernante; denn daß, wer ins Zimmer tritt, zuerst grüßt, das sind veraltete Ansichten von Anno Tobac, aus dem unmodern gewordenen Buche von „Anigges Umgang mit Menschen“. Heute dankt man nicht einmal mehr auf den Gruf der Untergebenen. Das ist bon ton! Wer aber so die elementarsten Regeln des Anstandes verlernt, dem spreche ich das Recht ab, schriftlich oder mündlich über seine Nebenmenschen zu urteilen.

Wollte die Hausfrau von einst ein Fräulein oder ein Dienstmädchen engagieren, dann schrieb sie wohl in Verantwortung eines Inzerates Klipp und klar, welche Leistungen sie beanspruche, welches Gehalt sie bewillige, wann der Dienstantritt ihr genehm wäre und wann sie behufs Rücksprache zu Hause anzutreffen sei! Heute erhält jeder Stellenjuchende auf seine Annonce nur den lafonischen Satz: „Stellen Sie sich bei mir vor.“ Er reist nach dem Grunewald, er fährt nach Steglitz und nach Halensee, um zu erfahren, daß seine Leistungen den Ansprüchen nicht genügen, daß der Termin des Antritts noch himmelsweit hinausliege, daß man das Gehalt nicht zahlen will, welches er beansprucht. Oder man ist gar nicht zu Hause. Niemand vergütet dem Arbeitsjuchenden, der heute mehr wie je seine Groschen zusammenhalten muß, die Kosten der Fahrt und seine unnütz verschwendete Zeit. Engagiert die Dame unserer Zeit, so geniert sie sich nicht, das Mädchen, das sie in ihre Dienste locken will, in ein Bürgenewebe zu verwickeln, indem sie ihr den größten Teil der sie erwartenden Arbeit verschweigt. „Wenn ich sie mal erst da habe“, denkt sie in ihrem Sinn, und es kommt ihr nicht der Gedanke, daß eine solche Handlungsweise nichts mit Ehrenhaftigkeit gemein hat, daß der freie Mensch Herr seiner Entscheidung über das Maß von Arbeit sein will, welches er annimmt, und daß das neue Mädchen, welches einen leichten Dienst angenommen zu haben glaubt, sich nun mit Erbitterung belogen und überbürdet sieht. Es würde gar nichts schaden, wenn die Gesetzgebung es den sogenannten „Herrschäften“ einmal klar machte, daß ein Mensch, wie immer die Verhältnisse seines Portemonnaies auch beschaffen sein mögen, kein Spielball für den anderen ist. Die deutsche Hausfrau muß bedenken lernen, daß andere nicht gerade nur ihre Wege auf die Welt gekommen sind. Ihre späte Junge und ihre späte Feder hat die weiblichen Geschaffenen zum großen Teil aus dem wirtschaftlichen Feld der Tätigkeit hinaus und in dasjenige der Industrie hineingetrieben, von wo sich keine mehr nach ihrem schneidigen Regiment zurückseht. Wozu nun das nachträgliche Lamento und Gezeret, daß die Industrie die Hausfrau beiraube, daß der Fonds, aus dem die Erliere schöpft, eigentlich für die Letztere da sei usw.? Jeder Mensch ist in erster Linie für sich selber da. „Meine Arbeit ist meines Geldes wert und meine Höflichkeit der Meinen.“ Mich dünkt, unsere Hausfrauen werden bald keine Gelegenheit mehr haben, Rüsse auszuteilen, schlechtes Essen zu geben und eine Sache, die bei Wertheim 2 M. gekostet hat, der unvorsichtigen Jette mit 8 M. in Lohnzug bringen. . . . Sind denn das überhaupt Damen? Höre ich fragen. Ja, wir haben leider nur allzu viel „Damen“, die in Wirklichkeit gar keine Damen sind und manches Mädchen, das unter anderen Verhältnissen ehrenhaft geblieben wäre, ergibt sich der Prostitution, um durch die Macht des Geldes eine Dame unter den Damen zu sein. . . . Also fort mit den ungesunden Zuständen unseres Jahrhunderts, weg mit dem Gefindebuch, den Zeugnissen, den Referenzen und anderem Humbug. Sehe jeder selbst, wie er mit der Hilfskraft, die er für sein Haus benötigt, fertig wird. Es kommt nicht darauf an, wie man ist, sondern wo man ist. Fort mit dem Gefindevermieter, die ihre Fanzen aus der Zeitung nehmen und nichts so gut, als das „Schöpfen“ verstehen. J. Z

Versammlungen — Veranstaltungen.

Weißensee. Montag, den 23. September, 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kofkopf, Königs-Chaussee 33: Vortrag. Herr Fischer: „Moderne Weltanschauung“.

Verfammlungen.

Die Rohrleger und Hesser, welche im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, hielten am Sonntag eine Mitgliederversammlung ab. W. s. d. i. sprach über: „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise“. Nach eingehender Erörterung der allgemeinen Gesichtspunkte kam der Redner auf den Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes zu sprechen. Wenn dieser Arbeitsnachweis vor Jahren eine sehr geringe Bedeutung hatte, so habe er sich seitdem doch sehr gut entwickelt und eine wesentliche Bedeutung erlangt. Im Jahre 1900 wurden nur 980 Stellen besetzt. Dann aber in den folgenden Jahren 1197, 1800, 4152, 7063, 9114 und 10 534 im Jahre 1906. In Zeiten guter Konjunktur werde der Arbeitsnachweis des Verbandes sogar von bekannten Firmen der Stahlmännerorganisation benutzt. Der Arbeitsnachweis könnte noch eine viel größere Ausdehnung erfahren, wenn die Kollegen das Unschöne unterlassen würden, so daß die Unternehmer genötigt wären, sich an den Arbeitsnachweis zu wenden. — Nach Beendigung des Vortrages nahm die Versammlung eine Erfragwahl zur Agitationskommission vor. Gewählt wurden Schulz, Schrage und Obanitz.

Briefkasten der Redaktion.

E. R. 70. Sehen Sie eine Feist zur Beseitigung der Mängel, drohen Sie an, daß Sie nach frühlichem Ablauf dieser Feist die Beseitigung auf Kosten der Firma vornehmen lassen würden, und führen Sie die Drohung aus. — E. R. 609. 1. Der Termin ist abzumachen. 2 und 3: Ja. 4. Ja: — Es ist das das geratene. Sie beantragen dann im Termin, die Sache für erledigt zu erkennen. 5. Ja. — M. R. 25. Wenden Sie sich unter Darlegung des Sachverhalts mit einem Antrag an das Amtsgericht. — W. S. Der Vater haßt für diese Schulden seines Sohnes nicht. — C. S. 47. Es ist eine Beschwerde an die Kammerdirektion und an den Stadtmagistrat zulässig. — G. S. 27. Es gibt nur für den einen Fall Ihres Todes Sterbegeld. — M. R. 670. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — P. B. 100. 1. Ja. 2. Circa 100 M. — G. S. 28. Das Mädchen bedarf bis zur erreichten Volljährigkeit (21 Jahre) der Genehmigung des Vaters zur Heirat. — E. S. 15. Wenden Sie sich an den Vorstand Ihres Bahlvereins: derselbe gibt Ihnen die erforderlichen Formulare und Auskünfte. — W. R. 500. Lassen Sie sich vom Gericht ein vollstreckbares Urteil geben und braustragen Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Bitte, gegen die Firma. — St. 7. 1. Ja. 2. Der Austritt ist erst beim Amtsgericht schriftlich anzumelden, sodann innerhalb des 20. und 42. Tages beim Amtsgericht zu Protokoll zu erklären. 3. Sparrir. Ja. Die Partitur befindet sich auf dem Reuen Raak.

Eine schwere Brandkatastrophe

Wie sie in der Berliner Brandchronik seit Jahren nicht zu verzeichnen war, hat sich gestern Abend in der Lehrterstr. 38 abgespielt. Dort wurden bei einem Wohnungsbrande 15 Personen von der Feuerwehr gerettet. Eine Anzahl von ihnen hat jedoch schwere Verletzungen davongetragen; eine noch nicht identifizierte Frau und ein kleines Kind haben bei dem Brande ihren Tod gefunden.

Der Schauplatz des Brandes war ein vierstöckiges Luergebäude, das mit seiner Rückseite hart an die Hamburger Bahn stößt. In jeder Etage befinden sich vier kleine, nur aus Stube und Küche bestehende Wohnungen. Das Feuer kam im ersten Stock in der Wohnung einer Frau Wille aus. Die Frau war gegen fünf Uhr ausgegangen und hatte ihre vier Kinder eingeschlossen. Das jüngste lag im Kinderwagen in der Küche, während die drei anderen Kinder in der Stube im Bette schliefen. Wahrscheinlich sind sie dann erwacht und haben mit Streichhölzern gespielt und dadurch den Brand verursacht. Die Gefahr ist nicht rechtzeitig bemerkt worden, denn als plötzlich gegen 5 1/2 Uhr der Ruf „Feuer“ laut wurde, schlugen schon Stachflammen aus den Fenstern heraus. Die erschreckten Bewohner suchten das Freie zu gewinnen, sobald sie aber die Wohnungstüren öffneten, schlugen ihnen Stachflammen entgegen. In ihrer Angst schlossen sie die Türen wieder und warteten in großer Erregung auf das Eintreffen der Feuerwehr. Als Brandmeister Hammer mit dem Löschzuge aus der Lurmerstr. zuerst anrückte, war die Situation ungemein bedrohlich. An den Fensterkreuzen hingen schon Personen, die sich aus den oberen Stockwerken herabschützen wollten. „Nicht springen!“ rief es und in das wurde das Sprungtuch ausgebreitet. Ein Frau im vierten Stock warf im nächsten Augenblick ihr Kind herunter und sprang unmittelbar darauf selbst ins Sprungtuch. Innerhalb einiger Minuten sprangen ebenfalls ein Mann, ein junges Mädchen und noch eine zweite Frau hinab. Auf Hofseiten waren unterdes Feuerwehreinheiten nach den oberen Stockwerken vorgezogen. In der Wille'schen Wohnung wurde das jüngste Kind tot in der Küche vorgefunden, während die drei älteren noch lebend aber sehr erschöpft ins Freie geschafft werden konnten. Während auf dieser Seite das Rettungswerk noch nicht vollständig vollendet war, ertönten laute Hülfseschreie aus den Fenstern der Hinterseite. Brandmeister Hammer eilte mit Mannschaften dorthin und sah zu seinem Entsetzen, daß dort ebenfalls verschiedene Personen sich aus den Fenstern schützen wollten. Mit Hilfe des Sprungtuches rettete auch hier die Feuerwehr mehrere Personen. Bahnbeamte beteiligten sich an der Rettung dadurch, daß sie von einem Bahnwagen einige Planken holten und diese als Sprungtuch ausbreiteten. Sie fingen auch glücklich ein 13jähriges Mädchen auf. Als jedoch dessen Mutter ebenfalls nachsprang, zerriß das Tuch, und die Frau fiel hart auf den Boden und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Dieses alles hatte sich in wenigen Minuten abgespielt. Es war die Meldung „Menschenleben in Gefahr!“ gegeben worden, worauf ein großes Löschaufgebot herandrückte. Auch Branddirektor Reichel war erschienen. Es herrschte unter den Hausbewohnern eine detarierte Verwirrung, daß sich anfangs gar nicht feststellen ließ, welche Personen gerettet seien und ob sich noch etwa Zeichen in den einzelnen Stockwerken befänden. Erst nachdem die vollständige Ablösung erfolgt und das ganze Haus abgebrannt war, hatte man die Gewißheit, daß Personen weiter nicht verbrannt waren. Der Verband für erste Hilfe war mit mehreren Wagen zur Stelle und schaffte die Verunglückten nach dem Moabiter Krankenhaus und nach dem Augusta-Hospital. In das letztere kamen: 1. Frau v. Rodzinski, die einen Wirbelsäulenbruch und schwere Brandwunden davongetragen hatte. 2. Frau Dornbusch, Brandwunden zweiten Grades und innere Verletzungen. 3. eine noch nicht ermittelte Frau, die inzwischen verstorben ist. 4. der vierjährige Sohn der Frau v. Rodzinski (schwere Brandwunden). Im Moabiter Krankenhaus fanden Aufnahme: 1. Marie Kohnhaas, 12 Jahre (Rauchvergiftung); 2. ihre 20jährige Schwester Anna; 3. Georg Weffin (Müdenverletzung); 4. der Oberfeuermann Lange, der eine starke Rauchvergiftung davongetragen hatte.

Als die Feuerwehr längst abgerückt war, standen noch bis spät in die Nacht hinein in der sonst so stillen Lehrterstr. Menschen in Gruppen zusammen, um sich von dem Unglück und den sich dabei abgespielten Szenen zu unterhalten. Koch dem, was Augenzeugen berichten, muß die Situation für die dort wohnenden Personen geradezu grauenhaft gewesen sein. Männer standen auf dem Hofe vor den leeren ausgebrannten Wohnungen, während die anderen Familienmitglieder sich zerstreut hatten oder an Brandwunden im Krankenhaus lagen. Verzerrt und Jammer der armen Leute, die nicht nur ihre Habe verloren hatten, sondern auch über das Schicksal ihrer Angehörigen in Ungevißheit schwebten. Einige wußten weder wo sich ihre Frauen oder Kinder befanden noch ob sie am Leben waren. Niemand konnte Auskunft geben wie das Feuer entstanden war. Die einen meinten durch eine Spiritusexplosion, die anderen durch das Spielen der Kinder mit Streichhölzern und wieder andere sagten durch Unvorsichtigkeit beim Kochen. Die Brandstelle machte gestern Abend infolge dieser Szenen einen noch düsteren Eindruck als dies sonst zu sein pflegt. Die Treppen, Türen, Pfosten, Fußböden, Decken, Wände waren alle schwarz verkohlt oder hoch mit dem Ruß der Wände bedeckt, der sich infolge der kolossalen Hitze losgelöst hatte. Alles andere, wie die Möbel, Einrichtungen waren fast total verbrannt, so daß nur noch die leeren Wände übrig geblieben waren. Ein Teil der vom Brande Betroffenen soll angeblich nichts verschont haben. Unter den Abgebrannten befinden sich Eisenbahn- und Magistratsarbeiter, Eisenbahnbeamte usw., die so wie so nicht mit Glanzgütern gesegnet sind und nun vor dem Ruin stehen.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Die unterschriebenen Abstimmungsarten zum Achtuhr-Ladenschluß bitten wir, soweit dies noch nicht geschehen, schleunigst an die Bezirks- resp. Abteilungsleiter und von diesen an die betreffenden Kreise zurückzuliefern.

Am Freitag, den 27. September, finden in den Berliner Kreisen die Versammlungen statt, in welchen der

Bericht über den Essener Parteitag erstattet wird. Näheres durch gemeinsame Annonce am Mittwoch und Freitag nächster Woche.

Das Verbandsbureau.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 22. d. M., veranstaltet der Männergesangsverein „Schilborn“ in der „Philharmonie“, Bernburgerstr. 22/23, ein Konzert. Da man eifrig bemüht ist, Willetts hierzu in Arbeiterkreisen umzusetzen, so ersuchen wir, dem entschieden entgegenzutreten und verweisen auf den feinerzeit von den Parteigenossen Groß-Berlins gefaßten Beschluß, wonach die „Philharmonie“ auch für den persönlichen Verkehr als gesperrt gilt. Die Lokalkommission.

Sechster Wahlkreis. Die geplante Handzetteldistribution in der 4. und 6. Abteilung findet nicht statt.

Am Dienstag, den 24. September, findet in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10, eine Volksversammlung statt, zu welcher die Genossen der 1., 2. und 3. Abteilung von den bekannten Stellen aus die Handzetteldistribution vorzunehmen haben. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 21. September, abends 9 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Seestraße 45: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Die Sage vom Paradies“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelasten. — Die Genossen, die noch im Besitze von Parteitag-Sammelkarten sind, haben dieselben in der Versammlung abzugeben. Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet Der Vorstand.

Neuenhagen, Trebersdorf, Petershagen, Bruchmühle und Eggendorf. Am Sonntag, den 22. d. M., findet eine Handzetteldistribution statt und werden die Genossen ersucht, sich bei den betreffenden Bezirksführern früh 8 Uhr zur Verfügung zu stellen.

Dranenburg. Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, findet bei Braun, Kurfürstenstr. 12, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Die kommenden Stadtverordnetenwahlen event. Rominiierung der Kandidaten. Da uns nur wenige Wochen von den Stadtverordnetenwahlen trennen, werden die Genossen ersucht, vollständig in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Spandau. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag früh 7 Uhr von den bekannten Lokalen aus Flugblattverteilung stattfindet. Es ist Pflicht eines jeden, sich an dieser wichtigen Arbeit zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Bescheidenheit ist eine Tugend — des Freisinns.

Nun hat auch die Stadtverordneten-Versammlung sich geäußert, wie sie über die Frage der Erhaltung des Grunewaldes denkt. Das Ergebnis der geistigen Sitzung war: wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren. Hoffen wir also mit Herrn Kirchner, dem Oberbürgermeister: der Grunewald wird uns erhalten bleiben, zwar nicht der ganze, aber doch sein „Hauptbestandteil“. Den Gemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf usw. usw. war auf ihre an den Kaiser gerichtete Petition diese Antwort gegeben worden. Der Magistrat hatte sie den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme vorgelegt; dazu hatte die sozialdemokratische Fraktion den von uns bereits mitgeteilten Antrag gestellt, außerdem aber war in letzter Stunde auch von den freisinnigen Fraktionen noch ein Antrag eingebracht worden, den unser Genosse Wehl gestern mit Recht als ein Kind des sozialdemokratischen Antrages bezeichnete. Wehl wandte sich gegen die vertrauensselige Bescheidenheit, die in der Grunewaldfrage von Herrn Kirchner bekundet worden ist. Gestern zeigte sich aber, daß auch die Wortführer der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit, Herr Cassel samt Herrn Rosenow, einem hoffnungsfreudigen Optimismus huldigen. Herr Kirchner, der das letzte Wort behielt, erklärte ausdrücklich, er habe nicht die Absicht, in seinen Bemühungen um die Erhaltung des Grunewaldes weniger bescheiden als bisher zu sein. Er fügte hinzu, hierin wolle er mit dem sozialdemokratischen Redner nicht konkurrieren. Das sollte eine kleine Bosheit sein, die sich gegen die Person des Gegners richten sollte. Der Herr Oberbürgermeister merkte nicht, wie treffend er damit sich selber und seine Freunde aus der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit ironisierte. Angenommen wurde schließlich der freisinnige Antrag. Er ist allgemeiner gehalten als der sozialdemokratische, der von unseren Genossen vor der Abstimmung zurückgezogen wurde, weil ohnedies über den Antrag des Freisinns zuerst abgestimmt werden mußte und seine Annahme sicher war. Für ihn stimmte selbstverständlich auch die sozialdemokratische Fraktion. Beachtung verdient übrigens noch ein Zwischenfall, der auf die Rede unseres Genossen Wehl folgte. Wehl habe den waldverwüstenden Robbielski, den verflochtenen Landwirtschaftsminister, scherzhaft als einen „Schweineminister“ bezeichnet. Der Vorsteher, Herr Rongerhaus, wies das als „höllisch unpassend“ zurück und rief unseren Redner zur Ordnung. Wir leben in der Zeit der freisinnig-konserverativen Paarung: da will in der Stadtverordneten-Versammlung von Berlin kein freisinniges Ohr durch Verulkung eines Ministers beleidigt werden.

Zum Achtuhr-Ladenschluß.

Die Notwendigkeit der Einführung eines Achtuhr-Ladenschlusses für den Landespolizeibezirk Berlin scheint sich immer mehr durchzurufen. Immer größere Kreise von Ladeninhabern kommen nach und nach zu der Ueberzeugung, daß der Achtuhr-Ladenschluß auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Sie erkennen immer klarer, daß die Argumente der Gegner dieser Maßnahme Scheinargumente sind. Mit dem Märchen von der „Geschäftsabwägung“ haben kurzfristige Kleinrämer die im Interesse der Ladeninhaber wie im Interesse der Angestellten liegende Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses bekämpft; eine nähere Begründung für diese Behauptung ist man aber schuldig geblieben. Gewiß hat speziell der kleine Ladeninhaber sehr um seine Existenz zu kämpfen; das liegt aber im wesentlichen an der Konkurrenz, die auf dem Gebiete des Warenverkehrs herrscht. Der frühere Ladenschluß, der doch alle gleichmäßig trifft, ändert an dieser Tatsache nichts, schafft sie nicht aus der Welt. Die Hauptsache ist, daß die Massen kaufkräftig, konsumfähig sind, dann werden die Inhaber von Ladengeschäften vermehrten Absatz haben, und zwar in der Zeit, in der die Geschäfte offen sind. Durch einen früheren, allgemeinen Ladenschluß geht keinem Ladeninhaber etwas verloren; im Gegenteil, er gewinnt, und zwar nach den ver-

schiedensten Richtungen hin, nicht zuletzt dadurch, daß er für sich und die Seinen eine freie Stunde bekommt. Das sind keine leeren Prophezeiungen, sondern Erfahrungen, die sich ergeben haben in den Städten, die schon längst den Achtuhr-Ladenschluß haben.

Natürlich liegt ein früherer Ladenschluß nicht zuletzt im Interesse der Angestellten. Viele Tausende, die in Ladengeschäften 12 und 13 Stunden hinter dem Ladentisch stehen müssen, werden es freudig begrüßen, wenn ihre lange Arbeitszeit eine Stunde Kürzung erfahren kann und sie in die Lage bringen, auch an sich selbst zu denken, sich zu erholen und sich zu bilden.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Abstimmung über die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses, soweit Berichte aus einzelnen Bezirken vorliegen, ein günstiges Resultat ergeben. Namentlich sind aus den Außenbezirken erfreuliche Resultate eingelaufen.

In den Genossen liegt es nun, die Einsammlung der Karten gewissenhaft auszuführen. Die Zweidrittelmehrheit, die für die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses erforderlich ist, muß errungen werden.

Im Interesse der guten Sache ist es erforderlich, keinen Geschäftsinhaber zu übersehen. Auf jede Stimme kommt es an.

Die nachträglich eingesammelten Karten müssen umgehend an den bekannten Stellen abgegeben werden.

Gut genug für Aschenbrödel Volksschule!

Der Mangel an Schulhäusern wird in Berlin immer schlimmer. In den älteren Stadtteilen müssen Gemeindeschulen für „überflüssig“ erklärt und kurzerhand aufgelöst werden, weil die dann frei werdenden Schulhäuser an neu eröffnete höhere Lehranstalten oder an Pflichtfortbildungsschulen überwiesen werden sollen. In den jüngeren Stadtteilen aber, wo die Bebauung noch nicht abgeschlossen ist und die Bevölkerungszahl noch zunimmt, müssen die neu zu eröffnenden Gemeindeschulen sich in gemietete Wohnhäuser hineinpressen lassen, weil nicht bezzeiten für die Beschaffung eigener Schulhäuser gesorgt worden ist.

Wieder werden zum Oktober dieses Jahres in den Außenbezirken der Stadt drei neue Gemeindeschulen eröffnet, für die keine eigenen Schulhäuser bereit stehen. Alle drei werden „bis auf weiteres“ in Wohnhäusern untergebracht, die gemietet worden sind und notdürftig für Schulzwecke hergerichtet werden: eine Schule im Hause Cotheniusstraße 4a/b, eine Schule im Hause Schönhauser Allee 108, eine Schule im Hause Tegelerstraße 21. Schon im letzten Winter war die Gesamtzahl der Klassen, die mit Mieträumen vorlieb nehmen mußten, weit über die 600 hinausgegangen; im kommenden Winter wird nun wohl die 700 bald erreicht sein.

In der Stadtverordnetenversammlung ist die sozialdemokratische Fraktion nicht müde geworden, immer wieder diese skandalösen Zustände zur Sprache zu bringen und Abhilfe zu fordern. Auch im „Vorwärts“ ist oft genug gezeigt worden, wie sehr die Schule für den Nachwuchs der wertfähigen Bevölkerung unter dem Mangel an Schulhäusern zu leiden hat. In der Schulverwaltung unserer Stadt fällt es keinem Menschen ein, sich rechtzeitig darum zu kümmern, wo neue Schulen nötig werden könnten und neue Schulhäuser errichtet werden müssen. Aber der Kommunalfreisinn kommt in der Stadtverordnetenversammlung wie in seinen Vorkörpern immer wieder mit der lächerlichen Ausrede, die Schulverwaltung könne nicht sicher voraussagen, in welchem Stadtteil die Bevölkerung in der nächsten Zeit zunehmen werde.

Ein lehrreiches Beispiel, auf das wir schon mehrfach hingewiesen haben, ist der Schulhausmangel in dem nördlichen Teil der Schönhauser Vorstadt. Jeder, der offene Augen hatte, konnte bereits vor Jahren wissen, welche Entwicklung dieser Stadtteil nehmen würde. Aber in der Schulverwaltung wußten sie's nicht — so wird wenigstens behauptet — und sie ließen es dahin kommen, daß in der Schönhauser Vorstadt jetzt bereits fünf Mietschulen bestehen, in denen rund 4500 Kinder sitzen. Doch hiermit ist es noch nicht genug. Zum Oktober muß dort noch eine neue Schule, wie oben angegeben, in einem Mietshaus untergebracht werden, im Hause Schönhauser Allee 108, in dem ohnedies schon eine ältere Gemeindeschule haust. Wir müssen fürchten, daß auch diese neueste Schule noch nicht die letzte ist, die da draußen in eine Mietskaserne hineingepfercht wird.

Wie diese Zustände überhaupt möglich sind? Ei, es handelt sich ja nur um die Volksschule, um das arme Aschenbrödel, für das dem Berliner Stadtfreisinn das Schlechteste noch gut genug ist.

Ueber die Ausschmückung der Berliner Plätze

wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben: „Das kürzlich seitens der Stadt erlassene Preisauschreiben für die Ausschmückung des Pappelplatzes, der bekanntlich die Form eines spitzwinkligen Dreiecks hat, wendet von neuem die Aufmerksamkeit der Tatfrage zu, daß die weitest meisten unserer öffentlichen Plätze, obwohl sie mehr oder minder hübschen gärtnerischen Schmuck zeigen, in dieser Beziehung sehr verbesserungsfähig sind. Noch vor drei und zwei Jahrzehnten waren die Berliner Plätze in ihrer Wechzahl kahl, schlecht gepflasterte Flächen, die den inzwischen eingegangenen Wochenmärkten dienten oder brach lagen. Seitdem ist viel zu ihrer Verschönerung getan worden. Sie wurden zum größten Teil den modernen Kirchenbauten dienstbar gemacht, und damit ging die gärtnerische Ausschmückung durch Anlage von Rosenflächen, Baum- und Strauchpflanzungen Hand in Hand. Auch die vielen kleinen Plätze, die für eine Kirche keinen Raum bieten oder sich dazu überhaupt nicht eignen, wurden durchweg vom Gärtner grün zurechtgestutzt. Aber gerade weil es in diesem gärtnerischen Schmuck fast bei der Schablone geblieben ist, findet ausgeprägter Schönheitsfresser keine volle Befriedigung. Der grüne Rasen allein macht es nicht. Den meisten oder doch sehr vielen Berliner Plätzen fehlt die mit einfachsten Mitteln arbeitende, schöpferische Hand des Künstlers. Weil man diesen Mangel auch bei der städtischen Parterreputatation immer mehr empfindet, ist das erwähnte Preisauschreiben, dem hoffentlich noch recht viele folgen werden, erlassen worden. In erster Linie muß bei jedem Preise die Verlehrsfrage gelöst werden. Das heißt, die praktische Seite des Verlehrs darf nicht zurückgesetzt werden vor der gärtnerischen Gesamtwirkung. Weil beispielsweise der Wilhelmplatz in seiner früheren, jetzt durch den Bau der Untergrundbahn zerstörten Gestalt das umgekehrte Prinzip befolgte, wollte er den Berliner niemals recht gefallen. Der gerade Weg ist noch immer nach altem Wort der beste. Es verträgt sich also auch nicht mit unseren Verkehrsinteressen, den großen Plätzen einen solchen Grundriß zu geben,

dah man im Zidgat gehen oder Vogen beschreiben muß. Neue Plätze, in die von allen Himmelsrichtungen Straßenzüge hinein führen, werden daher erschwerlich fast immer mit zwei großen Diagonalwegen angelegt. In diese von den Diagonalen oder sonstwie mathematisch genau abgetheilten, symmetrischen Einzelflächen eine größere Anzahl von Blumenbeeten zu verteilen, darf dann unferer so weit vorgeschrittenen Gartenbautechnik keine Schwierigkeiten machen. Doch den Plätzen fehlt außer Blumen noch anderer lebendiger Schmuck. Von Denkmälern wollen wir nicht reden. Davon hat die Reichshauptstadt nachgerade genug. Warum aber nützt man nicht die Plätze durch Anlage von Wasserfontänen mehr aus? In der ganzen großen Zweimillionenstadt sind an nicht mehr als höchstens vierzig Stellen sogenannte „Springende Wasser“, meist in Form von Springbrunnen, vorhanden. Gerade solche Wasserfontänen zieren doch ungemein, bringen in den gärtnerischen Schmuck erquickende Frische und pufferendes Leben. Lustgärten und Dönhofsplatz beispielsweise erzielen ihre starke Schönheitswirkung gerade durch die Springbrunnen schon aus der Ferne und auf den ersten Blick. Die größte Anziehungskraft des Viktoriaparkes ist sein weit über Berlin hinaus berühmt gewordener Wasserfall. Es werden auch selbst kleinere Plätze, die irgendeine Wasserfontäne aufzuweisen haben, besonders gern besucht. Man sieht an diesen Beispielen, daß zur Verschönerung der Berliner Plätze noch viel gesehen kann, und zwar mit Mitteln, die verhältnismäßig wenig Kosten erfordern.“

Unter polizeilicher Bewachung

befindet sich seit einiger Zeit das Haus Elffasserstraße 89. Bei Tage wie bei Nacht sieht vor diesem Hause auf dem Bürgersteig neben dem Fureingang ein Schutzmännchenposten, der bereit ist, jede das Haus betretende Person zu fragen, ob sie hineingehört. Oft sind's sogar zwei Schutzmännchenposten, die vor der Haustür unherstehen und sich durch ihre Fragen lästlich machen. Man sagt, diese wunderliche Kontrolle werde deshalb ausgeübt, weil im Hause Elffasserstraße 89 Prostituierte ihr Quartier aufgeschlagen haben. Vermutlich hat irgend ein Hausbewohner Einstoß genommen an den Besuchern, die zu den Prostituierten gingen oder von ihnen mitgebracht wurden, und nun will wohl die Polizei durch Zurückweisung solcher Besucher die Prostituierten zum Auszug nötigen. Ob das Verfahren Erfolg verspricht und ob es überhaupt zulässig ist, das wollen wir hier nicht erörtern. Wir sind aber gebeten worden, öffentlich darauf hinzuweisen, daß Leute, die sich den Teufel was um die Prostituierten scheeren — teils Personen, die gleichfalls in diesem Hause wohnen, teils solche, die darin zu tun haben — durch die polizeiliche Fragerlei sich schwer belästigt gefühlt haben. Das Grundstück Elffasserstr. 89 ist von beträchtlicher Größe, und in dem Hause wohnen zahlreiche Mietparteien, von denen viele noch an Chambregarnisten usw. vermietet haben; außerdem befindet sich auf dem Grundstück auch eine Wadenschule. Für Schutzeleute, die vor einem Hause mit so lebhaften Verkehr aufgestellt werden und den Auftrag erhalten, die hineingehenden Personen zu beobachten, ist es geradezu unmöglich, jeden Mißgriff zu vermeiden. Da will z. B. ein Mann in das Haus hinein, um die Wadenschule zu benutzen: er erscheint verdächtig, wird angehalten und muß sich darüber verhalten lassen, was er hier sucht. Da kehrt arglos ein Ehepaar herein, das in dem Hause Wohnung hat: wieder regt sich sofort im Schutzmännchenherzen das Mißtrauen, dem Paar wird der Weg verstellt und Mann und Frau werden ausgefragt, ob sie beide hier wohnen. Es hört doch wirklich alles auf, wenn man sich derartiges bieten lassen muß! Schlimmer kann auch die Belästigung nicht sein, die etwa den Hausbewohnern von den Prostituierten nebst Besuchern bereitet wird. Der „Polizeischutz“, der dem Hause Elffasserstr. 89 zu Teil wird, ist ja schon mehr ein Verlagerungsstand. Man stellt übrigens, zu welchen Mitteln die Polizei als Sittenswächterin greifen muß, weil sie der im Gegenwartstaat unlösbaren Aufgabe, die Prostitution einzudämmen, gänzlich hilflos gegenübersteht.

Von einem Eisenbahnzuge getötet

wurde vorgestern nachmittag auf der Schlesischen Bahn zwischen Verdenbrück und Briesen ein etwa 50jähriger unbekannter Mann, der sich vermutlich in selbstmörderischer Absicht auf die Schienen geworfen hatte. Der Lokomotivführer des um 1/4 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhofe fälligen Personenzuges von Frankfurt a. O. bemerkte unmittelbar hinter der Station Verdenbrück einen auf den Schienen liegenden Mann und gab daraufhin sofort Gegenampf. Es gelang ihm aber nicht mehr, den Zug zum Stehen zu bringen, und so rollte die Maschine und ein Teil des Zuges über den Körper des Unbekannten hinweg, dem der Kopf und beide Beine buchstäblich abgehackt wurden. Die Persönlichkeit des Toten konnte nicht festgestellt werden.

Ein furchtbarer Anglistofffall, der die Vernichtung eines stehenden Menschenlebens zur Folge hatte, ereignete sich gestern morgen gegen 6 Uhr in dem Hause Landsbergerstr. 88, Ecke der Wilmannsstraße. Zur genannten Zeit wurden die Bewohner des Hauses durch einen lauten Aufschrei und gleich darauf folgendes Aufschlagen eines schweren Körpers auf den asphaltierten Hausflur alarmiert. Hinauslaufende fanden auf dem Fußboden neben dem Treppenaufstieg den geschmetterten Körper eines zehnjährigen Knaben, der vermutlich aus der dritten Etage über das Geländer hinweg in die Tiefe gestürzt war. Der Junge wurde als der Zeitungsausstreuer Karl Schmidt, der bei seinem Stiefvater, dem Arbeiter Wal. Wilmannsstr. 23, wohnte, erkannt. Der Knabe hatte vermutlich versucht, auf dem Treppengeländer hinauszurutschen, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte jählings in die Tiefe. Ein in demselben Hause wohnender sofort hinzugerufener Arzt konnte nur den durch Schädelbruch eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause übergeführt.

Selbstmord wegen Verlangung der Armenhilfe? Eine Frau Braun, die im Hause Klerstr. 8 wohnt, hat am Mittwoch ihrem Leben ein Ende zu machen gesucht, indem sie Gift nahm. Sie wurde, noch lebend, nach dem Krankenhaus geschafft. Aus wurde dieser Selbstmordversuch gemeldet mit dem Zusatz, die Lebensmüde sei in Not gewesen und habe vergeblich sich bemüht, eine Armenunterstützung zu erhalten. Daraufhin versuchten wir uns zunächst mal mit dem Vorsteher der zuständigen Armenkommission in Verbindung zu setzen, um zu ermitteln, was an diesem Gerücht Wahres sei. Der Herr Armenvorsteher — er heißt Reizner, ist Besitzer einer Essig- und Mostfabrik und wohnt Klerstr. 146 — wurde am Donnerstag in den Vormittagsstunden nicht angetroffen, doch wurde die Auskunft gegeben, daß er nachmittags von 2 Uhr bis nach 4 Uhr zu sprechen sein werde. Unser Vertreter hatte im Voraus mitgeteilt, es handle sich um eine Anfrage wegen angeblicher Verweigerung einer Armenunterstützung. Er wiederholte am Nachmittag um 4 Uhr seinen Besuch, doch der Herr Vorsteher war bereits auf und davon — und hatte nichts hinterlassen. Hiernach müßten wir und damit begnügen, das oben erwähnte Gerücht lediglich wiederzugeben. Daß es in der Bevölkerung ohne weiteres geglaubt wird, das ist zu begreifen angesichts der Erfahrungen, die in Berlin leider schon so mancher Hilfsuchende mit Armenvorstehern gemacht hat.

Beim Festgottesdienst verunglückt. Im Stabiliment Schweizergarten (am Königsplatz) wurde gestern aus Anlaß des südbischen Versöhnungstages ein stark besuchter Festgottesdienst abgehalten. Die Kinder der Veteranen hielten sich größtenteils im Garten des

Solals auf; am Nachmittag machte sich eine Anzahl Knaben an einer in einem Winkel des Gartens stehenden Vohmalchine zu schaffen, dabei wurden dem Tjährigen Willy B. von einem älteren Knaben durch Unvorsichtigkeit drei Finger der rechten Hand glatt abgequetscht. Die aus dem Beethaal herbeigeholte Mutter des Kindes fiel bei dem Anblick des Verunglückten in Ohnmacht. Im nahen Krankenhaus erhielt der Kleine den ersten Verband.

Die Kindesleiche am Friedhofsaum. Auf dem Charitéfriedhof ist gestern die Leiche eines mehrere Tage alten Mädchens gefunden worden. Sie lag in unmittelbarer Nähe des Jaunes und es wird vermutet, daß die Mutter das Kind von der Straße über das Geländer hinweggeworfen hat. Eingehüllt war der tote Körper in einen braunen Papparton. Die Leiche wurde zur Obduktion nach dem Schauhause gebracht.

Durch Sturz aus dem Fenster fand der 2jährige Sohn des in der Schillerstr. 81 wohnenden Drahtarbeiters Hufenbach seinen Tod. Der Kleine, der sich für kurze Zeit allein in dem im zweiten Stock des Seitenflügels belegenen Wohnung befand, hatte das Fensterbrett erklimmt und war kopfüber auf den Hof hinabgestürzt. Der Tod des Kindes trat auf der Stelle ein. Die Leiche wurde posteilig beklagungsamtlich.

Auf unerklärliche Weise verschwunden ist am Sonnabendabend die 20 Jahre alte Frida Voltner, die bei ihrem Bruder in der Thomaststr. 19 wohnte. Sie ging mit nur 25 Pf. in der Tasche aus der Wohnung, um etwas einzuholen und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Die Anverwandten der Verschwundenen können sich nicht entscheiden, was mit ihr geschehen ist. Die Vermittlung war beim Verlassen der Wohnung ohne Gut und trug Halbfähigkeit. Sie ist von mittlerer Statur, hat schwarzes Haar und dunkle Augen. Personen, die etwaige Angaben über den Verbleib der Verschwundenen machen können, werden gebeten, dies bei ihrem Bruder, Thomaststr. 19, zu melden.

Nabrennen auf Steglitz. Mittwoch, den 18. September, hat Ratsch Robl, Verbiß. Die Niederlage, die Robl gelegentlich des Dreier-Wettkampfes Guignard-Robl-Verbiß am 9. September in Steglitz durch den Belgier erlitten hatte, war die Veranlassung, daß der Münchener, der sein damaliges Unterliegen einem ihm schon anfangs beim Rennen zugestoßenen Satteldefekt schuld gegeben hatte, seinen Gegner zu einer neuerlichen Begegnung herausforderte. Verbiß war bereit, den Kampf aufzunehmen, und so trafen sich denn beide am Mittwochabend von neuem in Steglitz, um in zwei Rängen über 30 Kilometer ihre Kräfte zu messen. Leider war der Belgier am Dienstag bei den Rennen in Leipzig zu Fall gekommen, und wenn er sich auch nicht ernstlich verletzt hatte, so war er durch die erlittenen Hautabschürfungen an den Armen behindert, gegen Robl, der am Sonntag in Köln wieder siegreich gewesen war, im Vollbesitz seiner Kräfte zu kämpfen, denn er ersahen mit verbundenen Armen im Rennen. Robl siegte in beiden Läufen; im ersten leistete Verbiß bis zum 27. Kilometer hartnäckigen Widerstand, dann wurde er überholt und hüfte bis zum nahen Schluß noch eine Runde ein; er erndete 1300 Meter hinter seinem Gegner. Im zweiten Lauf, der der einbrechenden Dunkelheit wegen nur über 20 Kilometer ging, verlor Verbiß schon nach dem 6. Kilometer die erste Runde, und verteidigte sich dann nicht mehr, so daß sein Verlust gegen Robl über drei Runden (1880 Meter) betrug.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania finden die letzten Wiederholungen der Vorträge „Im Lande der Winternachtsstunde“ (Freitag) und „Von der Jagdspitze zum Wahmann“ (Sonnabend) und „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ (Sonntag) statt. In der nächsten Woche gelangt der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandepanoramam ausgestattete Vortrag „Leber den Brenner nach Venedig“ von Direktor Franz Goerke zum ersten Male zur Darstellung.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde gestern der stehende Löscharzt nach der Rigaerstr. 79 gerufen. Brandmeister Runge ließ mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfsprizen tüchtig Wasser geben, wodurch es gelang, die Flammen auf den Dachstuhl des Hauses zu beschränken.

Vorort-Nachrichten.

Ein kurioses Vorkommnis.

Daß Vöhden nicht immer in gewünschter Schnelligkeit arbeiten, ist schon des öfteren nachgewiesen worden. Heute wollen wir von einem Fall Mitteilung machen, der unseren Bureaukratismus in einem gerade nicht lobenswerten Lichte erscheinen läßt. Der Sachverhalt ist folgender:

Am 28. März d. J. wurde die durch Altersschwäche geistig erkrankte Mutter des Tischlers H. in Friedenau wohnhaft, von Dallendorf, wo sie seit Ende vorigen Jahres interniert war, nach der Brandenburgischen Idiotenanstalt zu Lübben übergeführt. H. erhielt deshalb von der Anstaltsverwaltung Schönberg, dem Unterstufungswohnort seiner Mutter, am 10. April eine Vorladung, zwecks Lieferung von Sommer- und Winterkleidern nach Lübben. Da dies mit einer bedeutenden Geldausgabe verknüpft war, so konnte H. die Kleider nicht gleich beschaffen. Er erhielt deshalb am 17. April eine nochmalige Aufforderung, in welcher darauf hingewiesen wurde, daß, wenn H. die Sachen nicht umgehend schaffe, dieselben auf seine Kosten angeschafft und ihm dadurch nur höhere Kosten entstehen würden. H. schickte denn auch die Sachen ab, dieselben sind am 23. April in die Hände der Anstalt gelangt. Am 18. Mai erhielt H. plötzlich die Aufforderung, auf der Friedenauer Polizeiwache zu erscheinen. Dort angelangt, wurde ihm erklärt, daß er die Vererdigungsloskosten für seine am 1. April in Lübben verstorbene Mutter zu bezahlen habe. H. war natürlich sehr erstaunt, zumal er von dem Tode seiner Mutter noch gar nichts wußte und außerdem er ja auch drei Wochen nach dem Tode noch Sachen nach Lübben geschickt hatte, die auch von der Anstaltsverwaltung, trotzdem die Mutter lange begraben sein mußte, ungenommen wurden. Unter diesen Umständen weigerte sich H. selbstverständlich, die Vererdigungsloskosten zu bezahlen. Am 1. Juni erhielt er von dem Vorsteher der Anstalt ein Schreiben, worin zunächst mitgeteilt wird, daß die Todesursache der Mutter Altersschwäche war. Im Anschluß hieran wird betont, daß, da wieder die Adresse des H. noch eines anderen Angehörigen der Verstorbenen an deren Todesstunde der Anstalt bekannt war, er, der Vorsteher, die Polizeidirektion Schönberg von dem Ableben unterrichtet und dieselbe gebeten habe, den etwa in Schönberg bekannten Angehörigen Nachricht von dem Todesfall zu geben. Die Polizeidirektion Schönberg habe jedoch erst aus dem Melderegister festgestellt, daß H. bereits im Jahre 1903 nach Friedenau abgemeldet worden sei. Nachdem diese sich mit dem Friedenauer Amtsvorsteher in Verbindung gesetzt, habe erst seine Wohnung festgestellt werden können. Aus dem Umstand, daß die Adresse des H. erst am 18. April zur Kenntnis der Anstaltsleitung gelangt ist, erklärt denn auch der Vorsteher, daß er H. nicht von dem Tode der Mutter unterrichten konnte. Am Schluß des Schreibens teilt der Vorsteher H. mit, daß, wenn er die 30 M. betragenden Vererdigungsloskosten entrichte, die von der Mutter hinterlassenen Sachen zurückerhalte. Soweit der Sachverhalt. Wir können es schließlich verstehen, wenn H. in einem längeren Schreiben an die Anstaltsverwaltung seine Verwunderung ausdrückt und Fragen der verschiedensten Art stellt. Indes scheint uns, als träfe weniger die Leitung der Anstalt, als vielmehr die Schönberger Polizeibehörde die Hauptschuld, daß H. so verspätet von dem Tode seiner Mutter Kenntnis erhielt, wenn gleich wir es nicht verstehen können, daß die Anstalt drei volle Wochen nach dem Tode der Frau die Sachen noch annahm. H. wohnt bereits 4 Jahre in Friedenau, und wenn es der Armen-direktion möglich war, sich mit H. in so kurzer Zeit in Verbindung zu setzen, so dürfte es der Polizeibehörde nicht unmöglich sein, das gleiche zu tun. Aber auch die Sachen hätten, wenn die Anstaltsleitung sich mit der Schönberger Armen-direktion in Verbindung gesetzt hätte — und das wußte sie ja schließlich, da sie von dem

Verlangten, die Sachen zu bekommen, selbst nach dem Tode nicht Abstand genommen hätte — nicht hingeschickt werden brauchen. Es ist somit ein Vorkommnis der kuriossten Art zustande gekommen. Außer den Vererdigungsloskosten ist H. bereits zweimal die Auf-forderung zugegangen, 113 M. Vererdigungsloskosten zu zahlen. H. weigert sich, dieser Aufforderung nachzukommen, so lange ihn die Behörde im Unklaren läßt, wie es kam, daß er erst nach 4 1/2 Tagen Nachricht von dem Tode seiner Mutter erhielt. Die Behörden werden, dessen sind wir gewiß, nicht verlegen sein, eine Erklärung zu finden und H. wird die Summe bezahlen müssen, selbst wenn ihn die behördliche Beweisführung nicht befriedigt.

Rixdorf.

Grabschänder haben auf dem St. Michaelskirchhof in der Hermannstraße in der letzten Nacht einen dreifachen Diebstahl ausgeführt. Auf einem der Grabschmelze, dicht neben der Friedhofskapelle, war eine Bronzefigur, einen etwa einen Meter hohen Engel darstellend, angebracht. Einbrecher haben nun in der Nacht diese Figur vom Grabe heruntergerissen und gestohlen. Ihren Weg hatten die Grabschmelzer über den Zaun genommen.

Wilmersdorf.

Das zweite Stiftungsfest bezieht am morgigen Sonnabend, den 21. September, im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112, der hiesige Frauen- und Mädchenbildungverein. Dieses Fest ist, wie aus dem Programm ersichtlich, zu einem Kunstabend vorbereitet. Es soll den Festteilnehmern der beliebte in Arbeiterkreisen leider immer noch nicht genügend bekannte Dichter Heinrich Heine näher veranschaulicht werden. Erfreulicherweise ist es gelungen, nur hervorragende Künstler für diesen Abend zu gewinnen. Gesang: Fel. Böckerling; Rezitation: Fr. Johanna Rener; am Flügel: Herr Leo Reitenberg. Die einleitenden Worte hat Frau Lily Braun übernommen, in denen das Leben und Wirken des Dichters geschildert wird. — Der Eintrittspreis für diesen Heine-Abend beträgt nur 40 Pf. Um jede Störung zu vermeiden, wird höflich gebeten, Kinder unter zehn Jahren nicht mitzubringen. Der Beginn ist Punkt neun Uhr festgesetzt. Von 11 Uhr ab findet dann Festball statt. Aus diesem Arrangement ist zu ersehen, daß alles auf das sorgfältigste vorbereitet ist, um der Wilmersdorfer Arbeiterschaft einen wirklich seltenen genussreichen Abend zu verschaffen. Es ist daher zu erwarten, daß die aufgemandte Mühe und Zeit durch einen recht zahlreichen Besuch belohnt wird.

Schöneberg.

Der ärztliche Dienst im hiesigen Krankenhaus wird durch einen Vorfall in ein eigentümliches Licht gerückt. Es handelt sich um den Hausdiener Georg Stahn, dessen Eltern in Berlin, Meyerstr. 81, wohnen. Der etwa 16 Jahre alte Sohn nahm vor mehreren Wochen bei der Firma Klein die Stelle als Hausdiener an. Am 30. August erkrankte er an einem langjährigen Ohrenleiden und wurde dem Krankenhaus überwiesen. Am 5. September wurde den Eltern die Mitteilung, daß ihr Sohn im Schöneberger Krankenhaus verstorben sei. Die Eltern waren über diese Nachricht untröstlich. Als die Mutter sich in dem Krankenhaus nach der Todesursache ihres Sohnes erkundigte, wurde ihr mitgeteilt, daß er wegen des Ohrenleidens zweimal operiert worden sei. Nun sind die Eltern aber von der Absicht der Ärzte, ihren Sohn zu operieren, nicht unterrichtet worden, aber welche Unterlassung sich die Eltern nicht hinwegsetzen können. Es hätten, wenn die Operation nicht ganz dringend gewesen sei, die Eltern doch erst befragt werden müssen, ob sie die Erlaubnis geben, einen operativen Eingriff bei ihrem unmaßigen Sohne vornehmen zu lassen. Da ihr Sohn schon jahrelang an diesem Leiden krank und daselbe auch wieder auf geraume Zeit sich besserte, sind die Eltern der Meinung, daß besondere Eile in diesem Falle nicht vorhanden war. Schon aus dem Umstand, daß ihr Sohn 6 Tage im Krankenhaus gelegen hat, glaubten sie, daß ihre Erlaubnis für die Operation eingeholt werden konnte. Nach dieser Schilderung finden wir es allerdings unbegreiflich, wie man, die Eltern vollständig außer acht lassend, so eigenmächtig handeln konnte. Wohl jeder begreift deshalb den Schmerz der Eltern, wenn diesen keine Gelegenheit geboten wird, weder über ihres Sohnes Schicksal zu entscheiden, noch ihn im Krankenhaus noch einmal lebend sehen zu können.

Brix-Buttow.

In der Bukower Wahlvereinsversammlung hielt am Sonntag Genosse Bernuth einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Pariser Kommune“. Redner gab ein lebhaftes Bild der Pariser Vorgänge und zeigte das Mächtigwerden unserer herrschenden Klasse gegen die Kommunelämpfer. Nachdem er die politische Bedeutung der Pariser Kommune dargelegt, forderte er zu unablässiger Werbearbeit für die sozialistischen Ideen auf.

Ueber: „Die preussische Verfassung“ referierte Genosse Max Klefel in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins zu Brix. Der Referent gab zunächst eine geschichtliche Würdigung der preussischen Verfassung und die Kämpfe um dieselbe, um alsdann den Widerspruch zu kennzeichnen, der zwischen dem Dreiklassenwahlrecht und dem Zeitalter des Kapitalismus vorhanden ist. Auf den gegenwärtigen Wahlrechtskampf hinweisend, forderte Redner auf, alles aufzubieten, um das Wahlrecht durch ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Landtagswahlrecht zu ersetzen. — In der Diskussion forderte Genosse Raag die Ausländer auf, sich in der preussischen Staatsversammlung aufzunehmen zu lassen.

Lichtenberg.

Achtung! Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse. Wir machen auf die Delegiertenwahlen zur hiesigen Ortskrankenkasse aufmerksam.

Die 1. Wahlabteilung, umfassend die Betriebe östlich der Gürtelstraße, der Dorfstraße und des Weissenfer Weges, ausschließlich der drei genannten Straßen, sowie die Kassenmitglieder, die in Wilhelmstraße beschäftigt sind, wählt am Donnerstag, den 19. September 1907, abends 5—8 Uhr, im Lokal von Gebrüder Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, die 2. Wahlabteilung, umfassend die Betriebe in der Gürtelstraße, der Dorfstraße und des Weissenfer Weges, sowie den Ortsteil westlich dieses Straßenzuges wählt am Freitag, den 20. September 1907, abends 5—8 Uhr, in demselben Lokal.

Die Kassenmitglieder, die ihre Beiträge selbst zahlen (freiwillige Mitglieder) wählen in der Abteilung, in der ihre Wohnung belegen ist.

Laße sich jeder sein Mitgliedsbuch oder seine Karte aushändigen. Die Gewerkschaftskommission.

Röpenitz.

Ein Ueberfall auf ein junges Mädchen ist vorgestern nachmittag im Rieper Forst bei Röpenitz von zwei Attentätern verübt worden. Die 15 jährige Maria Bauerer, die in dem „Berliner Vazar“ in Röpenitz als Lehrmädchen angefaßt ist, hatte den Auftrag erhalten, ein Paket Gläser nach dem „Strandbühnen“ am Wäggelsee zu tragen. Sie mußte auf ihrem Wege den Rieper Forst passieren. Als sie etwa die Mitte des Waldes erreicht hatte, kamen zwei unbekannte Männer auf sie zu und fielen über sie her. Sie schlugen sie zu Boden und während der eine der gefährlichsten Wunden dem Opfer die Hände über dem Rücken zusammenhielt, kniete der andere auf ihm. Wären auf die Hülfserufe der Ueberfallenen nicht einige Spaziergänger hinzugeeilt, so hätten die Täter ihre Verbrechen ungehindert ausführen können. Ob sie es auf eine Vererbung der V. oder auf ein Sittlichkeitsdelikt abgesehen hatten, war nicht festzustellen. Beim Herannahen von Personen ließen sie von dem Mädchen ab und ergriffen die Flucht. Eine sofortige Verfolgung der Strolche führte zu keinem Resultat.

Französisch-Buchholz.

Ein Automobilunfall, wobei der Fahrer getötet, zwei Personen und zwei Pferde verletzt wurden, ereignete sich am Montagabend am

dem Kreuzungspunkt der Bahnstraße, Rosenhaler Chaussee und Berlinerstraße. Gegen 7/10 Uhr kam das Auto Nr. 4499 von Schönherde in schnellem Tempo herangebraut und wollte an genannter Stelle den Wagen des Eigentümers Blankenburg, Schönherderstraße 3, ausweichen. Die Chaussee wird an jener Stelle gepflastert, weshalb Pflastersteine umherliegen. Hinzukommt, daß eine ausreichende Beleuchtung nicht vorhanden ist, nur an einer Stelle hängt ein rotes Lämpchen. Diesem Umstand wird es zugeschrieben, daß das Auto an jene Stelle kam, es gegen das eiserne Gitter eines Vorgartens anprallte. Hierdurch wurde das Steuerrad des Autos abgebrochen und das Steuerrohr brach sich in den Brustkasten des Fahrers Willi Schwante aus Berlin, so daß der Tod kurze Zeit darauf eintrat. Der berufsmäßige Fahrer Gustav Peters und Frau Gusek, Schönherderstraße, erlitten nur leichte Verletzungen. Auch die Pferde wurden beim Vorbeifahren verletzt, da die Lampe des Wagens unsichtbar wurde. Mit Recht wird in der Mitteilung betont, daß, wenn eine bessere Straßenbeleuchtung vorhanden wäre, das Unglück vielleicht hätte vermieden werden können. Hoffentlich mahnt dieser bedauerliche Vorfall die Gemeindevorstellung diesen Mangel zu beseitigen.

Notwasser.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern vormittag in einer Eisenkonstruktionsfabrik. Der 20jährige Kranführer Wüder war mit noch einem Arbeiter damit beschäftigt, einen 80 Zentner schweren Feuerbüchsmantel hochzuziehen. Der Körper fiel plötzlich herunter und traf den untenstehenden Arbeiter. Auf dem Wege nach dem St. Joseph-Krankenhaus, wohin der Schwerverletzte gebracht werden sollte, verstarb er bereits.

Gerichts-Zeitung.

Gleiches Recht.

Vor dem Schöffengericht in Niddorf hatte sich zunächst der noch nicht vorbestrafte Arbeiter W. Häbke wegen Betruges zu verantworten. D. hatte in einer Restauration für Abendbrot eine Pechse von 1,10 M. gemacht. Er konnte aber nicht zahlen. Die gegen ihn erstattete Anzeige hatte zur Folge, daß er in Untersuchungshaft genommen wurde. Diese dauerte 12 Tage. Dann verurteilte ihn das Gericht zu zwei Tagen Gefängnis, die aber nicht als durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Also 14 Tage Freiheitsberaubung wegen einmaligen Sattelfrens.

Nach D. nahm auf der Anklagebank der Schlächtermeister E. Laule Platz. L. hat nach der Anklage am 28. November 1906 dem Schlächtermeister Karl Müller in Baumshäuserweg ein ganzes Rinderviertel abgeschwindelt, indem er vorgab, es für den Schlächtermeister Radoboldt besorgen zu wollen, während er es tatsächlich nach seiner Behausung schaffte, um es für seine Zwecke zu verwerten. Der Betroffene ist um 97 M. geschädigt. Den schon wegen Eigentumsvergehen wiederholt erheblich vorbestrafter Angeklagten Schlächtermeister verurteilte das Niddorfer Schöffengericht zu der in Anbetracht des hohen Schadens ganz unerheblichen Geldstrafe von 20 Mark.

Du machst ja Streikarbeit.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und großen Unfugs wurde kürzlich vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte gegen den Kohrleger Karl Rihmann verhandelt. Dieser ging zur Zeit der Mauererarbeiten an dem Bau Draisenstr. 21 vorüber und bemerkte dort, daß ein Mann in blauem Arbeitsanzug, den er für einen Kohrleger hielt, der aber Dachdecker war, Mauerarbeiten verrichtete. Er rief diesem zu: „Du Kohrleger, Du machst ja Streikarbeit,“ und er soll nach der Anklage und nach den Bekundungen des Arbeitwilligen dahingefügt haben: „Du Schuft, Du Streikbrecher,“ und zwar so lärmend, daß dadurch ein großer Aufruhr entstand. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, legte dar: Der Angeklagte müsse von der Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung selbst dann freigesprochen werden, wenn die Aussagen des Belastungszeugen als wahr angesehen würden. Denn keinesfalls habe der Angeklagte den Arbeitwilligen bewegen wollen, an einer Abrede zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Der Angeklagte habe den Zeugen für einen Kohrleger gehalten und ihn deshalb nicht etwa verleiten wollen, an den Abreden der Mauerer teilzunehmen, sondern habe ihn nur veranlassen wollen, sich dem Spruche des Einigungsamts des Gewerbegerichts, welches gewisse Mauerarbeiten als Streikarbeiten anerkannt habe, zu fügen und solche Arbeit nicht zu verrichten. Dieser Schiedsspruch des Gewerbegerichts sei keine Abrede zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dies sei nicht einmal die Abrede der Kohrleger, keine Mauerarbeit zu verrichten. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung von der Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung, verurteilte aber den Angeklagten wegen großen Unfugs zu 3 Mark Geldstrafe.

Versicht auf jeden weiteren Versicherungsanspruch gegen Quittung.

Der Landwirt und Dreschmaschinenbesitzer A. in Worringen war bei der Oberhheinischen Versicherungs-Gesellschaft in Mannheim gegen Unfall versichert und erlitt am 21. Juli 1904 einen Radschramm. Als er am 2. September 1904 von dem Generalagenten der Versicherungsgesellschaft 112,50 M. erhielt, stellte er darüber eine Quittung aus, laut welcher er auf jeden weiteren Anspruch aus diesem Unfall verzichtete. Später sagte A. gegen die Oberhheinische Versicherungsgesellschaft auf Zahlung weiterer 635 M. und lebenslänglicher Rente, da sich nachträglich eine Entzündung des Schenkelbeins der Kniekehle eingestellt habe, die mit dem Unfall in ursächlichem Zusammenhang stehe.

Nachdem das Landgericht den Kläger abgewiesen, machte dieser geltend, daß er durch arglistige Täuschung zur Ausstellung der Quittung veranlaßt worden sei und den Inhalt gar nicht gelesen habe; auch liege ein Irrtum vor, da beide Teile davon ausgegangen seien, daß der Fall ausgeheilt sei. Sodann komme in Betracht, daß jetzt überhaupt ein neuer Unfall vorliege und nur von dem ersten eine Disposition zu dem jetzigen Schaden zurückzuführen sei.

Nach der Beweisaufnahme über das betrügerische Verhalten des Generalagenten wies das Oberlandesgericht Köln die Verurteilung des Klägers zurück, da eine Arglist nicht erwiesen sei, eine Anfechtung wegen Irrtums aber unzulässig hätte erfolgen müssen; was den Einwand des neuen Unfalles anlangt, so liege eine unzulässige Klageveränderung vor.

Die vom Kläger gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision hatte keinen Erfolg und wurde vom siebenten Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen. In den Gründen heißt es unter anderem: „Nach § 410 Zivilprozeßordnung begründeten Privaturlaube, sofern sie von den Ausstellern unterschrieben sind, vollen Beweis dafür, daß die in denselben abgegebenen Erklärungen von den Ausstellern abgegeben sind. Nach dem klar ersichtlichen Zweck des Gesetzes kann durch den Nachweis, daß der Aussteller der Urkunde von dem Inhalt der Urkunde Kenntnis genommen habe, ein Gegenbeweis nicht erbracht werden. Die Handlung der Unterzeichnung stellt sich als Schaffen der Urkunde in ihrem vorhandenen äußeren Bestande dar, wie diese auch lauten mag, und der diese Handlung tragende Wille wird durch bloße mangelnde Kenntnis des Unterzeichners von dem Wortlaut der Urkunde nicht befeitigt. Nur sofern der Unterzeichner sich auf Betrug und Irrtum oder ähnliche Willensmängel berufen kann, steht ihm frei, die materielle Wirksamkeit der abgegebenen Willenserklärung anzufechten. . . .“

Aber auch eine Verletzung materiellen Rechts liegt nicht vor. Es handelt sich vorliegend gar nicht um ein nach § 812 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches zurückforderbares abstraktes Anerkenntnis des Nichtbestehens einer Schuld, vielmehr ist nach Verwertung der näherlichen Anfechtung davon auszugehen, daß die Absicht beider Teile dahin ging, daß Kläger gegen Zahlung des ermittelten Entschädigungsbetrages sich für völlig befriedigt wegen aller Ansprüche aus diesem Unfall erklärte. Beklagte hat diese Erklärung nicht ohne rechtlichen Grund verlangt. Koch weniger hat der Verurteilende den § 139 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches durch Nichtanwendung verletzt, denn Kläger hat es in dieser Richtung an jeder Darlegung fehlen lassen, daß die Voraussetzungen dieses Paragrafen gegeben seien.“

Für ungültig erklärte das Kammergericht eine Polizeiverordnung, durch die in Streifen verboten ist, mechanische Musikinstrumente in der Zeit von 10 Uhr abends bis 10 Uhr morgens und von 1 bis 4 Uhr nachmittags in Wirtschaften spielen zu lassen. Diese Verordnung richtete sich lediglich gegen den Lärm. Die Frage des ruhestörenden Lärms werde aber erschöpfend durch das Reichsstrafgesetzbuch geregelt, so daß kein Raum sei für eine daselbst Gebiet betreffende Polizeiverordnung. Der Angeklagte Sonderbier, der die Polizeiverordnung übertreten haben sollte, wurde freigesprochen.

Versammlungen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes hielt am Mittwoch in der „Kronenbrauerei“ eine Bezirksversammlung für Roabit ab, in der der Internationale Metallarbeiterkongress sowie der Sozialistkongress in Stuttgart auf der Tagesordnung standen. Der große Saal war voll besetzt und der Referent C o h e n konnte denn auch mit Recht hervorheben, daß das Interesse für die internationalen Beziehungen und Verbindungen, wie in anderen Berufen, so auch bei den deutschen Metallarbeitern stark gewachsen ist. Der Redner wies in seinem Bericht über den Metallarbeiterkongress unter anderem auf die außerordentlich günstige Entwicklung und große Kampffähigkeit der dänischen, wie der schwedischen und norwegischen Verbände hin, sprach dagegen sein Bedauern über die Schwäche und Zerfahrenheit der französischen Organisationen aus und wandte sich entschieden gegen das Spiel mit der Generalstreikidee, wie gegen die „direkte Aktion“ und die Sabotage, die in jenen Organisationen zum Schaden einer gesunden Entwicklung mehr oder minder stark propagiert werden. Ebenso wies der Redner darauf hin, wie töricht es ist, wenn französische Gewerkschaften die Arbeiter von der Betätigung auf politischem Gebiet zurückhalten, die politischen Führer der Arbeiterklasse verächtlich und verhöhnen. Daß es, infolge der abnehmenden Haltung der Engländer und Franzosen, nicht möglich war, einen Beitrittsvertrag zum internationalen Bund einzuführen, der eine wirksamere internationale Unterstützung bei großen Kämpfen möglich macht, bedauerte der Redner ebenfalls, hob jedoch auch im allgemeinen die erfreulichen Resultate des Kongresses hervor und sprach schließlich die Erwartung aus, daß der nächste Internationale Kongress auf mindestens eine Million dem Bund angeschlossener Metallarbeiter werde blicken können. — Der Vortrag fand allgemeinen Beifall.

Sodann berichtete C o h e n über den Internationalen Sozialistkongress. Der Redner bemerkte im allgemeinen, daß dieses internationale Arbeiterparlament Talent und Fähigkeit genug bewiesen habe, um alle die zur Verhandlung gestellten schwierigen Fragen gründlich zu diskutieren. Die Frage der Einwanderung sei als endgültig gelöst nicht anzusehen. In diesem, wie in anderen Punkten habe man gerade durch die Verhandlungen erkennen können, daß ein gründliches Studium der Dinge notwendig sei. Zur Frage der Kolonialpolitik sagte der Redner unter Hinweis auf seine jüngst in der Parteiverammlung getanen Äußerungen, daß er sich wohl eine Kolonialpolitik im Sinne der Kultur und des Sozialismus denken könne. Wegen einer solche könne nichts eingewandt werden. Müsse man doch dafür sorgen, daß der Sozialismus die ganze Welt durchdringt. Entschieden zu bekämpfen und zu verwerfen sei dagegen die Kolonialpolitik der Reichsregierung und der herrschenden Klassen. — Diese Äußerungen gaben Veranlassung zu einer Diskussion, in der C o h e n bemerkte, daß gegen eine Kulturpolitik, wie sie der Referent offenbar im Auge habe, allerdings nichts einzuwenden sei, wer jedoch eine solche Politik wolle, hätte nicht für die Arbeitslosen der Kommission stimmen können. Die Resolution Ledebour-Baum sei entsprechend klar gefaßt gewesen; sie habe das Richtige getroffen. — In ähnlichem Sinne äußerte sich W i l h e l m E i s n e r, der die am Mittwoch im „Vorwärts“ abgedruckten Ausführungen des Genossen Haase-Königsberg vorlas, und ebenso der Bezirksleiter Warner, der erklärte, daß jede Kolonialpolitik zu verwerfen sei, solange die kapitalistische Gesellschaft bestehe, für die es sich ja doch nicht um Kultur, sondern um Raub- und Ausbeutungspolitik handele. — Nachdem C o h e n nochmals seine Auffassung über Kolonialpolitik klargestellt hatte, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Mit den Beschlüssen des Arbeiterverschauerverbandes in der Holzindustrie beschäftigte sich am Mittwoch die Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes. Der Referent G l o c k e besprach die Verhandlungen der Generalversammlung des Arbeiterverschauerverbandes und des Tischlerverbandes, soweit sie für die Arbeiter Interesse haben. Insbesondere gedachte er der Stellung, welche die Arbeitgeber zum Abschluß von Verträgen mit den Arbeitern einnehmen. Die Absicht der Unternehmer gehe dahin, mit den organisierten Arbeitern möglichst in allen Orten Deutschlands Verträge abzuschließen. Die Unternehmer wollen hierbei alle Arbeiterorganisationen als gleichberechtigt behandeln. Dem könne der Holzarbeiterverband nicht zustimmen. Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein habe sich bei dem großen Kampf in Berlin auf die Seite der Unternehmer gestellt, und diese mit Streikbrechern versorgt. Aus diesem Grunde könne der Holzarbeiterverband den Gewerbeverein nicht als eine gleichberechtigte Organisation ansehen und sich in ein gemeinsames Vertragsverhältnis mit demselben einlassen. Auch die christliche Organisation habe sich so verhalten, daß sie nicht als gleichberechtigt angesehen werden könne. Die Frage des Vertragsabschlusses sei von aktueller Bedeutung, denn im nächsten Frühjahr laufen in 22 Städten die bestehenden Verträge ab und nach der bekannten Absicht der Unternehmer soll die Dauer der Verträge bei Neuabschluß so festgesetzt werden, daß alle Verträge in ganz Deutschland an ein und demselben Termin enden. Wenn das erreicht würde, so wäre jedesmal die Kündigung eines einzigen Vertrages durch die Arbeiter ein Anlaß für die Unternehmer, alle Verträge zu kündigen und dadurch einen Kampf über ganz Deutschland heraufzubekommen. Das sei ein Zustand, der nicht im Interesse der Arbeiter liege, diese müßten sich deshalb gegen den gleichzeitigen Ablauf aller Verträge erklären und bestrebt sein, bei den neu abzuschließenden Verträgen die sechsberrige Gültigkeitsdauer beizubehalten. Diesen Standpunkt müsse der Vorstand des Holzarbeiterverbandes einnehmen, wenn er mit den Unternehmern über den neuen Abschluß von Verträgen verhandelt. Auch auf eine Verkürzung der Arbeitszeit müsse hingewirkt werden. Wenn die Unternehmer Ruhe im Gewerbe haben wollen, dann müßten sie den Holzarbeiterverband als gleichberechtigten Faktor beim Abschluß von Verträgen anerkennen und seine Wünsche berücksichtigen.

Nach einer gründlichen Diskussion, die in den angeführten Punkten mit dem Referenten übereinstimmte, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen und Beschlüssen des 24. Tischlerverbandes sowie der Generalversammlung des Arbeiterverschauerverbandes in Hildesheim. Sie bewahrt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Behauptung des Herrn Siebel: „Die Berliner Zeitung des Holzarbeiterverbandes hätte den letzten großen Kampf heraufzubekommen.“ — Der Kampf wurde von den Unternehmern durch die Ausperrung propagiert. — In Bezug auf die Verhandlungen, die in nächster Zeit zwischen dem

Vorstand des Holzarbeiterverbandes und dem Vorstand des Arbeiterverschauerverbandes stattfinden, ist die Versammlung der Ansicht, daß dieselben nur geführt werden dürfen unter Aufsicht jeder anderen Organisation, insbesondere des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins, da sich derselbe in letzter Zeit als Streikbrecherorganisation gezeigt hat. — Ferner steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß bei Abschluß von Verträgen ein einheitlicher Ablaufstermin nicht zu empfehlen ist.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 8, Hamburg, Filiale 6.) Sonnabend, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Ertel, Steinstr. 7, Ecke Grannstraße: Versammlung. — Filiale Rummelsburg, Sonnabend, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Gullas Tempel, Al-Boghaner Nr. 56: Mitgliederversammlung. — Zentralverband der Maurer (Zahlstelle Charlottenburg). Freitag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Str. 3: Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße-Bellealliance, Durchgang zum Lindenstr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestützt 7 Uhr-Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. W. 100. Nach der herrschenden Ansicht ist leider die Kasse im Recht. Versuchen Sie es mit einem Antrag an die Versicherungsanstalt (Kölnischer Park), zwecks Verhängung einer Erwerbsunfähigkeit das Gehalt zu gewähren. — J. 24. Die Firma wäre im Recht. — Kriegsschlag, Rein. — W. W. 61. Sie sollten schleunigst den Antrag auf Zahlung einer Rente (von dem Siebel) stellen, weil früher Versicherungen des Zustandes eintreten können. — J. P. Karlsruhe. 1. Ja. 2. Bis 5. Rein. — W. S. 86. 1. Die Ablegung des Standexamens zieht den Doktorstitel nicht nach sich. Der Doktortitel wird durch Ablegung eines einzigen hundert Mark kostenden besonderen leichteren Examinens erworben. 2. Rein, man nennt die betreffenden Bauernschweiger. — G. S. 100. 1. u. 2. Ja. — 4. Wetteude. Der Arbeitgeber, der Krankentagebeträge von Arbeitern einnimmt, aber nicht an die Kasse abgeliefert hat, ist zur nachträglichen Ablieferung an die Kasse verpflichtet und ist angedemt strafbar. — Neys. 1. Rein. 2. Ja. — 4. G. Wegen der Lohnverhältnisse im Ausland wenden Sie sich an die betr. Gewerkschaft. Auskunft über die Verhältnisse im Ausland im übrigen erhalten Sie am besten in der amtlichen Auskunftsstelle Schellingstr. 4. — M. R. 47. Ja. — W. W. 20. Die gesetzliche Wartezeit für die Wiederverheiratung der Witwe beträgt 10 Monate. Auf Antrag kann Dispens erteilt werden. Der Antrag ist an das Amtsgericht zu richten. Es ist zweckmäßig das Amt eines Arztes oder einer Hebamme darüber beizufügen, daß Schwangerschaft nicht vorliegt. — H. P. 77. Eine Abänderung ist zulässig, die Höhe hängt von gegenseitiger Vereinbarung und Zustimmung des Schiedsgerichts ab. — 408 Gdr. 1. und 2. Rein. Der alte Vertrag läuft auch für den Fall eines neuen Eigentümers weiter. Ist aber das Haus in Substanz veräußert, so kann der neue Eigentümer kündigen, d. h. wenn er im 3. Quartal das Haus erstanden hat, bis am 3. Oktober zum 31. Dezember einen länger laufenden Vertrag kündigen. — M. S. 1. Rein. 2. Ja. — G. 7. Rein. — W. W. 78. 1. Sie könnten auf Kündigungserklärung, die nicht auf ein Zahlung aus dem Schuldverhältnis abgibt, 2. Ja. 3. Bis um 12 Uhr mittags dürfte geräumt sein. — G. O. S. 1. Wenn Sie nicht erkläre, werden Sie durch Verjährungswirkung verurteilt. 2. und 3. Rein. — W. 10. 1. Der Schiedsvertrag beim Schiedsmann muß der Klage vorangehen. 2. Das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Betroffene wohnt, und das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Beleidigung fiel, ist zuständig. Als Vorladung werden 10 M. vom Gericht gefordert. 3. Nur, sofern der Beleidigte zahlungsfähig ist. 4. Rein. 5. und 6. Ja. — W. S. 100. Der Beamte handelt seiner Funktion gemäß. Beleidigt werden Sie durch eine Eingabe an die Steuerdeputation nicht. — G. S. 36. Der Antrag ist an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Kölnischer Park, zu richten. — G. S. 18. Ihre Klage auf Zahlung hätte Aussicht auf Erfolg. — G. O. Emma 27 M. — G. S. 25. 1. Ja, aber die Herrschaft hat für die Dauer von sechs Wochen für Kur und Befähigung zu sorgen. 2. Teilen Sie mit, daß Sie Urlaub für Kur und Befähigung verlangen. — W. J. Wenn Sie bereits im Jahre 1899 volljährig waren: ja. — G. S. 58. 1. Die Kasse ist leider im Recht. 2. Hat Ihre Mutter kein Testament gemacht, so wird sie von Ihnen zu 1/2, von Ihrem Vater zu 1/2, beerbt. — W. S. 9. Sie müssen durch eine Klage gegen die Eltern (beim Amtsgericht oder Landgericht) den Scheid des Stadtmagistrats zur Aufhebung bringen. — W. S. 100. Derartige Vorkommnisse registrieren wir nicht. — M. S. 16. Berlin, Reizigerstr. 125. — G. S. 30. Wenn Sie etwa Gottlieb Keller, Fontane, C. F. Meyer, Kaufmann. — M. S., Niddorf. 1. So oft er will. 2. Das (schwere Unrecht) in Berlin war am 14. April 1902.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Reichsanstalt (Großhandel). (Dahlemerstr. 1a 68-70, 70, 100, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000, 1001, 1002, 1003, 1004, 1005, 1006, 1007, 1008, 1009, 1010, 1011, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018, 1019, 1020, 1021, 1022, 1023, 1024, 1025, 1026, 1027, 1028, 1029, 1030, 1031, 1032, 1033, 1034, 1035, 1036, 1037, 1038, 1039, 1040, 1041, 1042, 1043, 1044, 1045, 1046, 1047, 1048, 1049, 1050, 1051, 1052, 1053, 1054, 1055, 1056, 1057, 1058, 1059, 1060, 1061, 1062, 1063, 1064, 1065, 1066, 1067, 1068, 1069, 1070, 1071, 1072, 1073, 1074, 1075, 1076, 1077, 1078, 1079, 1080, 1081, 1082, 1083, 1084, 1085, 1086, 1087, 1088, 1089, 1090, 1091, 1092, 1093, 1094, 1095, 1096, 1097, 1098, 1099, 1100, 1101, 1102, 1103, 1104, 1105, 1106, 1107, 1108, 1109, 1110, 1111, 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1129, 1130, 1131, 1132, 1133, 1134, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139, 1140, 1141, 1142, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1150, 1151, 1152, 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1174, 1175, 1176, 1177, 1178, 1179, 1180, 1181, 1182, 1183, 1184, 1185, 1186, 1187, 1188, 1189, 1190, 1191, 1192, 1193, 1194, 1195, 1196, 1197, 1198, 1199, 1200, 1201, 1202, 1203, 1204, 1205, 1206, 1207, 1208, 1209, 1210, 1211, 1212, 1213, 1214, 1215, 1216, 1217, 1218, 1219, 1220, 1221, 1222, 1223, 1224, 1225, 1226, 1227, 1228, 1229, 1230, 1231, 1232, 1233, 1234, 1235, 1236, 1237, 1238, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260, 1261, 1262, 1263, 1264, 1265, 1266, 1267, 1268, 1269, 1270, 1271, 1272, 1273, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1279, 1280, 1281, 1282, 1283, 1284, 1285, 1286, 1287, 1288, 1289, 1290, 1291, 1292, 1293, 1294, 1295, 1296, 1297,

Vermischtes.

Ein Mörder dingfest gemacht. In Rathenow, wo kürzlich der Mörder Holz verhaftet werden konnte, ist es gelungen, einen zweiten Mordtäter, den 26-jährigen Knecht Otto Thierschmann festzunehmen.

10 Häuser eingeschert. Wie aus Eisenach berichtet wird, suchte gestern ein schweres Brandunglück das Rhöndorf Wölkershausen heim, 10 Häuser brannten ab.

Eine Liebestragödie. Nach einer Meldung aus Rostock wurden in einem Hotel in Rendsbee ein Oberprimaner und ein achtzehnjähriges Mädchen aus Hamburg erschossen aufgefunden.

Aus dem Zuchthaus entflohen. Nach einer Meldung aus Paris werden vier Zuchthäuser entflohen, von denen einer zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt war. Die Flüchtlinge haben wahrscheinlich die Richtung nach Danzig eingeschlagen.

Abgestürzt. Münchener Meldung zufolge stürzte gestern früh der Student Ernst Buchner aus München, der in Begleitung von vier anderen Herren einen Aufstieg zur Dreiforspitze unternommen

hatte, infolge Ausbrechens eines Sandblocks 150 Meter tief ab und blieb sofort tot.

An der Tollwut gestorben. In Oräffel wurde vor etwa vier Wochen ein städtischer Beamter zusammen mit drei anderen Personen von einem tollen Hunde gebissen. Obgleich er sofort nach dem Pasteurischen Verfahren behandelt wurde, ist er gestern unter fürchterlichen Schmerzen an der Tollwut gestorben. Der Vorfall erregt dort großes Aufsehen.

Im Mandvergelände ertrunken. Im Jernosee ist der in PRAH bed bei Schwibbus einquartiert gewesene Füsilier Ernst Lesser von der zwölften Kompagnie des Kaiser Franz-Gardebrigaderegiments Nr. 2 ertrunken. Der Verunglückte, der aus Schmalfelden stammt, war mit einigen Kameraden trotz strengen Verbots baden gegangen und ist dabei anstehend vom Schläge gerührt worden. Seine Leiche wurde alsbald geborgen. — Zwei Kanoniere des Feldartillerie-Regiments in Jüterbog, die in Neudorf in der Neumarkt in Quartier lagen, wollten im Gasse baden, wobei sie sich zu weit hinauswagten. Hierbei ertrank der eine, dessen Entlassung nach dem Manöver befohlen, während der andere gerettet werden konnte.

Bei dem Straßenaunfall in Reumkirchen, über den wir gestern berichteten, sind nach weiteren Meldungen von dort nur eine Frau und ein Knabe getötet worden; zwei Personen wurden schwer, drei leichter verletzt.

300 Chinesen ertrunken. Aus New York wird gemeldet: In Seattle geht das Gerücht, bei einem Schiffbruch in der Bristolbay (Alaska) seien 300 Chinesen ertrunken.

Amerikanische Moralkunden. Anfang September ist für den Staat New York ein Gesetz gegen Ehebrecher in Kraft getreten. Danach sollen alle Ehebrecher, männlichen und weiblichen Geschlechts, bis zu sechs Monaten Gefängnis und 250 Dollar Geldstrafe verurteilt werden — Notabene, wenn ihr Sündenfall ans Tageslicht kommt. Nun gibt es aber in New York nach dem Gesetz nur einen Grund zur Scheidung, nämlich Ehebruch. Die „New Yorker Volkszeitung“ nennt das neue Gesetz einen „verbrecherischen Unfug“, dem „vermuderten Sinn einiger „Christlichen“ Fanatiker entsprungen.“

Witterungsübersicht vom 19. September 1907.

Table with columns for Stations, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. N., Temp. u. d. M., Temp. u. d. V. and values for various locations like Stolzenberg, Garmisch, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. September 1907. Vorherrschend wolfig oder neblig, ein wenig wärmer bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Frankfurter Viertel). (Bezirk 304.) Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Zigarrenmacher Heinrich Hanke gestorben ist. 263/4

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 17. d. M., verstarb an plötzlicher Herzlähmung der Kollege Gustav Gollmert (Bezirk Süd-Ost) im Alter von 57 Jahren.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein. Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“. Touren Sonntag, 22. September. 1. Abt. 7 1/2 Uhr: Pankentweg. 1 1/2 Uhr: Saalwinkel. Start: Bälowsstraße 58.

Schluß-Ausverkauf wegen Umzug nach der I. Etage. Die noch vorhandenen Bestände in Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Steppdecken, echten Perser, Tischdecken, Läuferstoffen, Diwanddecken und Fellen werden nur noch 40% billiger kurze Zeit ca. 40% verkauft. Teppich-Haus B. Hurwitz vis-a-vis dem National-Denkmal. Rotes Schloß An der Stechbahn 1/2.

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Heinrich Hanke aus Klub „Ohne Zwang“ am 18. d. M. verstorben ist.

Am Mittwoch, den 18. d. M., entfiel nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter Emilie Bartelt geb. Schwanz im 53. Lebensjahre.

Rauchklub „Ohne Zwang“ Am 18. d. Mts. verstarb nach langem Leiden unser treues Mitglied Heinrich Hanke.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und überaus reichen Blumenpenden bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Sohnes und Bruders Karl sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie der Direktion, den Weibern, Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Telefonwerke und den Sängern am Grabe unseren herzlichsten Dank.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steuermacher Joseph Krump am 16. d. M. gestorben ist.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. Filiale Wildau. Kreis Teltow. Sonntag, den 22. September 1907, nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Anwesenheit der Mitglieder der Frauensterebekasse im Lokale von Otto Schumann („Bildauer Hof“).

Nachruf! Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Ludwig Siems am 12. d. M. an Rheumatismus verstorben ist.

Orts-Krankenkasse für Ober-Schönebeck. Gemäß § 49 a des Kassensatzes findet am Mittwoch, den 25. September 1907 eine Ergänzungswahl der Vertreter der Arbeiter und Arbeitnehmer im Restaurant Kousholt, Wilhelmshofstraße 18, statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Nachruf. Am 13. September verstarb der Kollege, Tischler Johann Betke.

Hühner, Enten, Tauben, Junghühner empfiehlt reich und billigt J. Wegner, Berlin, Marleneplatz 34.

Verkauf eines Gewerkschafts-Gasthauses in Göttingen. Zum Zwecke der Erbauung einer neuen Gaststätte soll das zu Göttingen an der Neustadt unter Nr. 20 unweit des bisherigen Bahnhofs belegene Grundstück, auf welchem seit etwa 30 Jahren Gast-, Logier- und Speisewirtschaft mit bestem Erfolge betrieben ist, mit vollständigen Inventar unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend verkauft werden.

Sch Kaufe nur noch Gentners Veilchen-seifenpulver Goldperle „Marke Kaminfeger“ mit den prächtigen Geschenken in jedem Paket, spricht Anna zur Marie, der lange diese Marke auch, und Du wirst sicher nichts anderes mehr kaufen.

Verkauf eines Gewerkschafts-Gasthauses in Göttingen. Das Grundstück ist 10 Ar 60 Quadratmeter und ausreichend groß, um die Wirtschaftsräume unter Veranschlagung der hier möglichen Bauordnung im Bedarfsfälle zu erweitern.

Orts-Krankenkasse der Kürschner und verwandten Gewerbe zu Berlin. Die von der Generalversammlung am 10. Juni 1907 beschlossene IV. Abänderung zum revidierten Statut ist seitens des Bezirksausschusses am 3. August 1907 genehmigt und tritt am Sonntag, den 30. September 1907, in Kraft.

H. Zimmermann Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206 Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung. 63611. Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur. Strong roell. — Billigste Preise.

Orts-Krankenkasse für Ober-Schönebeck. Gemäß § 49 a des Kassensatzes findet am Mittwoch, den 25. September 1907 eine Ergänzungswahl der Vertreter der Arbeiter und Arbeitnehmer im Restaurant Kousholt, Wilhelmshofstraße 18, statt.

Leih-Bücherei. Monat 1.50, Leserkarten 15 Nr. 8 M. Ueb. 20.000 Bd. stets vorrätig. Katg. 30 Pf. J. M. Späth, gegenüber d. Rathaus.

HERREN KLEIDUNG KNABEN KLEIDUNG S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36.

Hühner, Enten, Tauben, Junghühner empfiehlt reich und billigt J. Wegner, Berlin, Marleneplatz 34.

Steppdecken. Billigt direkt in der Fabrik. 72. Wallstr. 72. wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. Versandt Strohmandel, Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

Die Handelskammern in Deutschland sind wertlos, weil sie die Interessen der Börsenspekulanten vertreten und dabei den deutschen Handel zugrunde richten, das deutsche Volk der Revolution entgegenzuführen. Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft ist zu bestehen durch alle Buchhandlungen (Korrespondenz: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 1. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einzahlung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Island, Mk. 1.20 bezw. 75 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschreiben und Prospekt.

